

# Grosser Gemeinderat Winterthur

**Protokoll der 14. und 15. Sitzung**  
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2015/2016  
vom 7. Dezember 2015

von 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr und von 20.00 Uhr bis 23.10

Vorsitz: M. Wenger  
 Protokoll: K. Lang  
 Entschuldigt Beide Sitzungen: S. Gyax (SP)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 6./7. Sitzung des Amtsjahres 2015/2016	
2.	15/088	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden D. Berger (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	<b>S. Stierli</b>
3.	15/089	Wahl eines Mitgliedes in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurückgetretenen G. Stritt (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	<b>S. Stierli</b>
4.	15/068 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2016	<b>B. Meier</b>
5.	15/069 (DTB)	«Balance»-Massnahme: Anpassung Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (2. Nachtrag) bezüglich öffentliche Beleuchtung und Abgaben an das Gemeinwesen; Festlegung der Abgaben an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung ab 1. Januar 2016	<b>B. Meier</b>
6.	15/082 (DSO)	Jährlich wiederkehrende Beiträge an Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA) W'thur ab dem Jahr 2016	<b>K. Brand</b>
7.*	15/067 (DFI)	Budget 2016 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2016 «Novemberbrief»	<b>A. Steiner</b>
8.	14/094 (DKD)	Volksinitiative "Schaffe und Wohne z'Winterthur" / Ablehnung der Initiative und indirekter Gegenvorschlag	<b>Th. Deutsch</b>
9.	15/081 (DB)	«Balance»-Massnahme: Teilrevision (III. Nachtrag) Verordnung über die Abfallentsorgung vom 23. Oktober 1995	<b>F. Helg</b>

10. 15/063 (DKD) Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), M. Sörgo (SP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit
11. 13/114 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Leupi (SVP) betr. Leiter Theater W'thur
12. 12/117 (DKD) Antrag und Bericht zur Motion M. Zehnder (GLP/PP), F. Helg (FDP) und Ch. Leupi (SVP) betr. Überführung des Theaters W'thur in eine gemeinnützige Trägerschaft
13. 14/017 (DKD) Beantwortung der Interpellation U. Meier (SP) betr. Vergabep Praxis für Aufträge an Dritte bei W'thurer Museen
14. 14/108 (DKD) Begründung des Postulats U. Meier (SP), D. Berger (Grüne/AL) und Y. Gruber (EVP/BDP) betr. Gleichbehandlung bei den Kultursubventionen
15. 13/037 (DKD) Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SVP) betr. Lohnabrechnungen, Stadtinfo und sonstige Publikationen per E-Mail
16. 14/075 (DKD) Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), A. Hofer (Grüne), M. Wenger (FDP) und B. Konyo (SP) betr. Home-Office in der Stadtverwaltung
17. 15/009 (DKD) Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) betr. Baurechtsverträge und Nutzung auf dem Zeughausareal Nord
18. 14/036 (DSS) Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und A. Hofer (Grüne/AL) betr. Fair Trade Town W'thur
19. 15/010 (DSS) Begründung des Postulats S. Gygax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen
20. 14/105 (DSS) Beantwortung der Interpellation D. Steiner (SVP) betr. Prüfung von Ressourcen im Departement Schule und Sport (DSS)

(\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

**Ratspräsident M. Wenger** begrüsst zur 14. und 15. Sitzung im Amtsjahr 2015/2016. Er heisst die Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen.

Es wird bald zum Ritual: Ratspräsident M. Wenger freut sich sehr, dass er die Ratsmitglieder erneut über eine Geburt informieren darf. Am 25. November 2015 wurde der Sohn von Sandra Berberat, Leiterin der Finanzkontrolle geboren. Sie ist direkt dem Gemeinderat unterstellt. Der Ratspräsident gratuliert im Namen des Gemeinderates herzlich.

Der Landbote hat die Erlaubnis zu fotografieren.

An jedem Platz liegt ein Zettel mit Notfallnummern. Der Ratspräsident bittet die Ratsmitglieder, die Informationen zu beachten. Anlässlich einer Ratsleitungssitzung wurde festgestellt, dass der Informationsbedarf über das richtige Verhalten eher marginal ist. Der Ratspräsident bittet die Ratsmitglieder, sich die Notfallnummern einzuprägen, zu überlegen was im Notfall zu tun ist. Zu schauen, wo sich der Feuerlöscher befindet, damit alle, wenn etwas passiert, bestens vorbereitet sind.

## Fraktionserklärungen

### Budget 2016 und IAFP

**A. Steiner (GLP/PP):** Im Rahmen der Budgetdebatte 2016 und als Ausblick auf die Jahre 2017/2018/2019 wollen die Grünliberalen einige wesentliche Fakten aufzeigen, die wichtig für die Zukunft von Winterthur sind. Die GLP hat bereits anlässlich der letzten Sitzung kritisiert, dass sie mit dem IAFP nicht glücklich ist. 1. Vergleichbarkeit: Es ist schwierig nachzuziehen, wann welche Beträge wo in die Planung eingestellt wurden. A. Steiner zeigt den IAFP des letzten Jahres. Darin wurden einfach vermutete zukünftige Abweichungen festgehalten. Grössere Anpassungen aus den Vorjahren wurden nicht gross kommuniziert. Der IAFP sieht jetzt ganz anders aus und weist verschiedene Kolonnen auf. Die Zahlen, die im letzten Jahr für die Jahre 2017 und 2018 im IAFP standen, sind nicht bekannt. Man weiss nicht, wo Anpassungen vorgenommen wurden. In diesem Jahr werden immerhin gewisse grundsätzliche Punkte und Einflussgrössen erwähnt. Aber auch hier wird ein Mangel sichtbar. Es ist nicht klar im IAFP enthalten, mit wie vielen Millionen welche Annahme beziffert wird. Was wird in dieser Prognose berücksichtigt und was nicht? 2. Intransparenz: Für die GLP/PP-Fraktion ist es extrem wichtig, dass bekannt ist, was im Vorjahr für welche Leistungen eingesetzt worden ist und warum diese Annahmen geändert worden sind. Es gibt immer Begründungen, warum sich etwas ändert. 3. Und das ist ein wesentlicher Punkt, hier liegt die Unvollständigkeit. Am 9. Juni 2013 hat das Volk über die Sanierung der Pensionskasse abgestimmt. Damals hat der Stadtrat der Bevölkerung erklärt, dass eine ausgewogene Sanierung auf dem Tisch liegt – ausgewogen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In der Vorlage hat der Stadtrat angekündigt, dass das Rechnungsmodell HRM1 auf HRM2 umgestellt wird. Das hat zur Folge, dass das Eigenkapital in einer anderen Form dargestellt wird, was einen höheren Wert ergibt. Diese Umstellung ermöglicht die Sanierung der Pensionskasse – zumindest was den Arbeitgeberanteil anbelangt. Die Stadt hat 150'000 Millionen als Eimaleinlage in die Pensionskasse bezahlt. Zudem hat die Stadt 55,6 Millionen für die Rententeuerung versprochen und 24 Millionen Kapitalaufwertung angekündigt. Das wurde alles umgesetzt. Im Weiteren wurde festgehalten, dass die Stadt auf Kosten der Erfolgsrechnung, 7 Millionen jährlich als Arbeitgeberbeitrag an die Sanierung der Pensionskasse bezahlen wird. Man hat das Eigenkapital durch die Umstellung von HRM1 auf HRM2 neu berechnet. Wenn die Pensionskassensanierung nicht notwendig gewesen wäre, würde sich das Eigenkapital der Stadt, ohne die Rückstellungen für die Pensionskasse, auf 413 Millionen belaufen. Die Stadt hat die versprochenen Sanierungsbeiträge geleistet. Ohne die 7 Millionen, die man eigentlich jährlich abbuchen wollte, würde man auf ein Eigenkapital von 184 Millionen kommen. Aus rechnungstechnischen Gründen können die 7 Millionen nicht jährlich abgebucht werden. Die Abbuchung muss einmalig vorgenommen werden, was nicht heisst, dass diese jährlich dem Eigenkapital gutgeschrieben werden können. Damit hat die Stadt eine Rückstellung über sämtliche Arbeitgeberbeiträge gemacht. Die 7 Millionen, die im IAFP 2016, 2017 und 2018 enthalten waren, sind jetzt irgendwo. Sie werden in den folgenden Jahren verbraucht. Diese Ausgaben werden zwar in der Rechnung aufgeführt, irgendwo auf den 430 Seiten. Diese Zahl ist aber wesentlich.

Der Stadtrat hat einen Bilanzanpassungsbericht vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt hat man bereits festgestellt, dass die Sanierung nicht unbedingt ausreichen wird. Die Stadt muss fortlaufend prüfen, ob sie noch mehr investieren muss und ob weitere Massnahmen ergriffen werden müssen. Das Gesetz sieht Rückstellungen vor, wenn die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass in Zukunft mehrere Millionen ausgegeben werden müssen. Auch das hat wurde im Bilanzanpassungsbericht gemacht. Die Rede ist von zusätzlichen 58,5 Millionen. Zudem ist der Referenzzinssatz, der technische Zinssatz, anzupassen von 3,25 % auf 2,75 %. Das ist eine stolze Summe. Diese Fakten sind für die Zukunft sehr wichtig. Die Stadt wird das 58,5 Millionen kosten. Das wurde als Rückstellung auf die Seite gelegt. Im IAFP findet man nichts zur Pensionskasse. Man findet keine Aussage über Massnahmen, damit die 58,5 Millionen nicht ausgeschöpft werden müssen. Wenn die Stadt die Rückstellung wirklich brauchen würde, kommt man auf das Eigenkapital, das gemäss Bilanzanpassungsbericht im Moment vorhanden ist – das sind noch 63,8 Millionen. Das Eigenkapital der Stadt ist durch die Pensi-

onskassensanierung, auf die einfach etwas draufgesetzt wurden, neben dem Betrag, der mit der Bevölkerung vereinbart wurde, reduziert worden. Das Eigenkapital ist noch nicht ausgeschöpft. Die Stadt kann noch immer handeln. Aber im IAFP steht nichts. Was den Grünliberalen noch Sorgen macht, ist der technische Zinssatz. Dieser würde durch die Rückstellung auf 2,75 % sinken. Die BVK hatte ähnliche Probleme. Der technische Zinssatz liegt im Moment bei 2 %. Es scheint, dass der technische Zinssatz in Winterthur noch immer recht hoch ist. Der Umwandlungssatz in Winterthur liegt bei 6,46 %. Der Umwandlungssatz der BVK soll von 6,2 % auf 4,48 % reduziert werden. Die BVK handelt. In Winterthur ist nicht einmal im IAFP über die nächsten 3 Jahre etwas enthalten.

Die Grünliberalen wollen festhalten, dass sie sicher sind, dass noch mehr Aufwendungen auf die Stadt zukommen werden und das mit der schmalen Eigenkapitaldecke. A. Steiner hält fest, dass es nichts bringt, wenn einfach die Augen verschlossen werden. Das wurde bereits einmal gemacht. Die Folgen sind jetzt zu spüren. Einerseits musste das Eigenkapital abgebaut werden. Andererseits wird immer wieder auf die armen Angestellten hingewiesen und das zu Recht. Sie müssen das ausbänden, weil sie ebenfalls höhere Pensionskassenbeiträge bezahlen müssen. Das ist richtig. Alles was jetzt verschlafen wird, müssen die zukünftigen Generationen übernehmen. Das kann es nicht sein. Im Weiteren will die GLP/PP-Fraktion festhalten, dass für die Stadt Winterthur Luxusbereitungen bei der Pensionskasse nicht opportun sind. Wenn die BVK so massive Anpassungen macht, ist es definitiv notwendig, die Lösung der Pensionskasse zu überdenken. Die Zahlen in Bezug auf den Umwandlungssatz müssen genauer überprüft werden. Es ist nicht ganz klar, ob sie den obligatorischen Bereich betreffen oder nur den überobligatorischen Bereich. Die Grössenordnungen werden aber sichtbar und es zeigt sich, dass Änderungen im Gang sind.

**Stadträtin Y. Beutler** ist nicht sicher, ob das eine Fraktionserklärung ist oder ein Beitrag zur Budgetdebatte. Zu einer Fraktionserklärung wird sich die Stadträtin entsprechend äussern. Der IAFP ist ein etwas leidiges Thema. Der Integrierte Ausgaben und Finanzplan wurde in den vergangenen Jahren immer wieder abgelehnt. Man fand ihn zu wenig selbsterklärend, zu wenig ausführlich etc. Deshalb hat der Stadtrat den IAFP grundlegend überarbeitet. Stadträtin Y. Beutler hätte die Änderungen sehr gerne gemeinsam mit der Präsidentin der Aufsichtskommission und den Kommissionsmitgliedern beraten. Sie hätte gerne die Meinungen abgeholt und erfahren in welche Richtung es gehen soll, was fehlt und was geändert werden soll. Stadträtin Y. Beutler hat einige Male beantragt, das Thema in der Kommission zu traktandieren. Die Aufsichtskommission hat darauf verzichtet, diese Diskussion zu führen. Der Stadtrat hat deshalb den IAFP so gestaltet, wie er das für gut befunden hat. Winterthur steht im Austausch mit anderen Gemeinwesen – mit anderen Städten von gleicher Grösse. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er auf einem guten Weg ist. Stadträtin Y. Beutler hält ihr Gesprächsangebot weiterhin aufrecht. Sie wird den IAFP in der Aufsichtskommission gerne diskutieren. Sie hält es für zielführender, das in der Kommission zu besprechen, als heute Abend im Rahmen einer Fraktionserklärung.

Der IAFP ist ein Plan. Dieser Plan enthält nichts anderes als vermutete Abweichungen in der Zukunft. Es hat etwas vorwurfsvoll geklungen, als A. Steiner auf diesen Fakt hingewiesen hat. Letztlich ist das aber eine gute Definition für einen Plan. Die Gründe für die Planänderungen sind bekannt. Sie werden jedes Jahr in der Rechnung aufgeführt. Man sieht das Budget, man sieht was passiert ist und was die Ursachen sind. Wenn man weiter zurückgehen und darlegen müsste, warum der Stadtrat im Jahr 2014 angenommen hat, dass sich das Jahr 2018 so gestalten wird, wie im IAFP angegeben und warum er im Jahr 2016 andere Annahmen trifft, dann lässt sich nur sagen, dass das einfach die Welt ist, die sich weiter gedreht hat. Der Stadtrat passt sich dem aktuellen Weltgeschehen an. Stadträtin Y. Beutler hat keine hellseherischen Fähigkeiten. Sie kann nur nach bestem Wissen und Gewissen Mutmassungen anstellen, wie sich die Welt verändern wird. Der Stadtrat kann nur darlegen worauf er sich jeweils stützt – auf das Bundesamt etc. Er hält aber nicht einfach den Finger in die Luft. Zudem hat sich der Stadtrat anboten, in der Kommission zu erklären, wie die Steuerschätzungen zustande kommen. Das alles macht der Stadtrat sehr gerne. Die Details zum IAFP finden sich in jeder Produktegruppe im Teil B. Jede Produktegruppe wird in den entsprechenden Sachkommissionen beraten, das heisst die Kommissionmitglieder haben die

Möglichkeit, zu jeder Produktgruppe Fragen zu stellen. Die Zusammenfassung befindet sich im Buch A auf Seite 20.

Auf Seite 20 sind auch die Abgaben zur Verschuldung zu finden. Stadträtin Y. Beutler hat bereits letztes Jahr erklärt, dass sie nicht glücklich ist, dass die Sanierung der Pensionskasse nicht über den Personalaufwand abgewickelt werden kann, sondern Rückstellungen gemacht werden müssen. Das reduziert den Personalaufwand um 7 Millionen. Das heisst nichts anderes, als dass sich die Stadt jährlich um 7 Millionen mehr verschuldet. Wenn man das „ergebnisneutral“ machen will, müsste die Stadt allein aufgrund der Rückstellungen 7 Millionen Gewinn machen. Das wären 2 bis 3 Steuerprozent mehr. Stadträtin Y. Beutler geht davon aus, dass das nicht mehrheitsfähig wäre. Die Stadt wurde angewiesen, die Sanierung entsprechend umzusetzen. Der Stadtrat setzt das um. Es war unter anderem die Aufsichtsinstanz, die die Stadt Winterthur angewiesen hat. Stadträtin Y. Beutler hat bereits anlässlich der Rechnungsabnahme betont, dass das für die Stadtrechnung letztlich kein Vorteil ist. Es war für die Stadträtin schwierig den Ausführungen in fachlicher Hinsicht vollständig zu folgen. Stadträtin Y. Beutler will nicht arrogant erscheinen, aber sie glaubt nicht, dass das ausschliesslich an ihr liegt. Einige Zahlen haben nicht gestimmt. Es ist schwierig, eine Grundsatzdebatte im Rahme einer Fraktionserklärung zu führen. Die Stadträtin betont, dass man in der AK die Gelegenheit gehabt hätte, um das miteinander zu diskutieren. Wenn die Verschuldung ein grosses Thema ist, hätte man einen Schwerpunkt setzen können. Dafür ist die Vorberatung da. Das Angebot bleibt bestehen – Stadträtin Y. Beutler kommt sehr gern in die Aufsichtskommission. Sie würde gerne in diesem Rahmen die Kritik abholen. Zudem sind die Verschuldungssituation und die Rückstellungen, die gemacht werden müssen, im IAFP enthalten. Der Stadtrat hat nicht die Absicht, etwas zu verstecken. Er hat auch kein Interesse, etwas nicht auszuweisen. Es ist alles transparent. Wenn jemand mehr Informationen wünscht, bittet Stadträtin Y. Beutler, diese im geeigneten Rahmen abzuholen.

**Stadtpräsident M. Künzle** will die Angst der Votantin reduzieren, wenn es um die Pensionskassengeschichte und den technischen Zins geht. Der Stiftungsrat der neuen Pensionskasse hat sich in den letzten zwei Jahren neu aufgestellt – neues Organigramm, neue Leute, neue Normen, neue Grundlagen. Das Thema technischer Zins, ist selbstverständlich auch für den Stadtrat ein Thema. Der richtige Zeitpunkt wird noch diskutiert. Dass der Zins angepasst werden muss, ist dem Stadtrat bewusst. Darauf wurde die Stadt hingewiesen. Die Pensionskasse macht ihre Arbeit. Der Stadtpräsident kommt gerne in die AK, um genau darüber zu informieren.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 15-067: Budget 2016 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2016 «Novemberbrief»**

---

**Ratspräsident M. Wenger:** Das Budget soll heute abschliessend behandelt werden. Der Ratspräsident hofft, dass nicht allzu lange Überzeit gemacht werden muss. Aber auch wenn die Sitzung länger dauern sollte, wird das Budget zu Ende beraten.

#### **Departement Finanzen**

**Finanzamt:** keine Anträge. Damit ist die Produktgruppe abgeschlossen.

**Informatikdienste (IDW):** keine Anträge. Damit ist die Produktgruppe abgeschlossen.

**Steuerbezug:** keine Anträge. Damit ist die Produktgruppe abgeschlossen.

#### **Immobilien**

**Ch. Leupi (SVP):** Die AK stellt den Antrag folgende Korrektur vorzunehmen: +/- 520'000 Franken (Budgetneutral). Die Kosten für die Miete der Büromöbel sind bei der Produktgruppe Immobilien unter dem falschen Konto (Anschaffungen Büromöbel Kostenart-Nr. 3110) verbucht. Neu soll die Verbuchung unter Miete Büromöbel Kostenart-Nr. 3161 vorgenommen

werden. Die Kosten wurden irrtümlich im falschen Konto verbucht. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** nimmt den Antrag einstimmig an.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

#### **Städtische Allgemerkosten/Erlöse**

**R. Kappeler (SP).** In der Produktegruppen städtische Allgemerkosten/Erlöse werden zwei Kommissionsanträge und diverse Fraktionsanträge gestellt. Die Kommission hat folgenden Antrag der Grüne/AL-Fraktion mit 7 zu 4 Stimmen angenommen: Antrag 1: Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franke. Damit soll die Stadt Winterthur ihre Vorbildfunktion weiterhin wahrnehmen und Bronze-Strom beziehen. Der Wechsel auf Weissstrom soll rückgängig gemacht werden. Das kostet 50'000 Franken.

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Die EVP unterstützt gezielt umweltpolitische Anliegen. Sie ist sich der Signalwirkung bei einem Nein bewusst. Zudem sind die 50'000 Franken im Verhältnis zum ganzen Budget kein grosser Betrag.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grünen/AL-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht. Es macht Sinn und ist zweckmässig, gerade in der jetzigen Situation, den Standard im Bereich erneuerbarer Strom nicht herunterzufahren. Die Stadt muss versuchen, das Niveau zu behalten. Damit kann Winterthur einen Beitrag zur Lösung der Energieproblematik leisten und erneuerbare Energien fördern. An diesen Zielen soll die Stadt unbedingt festhalten und der Bevölkerung ein Zeichen geben. Das soll als wichtiges Signal weitergepflegt werden. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt die Annahme des Antrags.

**A. Steiner (GLP/PP):** Auch die Grünliberalen werden dem Antrag zustimmen. Es geht um Nachhaltigkeit. Es kann nicht sein, dass die Stadt von so wichtigen Prinzipien, die einmal festgelegt worden sind, abweicht. Winterthur soll weiterhin als Vorbild wirken. Deshalb stimmen die Grünliberalen dem Antrag zu.

**U. Hofer (FDP):** Rückblende zur Budgetdebatte vom Dezember 2013: Die GLP hat damals ihren berühmten Antrag gestellt, die Globalkredite um 0,6631 % zu kürzen. Das hat dazu geführt, dass im Sportamt der Globalkredit um 140'800 Franken gekürzt werden musste. Stadtrat St. Fritschi hat bereits damals darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt dadurch für die Eishalle und das Hallenbad Weissstrom beziehen muss. Die GLP hat diesen Kürzungsantrag trotzdem gutgeheissen. Jetzt diese Massnahmen rückgängig zu machen, erscheint einerseits wenig konsequent und andererseits hat die FDP keine Probleme damit, wenn stromintensive Betriebe der Stadt günstigen Strom beziehen.

**R. Kappeler (SP):** Die SP Unterstützt diesen Antrag. Man darf mit den Jahren auch klüger werden. Die Argumente, die von den Grünen und der GLP vorgebracht worden sind, kann die SP unterstützen. Die Stadt hat eine Vorbildfunktion. Der Gemeinderat hat mehrmals Grundsatzentscheide in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft gefällt. In diesem Sinne muss man dem Antrag klar zustimmen.

**S. Büchi (SVP)** kann sich den Argumenten von U. Hofer anschliessen. Die Stadt soll sparen und keine Mehrausgaben tätigen. Speziell die grünliberalen Kollegen sollten sich entscheiden, ob sie Grün oder liberal sind.

**A. Steiner (GLP/PP):** Heute Abend werden die Grünliberalen diese Aussage sicher in umgekehrter Richtung machen können. Die Grünliberalen haben nie erklärt, dass sie keinen

Bronzestrom mehr wollen. Die Stadt soll effizienter werden – auch beim Stromverbrauch. Deshalb ist das nicht gleichzusetzen mit der Zustimmung zu diesem Antrag.

**Stadträtin Y. Beutler:** Bei der Einsparung von 50'000 Franken handelt es sich um eine Balancemassnahme – eine kleinere. Der Stadtrat hat verschiedene kleinere Balancemassnahmen beschlossen, die sich jedoch summieren. Stadträtin Y. Beutler wäre dankbar, wenn der Gemeinderat nicht zu viele Balancemassnahmen versenken würde, weil sonst ein Ungleichgewicht entstehen wird. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Er bedauert, dass er zu dieser Massnahme greifen muss. Aber er ist nach wie vor der Auffassung, dass das notwendig ist.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 1 abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken, um weiterhin Bronze-Strom von Stadtwerk beziehen zu können.

**Der Rat** stimmt dem Antrag klar zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Zuerst werden alle weiteren Anträge in dieser Produktgruppe gestellt und danach kann darüber diskutiert werden.

**R. Kappeler (SP):** Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 2'800'000 Franken: Es handelt sich um einen Kommissionsantrag, der von der FDP eingebracht und von der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen gutgeheissen worden ist. Die Personalmassnahmen, die der Stadtrat in seinem Antrag mit rund 4 Millionen Franken beziffert, sollen um 2,8 Millionen gekürzt werden. Die AK beantragt mit einer knappen Mehrheit, dass nur noch 1,2 Millionen mehr an das Personal ausgezahlt werden. Begründung: Dem Personal sollen hauptsächlich Einmalzulagen ausgezahlt werden. Es soll keinen allgemeinen Stufenanstieg geben und keinen generellen leistungsangepassten Aufstieg. Der Betrag soll punktuell, im Sinne von Einmalzahlungen, eingesetzt werden. Diesem Antrag muss der Antrag EVP gegenübergestellt werden, die eine Kürzung um 2 Millionen beantragt.

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 2'000'000 Franken. Die EVP/BDP-Fraktion ist der Meinung, dass das Personal in den letzten Jahren viel mittragen musste und es wird noch viel mehr mittragen müssen. Der Stadtrat hat im Budget vorgeschlagen, dem Personal den normalen Stufenanstieg und die Leistungsprämien auszuzahlen. Die Fraktion ist sich bewusst, dass das städtische Personal nicht zufrieden ist. Es ist aber auch bekannt, dass in der Privatwirtschaft kaum Lohnerhöhungen zu erwarten sind, im Gegenteil, die Angestellten vieler Betriebe müssen sich mit Kurzarbeit oder mit erhöhten Wochenarbeitsstunden abfinden. Zudem muss die negative Teuerung berücksichtigt werden. Unter diesen Umständen ist es schwierig, zu rechtfertigen, dass das Personal der Stadt Winterthur automatisch mehr Lohn erhält. Es ist aber auch nicht fair, dem Personal nichts zu geben. Die EVP/BDP-Fraktion will dem Personal etwas mehr geben. Sie will damit ihre Wertschätzung ausdrücken. Die einzelnen Mitarbeitenden sollen mehr erhalten und die Zahlung soll nicht so stark an die Leistung gekoppelt werden. Die EVP/BDP-Fraktion beantragt, dass anstelle des normalen Stufen- und Leistungsanstiegs eine Einmalzahlung in der Höhe von 2 Millionen Franken geleistet werden soll. Damit möglichst viele davon profitieren können, soll die Zahlung von der Beurteilung gut oder höher abhängig sein.

**A. Steiner (GLP/PP):** Antrag 4: Der Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 2'000'000 Franken, wird zurückgezogen.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Antrag 5. Die CVP/EDU-Fraktion stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 1'000'000 Franken. Der Rotationsgewinn soll durch längere Vakanz vor einer Wiederbesetzung erhöht werden. Die CVP hat den Antrag im Sinne eines Kompromissvorschlags gestellt. Die GLP hat einen Rotationsgewinn durch längere Vakanz von 2 Millionen vorgeschlagen. Dieser Betrag ist etwas hoch und wird im Rat kaum eine Mehrheit

finden. Aus diesem Grund stellt die CVP/EDU-Fraktion einen reduzierten Antrag – im Prinzip mit dem gleichen Inhalt. Lediglich die Höhe der Kürzung soll um 1 Million reduziert werden.

**S. Büchi (SVP):** Antrag 6: Die SVP Fraktion stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken. Die Kosten für Honorare externer Berater, Gutachter, Experten etc. sollen pauschal gekürzt werden. Die SVP hat ursprünglich eine Kürzung von 500'000 Franken beantragt. Diese Betrag soll auf 200'000 Franken reduziert werden. In der Erfolgsrechnungsposition Honorare für externe Berater, Gutachten, Experten sind hohe Beträge eingestellt. Wenn man sagt, dass man sparen muss, dann soll vor allem auch dort gespart werden, wo keine Arbeitsverträge bestehen und die Stadt nicht gesetzlich gebunden ist. Die SVP wollte ursprünglich eine höhere Kürzung beantragen. Mit 200'000 Franken hat sie hoffentlich ein Kompromiss gefunden, dem die Mehrheit zustimmen kann.

**S Büchi (SVP):** Antrag 7: Die SVP Fraktion stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die Kosten für die Personalwerbung sollen pauschal gekürzt werden. Das ist ebenfalls ein Bereich, in dem hohe Beträge budgetiert sind. In diesem Bereich kann die Stadt mit elektronischen Mitteln sehr günstig zu Resultaten kommen. Einzelne Indikatoren verursachen zudem relativ hohe Kosten, wenn zum Beispiel externe Berater beauftragt werden, um Personal anzuwerben. Eine Kürzung um 100'000 Franken ist sicher verkraftbar.

**S. Büchi (SVP):** Antrag 8: Die SVP Fraktion stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Der Kredit für die Anschaffung von Büromöbeln soll um 100'000 Franken reduziert werden. Nach der Umbuchung der Kosten für die Miete von Büromöbeln in die Kostenart-Nr. 3161 beläuft sich die Position Anschaffung von Büromöbeln noch immer auf rund 1,8 Millionen. Das ist ein sehr stolzer Betrag. Die Stadtverwaltung ist neu in den Superblock umgezogen. Hier ist noch Luft drin. Die Zitrone ist noch mit Saft gefüllt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Kürzung von 100'000 Franken gut verkraftbar ist.

**R. Kappeler (SP)** Antrag 9: Als Referent der AK stellt R. Kappeler diesen Antrag. Es handelt sich um eine Konsequenz aus dem Entscheid vom letzten Montag. Geschäft 2015/069, Änderung der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass Stadtwerk 1,1 Millionen weniger an die Stadt abliefern soll. Der Globalkredit der Städtischen Allgemeynkosten soll um diese 1,1 Millionen erhöht werden, weil 1,1 Millionen weniger hereinkommen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Als erstes werden die Anträge 2 und 3 einander gegenübergestellt. Kommissionsantrag: Kürzung des Globalkredits um 2,8 Millionen. Antrag der EVP/BDP-Fraktion: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen.

**U. Hofer (FDP)** kann sich in Vielem dem Votum von Th. Deutsch anschliessen. Der Antrag der EVP ist dem der FDP sehr ähnlich – mit zwei grundlegenden Unterschieden. Auch die FDP erachtet es aufgrund der negativen Teuerung und der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Moment nicht als angezeigt, einen pauschalen nicht leistungsorientierten Stufenanstieg zu gewähren. Zur Erinnerung: Die negative Teuerung im Jahr 2015 beträgt gemäss Schätzung minus 1,1 %. Wichtig ist auch, dass aufgrund des starken Frankens gewisse politische Entscheide anstehen – Masseneinwanderung, bilaterale Verträge etc. Die Wirtschaft ist extrem verunsichert. Die Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft ist dementsprechend extrem unter Druck. Niemand weiss genau, was die Zukunft bringt. Es kann auch eine Rezession sein oder eine Wirtschaftskrise. Während die Privatwirtschaft Stellen abbauen kann, ist das in der öffentlichen Verwaltung nicht der Fall. Die schlechte Finanzsituation und die sehr ungewisse Zukunft lassen sich nicht mit einer pauschalen Lohnerhöhung vereinbaren. Eine gewissenhafte Finanzpolitik beinhaltet auch, dass dem Personal nur das versprochen wird, was man halten kann. Auch ein Vergleich mit dem Kanton, der bis 2009 ein ähnliches System kannte, zeigt, dass in den 19 Jahren, in denen dieses System wirksam war, nur selten ein Stufenanstieg gewährt wurde. Es hat immer wieder Aus-

nahmen gegeben, eigentlich mehr Ausnahmen als reguläre Massnahmen. 2009 hat der Kanton den automatischen Stufenanstieg abgeschafft, weil er diese Lohnmassnahmen als nicht mehr zeitgemäss und nicht leistungsorientiert erachtet. Auch der Stadtrat hat angekündigt, das Personalstatut zu überarbeiten. Deshalb ist heute der falsche Zeitpunkt, um nach dem alten Personalstatut Fakten zu schaffen. Leistung muss sich lohnen. Die FDP will eine einmalige Zulage gewähren, im Umfang von 1,2 Millionen. Das ist etwa der Betrag, den der Stadtrat in einer Weisung als effektiv erzielbaren Rotationsgewinn aufgezeigt hat. Der effektiv erzielbare Rotationsgewinn ist die Wiedereinstellung von Personal zu tieferen Löhnen und nicht, was in Richtung Einstellungsstopp geht, längere Vakanzen und nicht sofortige Wiederbesetzung von Stellen. In der Debatte zum Budget 2013 wurde ein ähnlicher Antrag von einer Mehrheit gutgeheissen. Damals wurden aber sehr detaillierte Vorgaben gemacht, wie diese Einmalzulage verteilt werden soll. Dem Vernehmen nach war das kompliziert und mühsam. Die FDP schlägt deshalb ein wesentlich flexibleres System vor. Wichtig ist, das ist der zweite wesentliche Unterschied zur EVP abgesehen vom Betrag, dass die Zulage leistungsorientiert erfolgen soll. Leistung soll belohnt werden. Die Stadt soll nicht einfach pauschal Geld verteilen. Die FDP bleibt bei ihrem Antrag und lehnt den Antrag der EVP ab.

**A. Steiner (GLP/PP)** kann sich den Vorrednern Th. Deutsch und U. Hofer anschliessen. Vieles wurde bereits gesagt. Die Grünliberalen und der Pirat unterstützen beide Anträge, bevorzugen aber den Antrag der EVP. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es tatsächlich nicht opportun, eine Lohnerhöhung zu geben. Man kann nicht eine Lohnerhöhung mit einer gleichzeitigen Steuererhöhung finanzieren. Das erachtet die GLP/PP-Fraktion als falsch. Ein Stufenanstieg liegt zum jetzigen Zeitpunkt nicht drin.

**S. Büchi (SVP):** Die SVP ist ebenfalls der Meinung, dass in einer Stadt, in der Industriearbeitsplätze abgebaut werden und es keine Lohnerhöhungen gibt, ist ein Stufenanstieg nicht angebracht. Beim Bund und beim Kanton gibt es ebenfalls keinen Stufenanstieg. Beide Anträge gehen in die richtige Richtung. Es ist gut, dass man diese Bremse hat. S. Büchi hat einen Wunsch an die Medienschaffenden: Bitte schreibt nicht, jetzt wird beim Personal gespart. Es wird nicht gespart, sondern einfach nicht mehr Geld ausgegeben. Die SVP unterstützt den Antrag der FDP.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Bei diesem Thema muss man etwas ausholen. Wenn jemand bei der Stadt Winterthur angestellt wird, wird diese Person in eine Lohnklasse eingeordnet, je nach Funktion. Innerhalb dieser Lohnklasse gibt es verschiedene Erfahrungsstufen und in höheren Lohnklassen auch Leistungsstufen. Das Problem ist, dass es ohne Funktionswechsel nur sehr begrenzt möglich ist, aufzusteigen – das heisst nur im Rahmen des normalen Stufen- und Leistungsanstiegs. Mit diesem Anstieg erhalten die Mitarbeitenden mehr Lohn. In der Privatwirtschaft ist es dem Arbeitgeber jederzeit möglich, den Lohn zu erhöhen. Das ist vor allem für die Leute ein Problem, die zu einem relativ tiefen Lohn angestellt worden sind. Junge Leute, die intern gut ausgebildet worden sind und zwei, drei Jahr bei der Stadt bleiben, müssten eine Lohnerhöhung erhalten. Wenn das nicht der Fall ist, wechseln sie die Stelle. Die Stadt hat die Leute ausgebildet und die Leute wechseln dann in eine andere Gemeinde, in eine andere Stadt, zum Kanton oder in die Privatwirtschaft. Dort werden sie die Lohnerhöhung problemlos erhalten, die sie in Winterthur gemäss Personalstatut eigentlich zugute hätten. Deshalb wäre es wichtig, dass wieder einmal die normalen Personalmassnahmen gewährt werden. Die Fraktion Grüne/AL zieht von den beiden Anträgen, den Antrag der EVP vor, wird im Endeffekt aber beide ablehnen. Die Variante des Stadtrates ist die bessere. Ch. Griesser weist darauf hin, dass die Grüne/AL-Fraktion bereit gewesen ist, zu verhandeln. Die Lohnmassnahmen hätte man zum Beispiel nicht am 1. Januar 2016 einführen können, sondern erst Mitte Jahr. Damit hätte man im Budget 2016 Einsparungen von 2 Millionen erreicht, aber mit der Konsequenz, dass die Leute bereits gewusst hätten, dass sie mehr Lohn erhalten werden. 1,2 Millionen für Lohnmassnahme sind wenig.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion teilt vor allem die Ausführungen von Seiten der FDP. Andererseits ist F. Albanese überrascht von der Haltung der Grünliberalen. Diese

scheint doch bipolar zu sein, weil man zur Einsicht kommt, dass eine Kürzung notwendig ist aber doch nicht dazu stehen kann. Die GLP erweckt sonst gerne den Anschein, als würde sie Farbe bekennen, wenn es um grüne Anliegen geht. Das kann sie auch so halten, wenn es angezeigt ist. Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Die Fraktion hat sich überlegt, ob es nicht angezeigt wäre, auf einen Stufenanstieg und auf den Leistungsanteil zu verzichten, weil es sich um eine Ausnahmesituation handelt. Die CVP/EDU-Fraktion ist aber ebenfalls der Meinung, dass sich Leistung lohnen soll. Es ist nötig, dass das Personalstatut zeitgemäss angepasst wird. Der Stadtrat soll die nötigen Freiheiten haben, um leistungsgebunden die ausserordentlichen Einmalzahlungen vorzunehmen. In der Eintretensdebatte hat die CVP/EDU-Fraktion erklärt, dass es ein Glücksfall für die Angestellten der Stadt ist, dass die negative Teuerung ohnehin zu einer Reallohnerhöhung führt. In dieser speziellen Lage kann das Personal diese Kürzung eher verkraften. Die Lage ist eindeutig ausserordentlich, sonst müsste der Stadtrat keine Steuererhöhung beantragen. Der Stadtrat soll deshalb den Sonderstatus geltend machen. Die CVP/EDU-Fraktion plädiert dafür, den Antrag der FDP, Kürzung um 2,8 Millionen, zu unterstützen und den Antrag der EVP abzulehnen.

**R. Kappeler (SP):** Die Vorredner sollten sich in die Lage eines städtischen Angestellten versetzen. Seit 2012 keinen Franken mehr Lohn, obwohl das Personalstatut eigentlich im Paragraphen 46 vorsieht, dass jedes Jahr ein Stufenanstieg möglich ist, bei entsprechender Qualifikation. Zusätzlich ist auch noch eine Leistungskomponente möglich. Seit 2012 keine Lohnerhöhung. Natürlich besagt das Personalstatut, dass in finanziell schwierigen Zeiten die Lohnrunde ausgesetzt werden kann. Aber 4 Jahre nacheinander, das strapaziert diesen Ausnahmeparagraphen. Es hat nicht nur keine Lohnerhöhungen gegeben. Es sind auch zwei grosse Sparprogramme durchgezogen worden – effort14+ und Balance. Der Umzug in den Superblock war eine zusätzliche Belastung. Bereits im Budget 2015 und jetzt im Budget 2016 werden unter dem Titel städtische Allgemerkosten einige Millionen eingespart, indem zum Beispiel Vakanzen länger offen bleiben. Das bedeutet für die Mitarbeitenden eine grössere Belastung und mehr Arbeit. Es ist kein Wunder, dass die Mitarbeiterbefragung sehr schlecht abgeschnitten hat. Der Stadtrat hat das Zeichen erkannt und hat deshalb für das Jahr 2016 Lohnmassnahmen im ordentlichen Umfang beantragt. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates und lehnt beide Kürzungsanträge ab. Sie gibt aber dem Antrag der EVP den Vorzug. Man darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Natürlich haben es die Industriebetriebe schwer, die Arbeitszeit wird beispielsweise erhöht. Aber letzte Woche konnte man lesen, dass Grossbetriebe in der Schweiz die Löhne durchschnittlich um ein halbes Prozent erhöhen. Die Stadt Winterthur müsste sich wahrscheinlich mit einem Grossbetrieb vergleichen und nicht mit den Betrieben, die im Moment tatsächlich unter der Frankenstärke leiden. R. Kappeler hört immer wieder, dass die Lohnerhöhungen nach dem Giesskannenprinzip erfolgen. Das Lohnsystem basiert darauf, dass die Mitarbeitenden beim Einstieg in die Stadtverwaltung deutlich weniger verdienen, als bei vergleichbaren Arbeitgebern. Dafür können die Angestellten bei guter Qualifikation aufsteigen. Das ist der Deal zwischen dem Personal und der Stadt. R. Kappeler ruft in Erinnerung, dass die Automatismen, beim Bund, beim Kanton und bei der Stadt angepasst worden sind. Ein Stufenanstieg ist nur noch mit guter Leistungsbeurteilung möglich.

Die Argumentation gegen ein Lohnsystem, wie es viele öffentliche Verwaltungen kennen, beruht auf dem Wissensstand von vor 10 Jahren. Inzwischen hat sich auch in der Wissenschaft einiges getan. Verhaltensökonomien haben festgestellt, dass die Motivation und damit auch die Leistung gefördert werden, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber das Gefühl haben, sie werden fair behandelt. Die Stadt ist inzwischen an einem Punkt, an dem sich die Arbeitnehmer nicht mehr ganz fair behandelt fühlen. Studien des Instituts für Betriebswirtschaftslehre im Bereich Personalwirtschaft haben aufgezeigt, dass das Personal dazu tendiert, zum Beispiel durch längere Abwesenheiten, einen Ausgleich zu schaffen, wenn es nicht mehr fair behandelt fühlt. Das ist sicher zum Schaden des Arbeitgebers. Die Stadt zählt auf ein motiviertes Personal. Das ist nur dann der Fall, wenn die Leute fair behandelt werden. Es geht um die Wertschätzung des Personals. Es ist nicht erstaunlich, dass diese Art von System, ein Vorbild für viele Gesamtarbeitsverträge ist. Nur in wenigen Branchen werden hohe Boni ausbezahlt. Die FDP argumentiert, dass das Personalstatut geändert werden muss. Das ist

vorauselender Gehorsam. Im Moment hat die Stadt ein gültiges Personalstatut. R. Kappeler bittet die Ratsmitglieder, sich an geltendes Recht zu halten.

Einmalzulagen: Arbeit ist keine Einmaltätigkeit, sondern eine kontinuierliche Leistung. Auch der Lohn soll deshalb keine Einmalzahlung sein, sondern eine kontinuierliche Leistung. Entsprechend soll das auch für Lohnerhöhungen gelten. Leistung soll sich lohnen. Das unterstützt auch die SP. Aber im Lohnsystem der Stadt ist die Leistung an den Stufenanstieg gekoppelt. Jetzt soll diese Leistungskomponente gestrichen und durch Einmalzahlungen ersetzt werden. Sogar ein guter, aktiver junger Mitarbeiter kann nicht mehr belohnt werden. Man kann lediglich eine Einmalzahlung ausrichten. Dieser Bonus ist nicht relevant für die Pensionskasse. Wenn die Mitarbeitenden für ihre Arbeit Jahr für Jahr nur eine Einmalzahlung erhalten, steigt die Rente nicht. Die Einmalzahlungen und das Stoppen des normalen Anstiegs machen ein austariertes Lohnsystem undurchsichtig. Schlussendlich fahren die Mitarbeitenden besser, die zu einer anderen Verwaltung wechseln und nach einigen Jahren wieder in die Stadtverwaltung zurückkehren, als die treuen Mitarbeiter, die der Stadt die Stange halten. Das kann es nicht sein. R. Kappeler appelliert an alle Ratsmitglieder, fair zum Personal zu sein, die rechtlichen Versprechen einzuhalten und dem Stadtrat zu folgen.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Es ist erfrischend. M. Zeugin war heute Vormittag im Kantonsrat. Im Kantonsrat ist es üblich, anders als in Winterthur, bereits am Anfang einer Debatte die Interessenskonflikte bekannt zu geben. Ch. Griesser hätte offenlegen müssen, dass er beim kantonalen Steueramt arbeitet und R. Kappeler hätte sagen müssen, dass er Berufsschul- oder Mittelschullehrer ist. Damit hätten sie transparent gemacht, wo die eigenen Interessen liegen. Es wurde argumentiert, als ob es rechtlich nur eine Auslegung der Personalmassnahmen gäbe und nur eine Variante, um dem Gesetz gemäss Personalstatut gerecht zu werden. Ebenso wie sich die linke Ratsseite auf einen Paragraphen abstützt, ist auf der juristisch gleichen Ebene geregelt, dass in Ausnahmesituationen, zwei laufende Sanierungsprogramme werden hoffentlich als finanzielle Ausnahmesituation betrachtet, von diesen Personalmassnahmen abgesehen werden kann. Das heisst, zu behaupten, dass geltendes Recht nicht erfüllt wird, zeugt lediglich davon, wie dieser Text gelesen wird. Es ist effektiv so, dass auf der gleichen Ebene geregelt ist, dass bei einer finanziellen Notlage, beziehungsweise, wenn es finanziell nicht anders möglich ist, davon abgesehen werden kann. Das ist genau das, was die Grünliberalen beantragen angesichts der zwei laufenden Sanierungsprogramme. M. Zeugin bittet die Ratsmitglieder, die entsprechenden Paragraphen zumindest zur Kenntnis zu nehmen und gleich stark zu gewichten. Zudem macht M. Zeugin einen materiellen Einwand zum Votum von R. Kappeler: Er hat dargelegt, dass es wissenschaftlich klar ist, dass es nur eine Variante gibt – nämlich mehr Lohn. Es ist so, dass auch M. Zeugin wissenschaftliche Studien kennt. Diese besagen, dass die intrinsische Motivation nicht über die Lohnerhöhung funktioniert, will heissen, den höheren Lohn nehmen die Angestellten mit, wenn sie ihn bekommen. Letztendlich hängt aber der Kern der Motivation nicht davon ab. Die Aussage von R. Kappeler kann wissenschaftlich widerlegt werden. Es geht nicht darum, dass man fair behandelt wird, sondern darum, dass man eine interessante Arbeit hat. Eine interessante Arbeit ist nicht primär vom Monatslohn abhängig. Das heisst die Motivation funktioniert nicht, so wie das R. Kappeler dargelegt hat, über den Lohn, sondern über das Thema. Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, wenn eine Steuererhöhung im Raum steht, die Stadt zwei Sanierungsprogramme umsetzen muss, wird es in Winterthur nicht verstanden, wenn grosszügige Personalmassnahmen budgetiert werden. Es wäre das falsche Zeichen, den äusserst grosszügigen Lohnmassnahmen, die der Stadtrat beantragt, zuzustimmen.

**D. Oswald (SVP):** Ein wichtiger Punkt wird in dieser Diskussion völlig vergessen. Jetzt wird einzig und allein über den Lohn gesprochen. Der Lohn darf nicht nur für sich allein betrachtet werden. Letztendlich geht es um ein Gesamtpaket, das die Mitarbeitenden erhalten. Das beinhaltet auch die Leistungen durch die Pensionskasse, die Arbeitszeiten, das Kündigungsreglement etc. Es geht um die gesamte Sache und nicht nur um den Lohn allein. Die Diskussion in Bezug auf die Pensionskasse hat gezeigt, dass die Stadt Winterthur nach wie vor sehr gute Regelungen bietet, auch wenn in den letzten Jahren Anpassungen vorgenommen

wurden. Einen grossen Teil der Sanierung bezahlen die Steuerzahler und nicht die Arbeitnehmer. Auch hier muss man realistisch sein. Wenn man das Gesamtpaket betrachtet, sind die städtischen Angestellten, im Vergleich mit den kantonal Angestellten, besser gestellt. Es gibt Beispiele, dass Führungskräfte, die von kantonalen Institutionen in städtische Institutionen gewechselt haben, einen Zahltag erhalten, der um einen fünfstelligen Betrag höher liegt bei gleicher Funktion, als bei der kantonalen Institution. Ausserdem hat der Gemeinderat in den letzten Jahren stabil gehandelt. Letztes Jahr wurde im Gemeinderat eine Lohnkürzung von 2 % für die Dauer von zwei Jahren abgelehnt. Auch das muss in Betracht gezogen werden. Man darf nicht nur das Budget 2016 anschauen. Die Anpassung des Personalstatuts steht an. Das muss gemacht werden. Schlussendlich muss das Gesamtpaket beurteilt werden. Es ist nachvollziehbar, dass die Interessensvertreter der SP und der Grünen vor einer Änderung eine Lohnerhöhung durchsetzen wollen. Dafür dürfen sie selbstverständlich kämpfen. Aber sie sollten die Interessensbindungen darlegen. Leistung muss sich wirklich lohnen, das ist so. Fair behandeln, sicher. Aber wenn ein Mitarbeiter nur aufgrund des Lohnes kündigt, ist er nicht mehr zu retten. Sicher müssen die Mitarbeitenden jeweils Ende Monat ihre Rechnungen bezahlen können. Für die unteren Einkommen ist das nicht einfach. Auch deshalb soll das Personal auch in diesem Jahr etwas erhalten. Die Teuerung ist aber sicher kein Problem. Wenn man die Krankenkasse anschaut, sind es die Lösungen der anderen Ratsseite, die seit Jahren nicht funktionieren. Das gilt auch für gewisse Wirtschaftszweige. Diese Lösungen hat die SVP nicht zu verantworten. In Anbetracht der gesamten Situation und aller Faktoren, die der Gemeinderat berücksichtigen muss, ist es richtig, Einmalzulagen auszurichten. Damit kann man dem Personal beweisen, dass sein Einsatz ästimiert wird. Die Überarbeitung des Personalstatuts wird man angehen müssen. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder dringend, den Antrag der FDP zu unterstützen. Aufgrund der Fraktionserklärung in Bezug auf den IAFP müsste die GLP/PP-Fraktion den Antrag der FDP unterstützen.

**U. Hofer (FDP):** Den Präzisierungen der beiden Vorrednern kann sich U. Hofer anschliessen, will aber eine weitere Präzisierung anbringen. R. Kappeler hat richtig erklärt, dass nicht Birnen mit Äpfeln verglichen werden dürfen und kommt dann trotzdem auf Grossbetriebe zu sprechen, die eine Lohnerhöhung gewährt haben. Dazu ist zu sage, dass die Credit Suisse allein im Jahr 2015 1'500 Stellen abgebaut hat. ABB hat angekündigt, weltweit 10'000 Stellen abzubauen und Novartis hat letztes Jahr rund 500 Stellen abgebaut. Diese Liste geht einfach so weiter. Wenn man Birnen mit Äpfeln vergleichen würde, dann würde das nicht zu dem Ergebnis führen, das sich R. Kappeler vorstellt.

**St. Feer (FDP)** will die Aussagen von R. Kappeler und Ch. Griesser zum Thema junge Arbeitnehmer in der Stadtverwaltung kurz kommentieren. Diese werden angeblich schlecht bezahlt. Wer sich etwas umhört, weiss, dass die KV-Angestellten in der Stadt sehr gut verdienen. Diese Löhne kann die Privatwirtschaft zum Teil gar nicht bezahlen – ausser die Banken, die sich ebenfalls auf diesem Niveau bewegen. Ein Vergleich zeigt, dass die Privatwirtschaft lohnässig nicht mit der Stadt mithalten kann. Damit kommt St. Feer zum Thema das M. Zeugin erwähnt hat, zur intrinsischer Motivation. Winterthur braucht nicht junge Mitarbeiter, die bei der Stadt arbeiten, weil sie viel verdienen, sondern junge Leute, die eine spannende Stelle suchen, an der sie sich entfalten können.

**Ch. Griesser (Grüne/AL)** weist darauf hin, dass er als kantonal Angestellter nicht in einem Interessenskonflikt steht, wenn er als Winterthurer Gemeinderat spricht. Er weigert sich, jemals so etwas zu deklarieren. Zudem ist allen bekannt, wo Ch. Griesser arbeitet. Wenn jemand das Gefühl hat, dass das nicht in Ordnung ist, muss er dagegen antreten. Es ist korrekt, Ch. Griesser darf sich zu diesem Thema äusseren. Es gibt keinen Interessenskonflikt, weil er keinen Franken mehr Lohn erhält. Ch. Griesser hat zudem nicht gesagt, dass man bei der Stadt sehr wenig verdient. Es ist aber ein Problem, wenn die Leute nach zwei oder drei Jahren bei der Stadt nicht mehr Lohn erhalten.

**St. Feer (FDP):** Das ist ein zweiter Punkt. Durch die Rotationslohnerhöhungen, die es anscheinend in der Verwaltung geben soll, seien die Mitarbeitenden angeblich gezwungen, zu

künden und sich wieder zu bewerben. Das ist übrigens auch in der Privatwirtschaft der Fall. Die Lohnerhöhungen sind an Vorgaben gebunden. Wenn ein Konzern erklärt, dass die Löhne um 0,3 % erhöht werden, sind es 0,3 %, auch wenn man einigen Leuten gerne mehr geben würde. Das hat oft zur Folge, dass die Leute kündigen und später wieder zurückkommen, wenn ihnen die Stelle gefallen hat. Das ist der gleiche Mechanismus. Warum das in Bezug auf die Verwaltung anders beurteilt werden soll als in der Privatwirtschaft, versteht St. Feer nicht.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Alljährlich gibt es das Ritual der Danksagung. Alle Fraktionen, wirklich alle, bedanken sich alljährlich beim Personal der Stadtverwaltung Winterthur für die sehr guten Dienstleistungen, die im Interesse der Leute, die in Winterthur wohnen, arbeiten und in der Stadt zu Gast sind, erbracht werden. Das wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr geschätzt. Ernst nehmen kann man diese Äusserungen nur, wenn diesen Worten auch Taten folgen. Es ist eine Tatsache, dass seit 2012 keine ordentlichen Lohnmassnahmen mehr ausgerichtet wurden. Das schleckt keine Geiss weg. Es sind die Kader und die Mitarbeitenden der Stadt, die kostenbewusst Schritt für Schritt für eine Verbesserung der Situation gesorgt haben. Das hat der Stadtrat mehrmals festgehalten. Es herrscht grosse Budgetdisziplin. Das wurde auch im Parlament erwähnt. Dass die Kosten für Bildung, Soziales und Gesundheit ansteigen, ist nicht nur in Winterthur so. Die Mitarbeitenden haben das nicht zu verantworten. Soweit dem Stadtrat bekannt ist, haben die Stadt Zürich, der Kanton Zürich und der Bund die Absicht, im Jahr 2016 Lohnmassnahmen zu gewähren. Diese drei öffentlichen Hände sprechen von einer Nullrunde. Aber sie machen an und für sich das gleiche wie die Stadt Winterthur. Auch in Winterthur kann von einer Nullrunde gesprochen werden. Die Lohnmassnahmen sollen über die Rotationsgewinne finanziert werden. Der Stadtpräsident weiss, dass in der Privatwirtschaft für das Jahr 2016 durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 0,5 % ausgerichtet werden soll. Das betrifft die Firmen, deren Absichten bekannt sind. Es sind aber noch nicht alle Unternehmungen in diesem Gesamtbild enthalten. Erfahrungsgemäss werden die Firmen Novartis, Roche, Nestlé etc. sehr grosszügig Lohnmassnahmen sprechen. Es stimmt nicht, dass die Privatwirtschaft nicht bereit ist, Lohnmassnahmen zu gewähren.

In der Stadtverwaltung werden zwei Sparprogramme, effort14+ und Balance, ungesetzt. Die Stadtverwaltung wird ca. 100 Stellen im Stellenplan reduzieren. Dadurch wird der Druck auf das Personal unvermindert anhalten. Auch die Vakanzen-Regelung trägt nicht dazu bei, dass die Mitarbeitenden entlastet werden. Wenn zugewartet wird bis freiwerdende Stellen neu besetzt werden, belastet das die Teams. Die Arbeit muss gemacht werden. Die Zusatzbelastung tragen die Teams bis neue Leute eingestellt werden. Diese Mehrbelastung ist eine Realität. Die Lohntüte ist aufgrund der Pensionskassensanierung weniger voll als früher. Dass auch in dieser Beziehung noch weitere Massnahmen notwendig sein werden, ist heute Abend bereits angetönt worden. Die Unzufriedenheit beim Personal zeigt sich in der Personalbefragung. Diese ist so schlecht ausgefallen, wie seit langem nicht mehr. Das führt dazu, dass sich die Mitarbeitenden Gedanken machen, ob sie bei der Stadtverwaltung bleiben sollen. Die Stadtverwaltung muss sich auf dem Arbeitsmarkt bewähren. Der Stadtrat will gut Arbeitskräfte. Die Stadt buhlt um die besten Kader und Mitarbeitenden. Lohnmassnahmen spielen dabei eine Rolle. Stadtpräsident M. Künzle behauptet nicht, dass der Lohn allein eine Rolle spielt, aber er spielt auch eine Rolle. Die letzten ausserordentlichen, einmaligen Zulagen, die per 1. Januar 2013 für die Lohnklassen 1 bis 13 gesprochen wurden, haben keine Begeisterungstürme ausgelöst. Zumal die Kaderleute ausgenommen wurden. Es sind aber die Kader der Stadtverwaltung, die im Vergleich zu anderen öffentlichen Händen und zur Privatwirtschaft eher tiefer Löhne erhalten. Die Rede ist nicht von KV-Angestellten. Der Stadtrat hat eine Übersicht erstellt. Er weiss, dass die Löhne etwa auf Augenhöhe mit anderen Arbeitgebern sind. Aber beim Kader verliert die Stadt zunehmend an Boden. Das ganze Lohnsystem funktioniert in Folge des wiederholten Aussetzen der Lohnmassnahmen nicht mehr wie geplant. Aktuell bestehen im Bereich Lohn ungleiche Verhältnisse. Insbesondere die Mitarbeitenden mit vielen Dienstjahren sind gegenüber den neuen Mitarbeitenden bevorzugt. Die Mitarbeitenden, die seit 2012 in der Stadtverwaltung arbeiten, konnten noch nie von einer Lohnentwicklung profitieren und erhalten zudem weniger Geld aufgrund

der Pensionskassensanierung. Dem Stadtrat geht es darum, dass vor allem die Leistungsträger bei der Stadtverwaltung gehalten und Lohnmässig honoriert werden können. Dazu braucht er eine Handhabe. Kürzlich wurde im Stadtrat über Kaderlöhne diskutiert, die fast erschreckend tief sind. Hier braucht es eine Entwicklung. Deshalb ist es wichtig, dass sich das im Lohn abbildet. Diese Entwicklung soll sichergestellt und Leistungen sollen honoriert werden. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung leisten gute Arbeit, aber die Stadt kann sich beim Lohn nicht bewegen. Das macht ein junger Mitarbeiter vielleicht zwei oder drei Jahre mit, danach besteht ein erhöhtes Risiko für Frühabgänge. Das fällt letztendlich auch kostenmässig ins Gewicht. Diese Wirkung wird vielleicht nicht jetzt aber später auftauchen. Der Stadtrat benötigt, gerade für die Besetzung von Kaderstellen eine bessere Handhabe. Stadtpräsident M. Künzle dankt für die Variante, die im Spiel ist, einmalige Zulagen zu gewähren. Förderlich wären volle Lohnmassnahmen, die in das System aufgenommen werden können. Die Kosten können mit Rotationsgewinnen finanziert werden. Insofern hält der Stadtrat an der vollen Lohnrunde fest. Eventualiter, wenn es um eine Nebenmassnahme geht, sollte doch die Zahl der EVP und das Prinzip der FDP genommen werden. Damit könnte der Stadtrat dieses kleine Übel entgegennehmen. Stadtpräsident M. Künzle fordert die Ratsmitglieder auf, der Stadtverwaltung zu danken, die einen guten Job macht und heute Abend ein Zeichen zu setzen.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt den Antrag der AK, Kürzung des Globalkredits um 2,8 Millionen, dem Antrag von Th. Deutsch (EVP), Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, gegenüber.

**Der Rat** stimmt dem Antrag von Th. Deutsch, Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet die Ratsmitglieder um die Wortmeldungen zu den Anträgen 5 bis 10.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Antrag 5, CVP/EDU: Kürzung des Globalkredits um 1'000'000 Franken. Der Rotationsgewinn soll durch längere Vakanz vor einer Wiederbesetzung der Stellen erhöht werden. Das Votum ist etwas redundant, weil die Begründung im Antrag steht. Dadurch, dass der Antrag der EVP gegenüber dem Antrag der FDP eine Mehrheit gefunden hat, gibt es etwas mehr Luft. F. Albanese bittet die unterschiedlichen Kräfte und Parteien im Rat, sich jetzt zu besinnen und den reduzierten Antrag der CVP/EDU-Fraktion und damit auch die langfristigen Bestrebungen, die Balancemassnahmen und Sparbemühungen des Stadtrat und des Parlaments, zu unterstützen. Einerseits kann damit der Druck etwas weggenommen und andererseits vom Gemeinderat mitgetragen werden, wenn auch die Kräfte, die dem Antrag der EVP eine Mehrheit verschafft haben, dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion zustimmen. Die Fraktion beantragt die Erhöhung der Rotationsgewinne durch längere Vakanz von 1 Million auf 2 Millionen. Die GLP hat ursprünglich eine Reduktion des Globalcredits um 2 Millionen beantragt, sie hat den Antrag aber zurückgezogen.

**A. Steiner (GLP/PP):** In den Erläuterungen zu den städtischen Allgemeynkosten können die Veränderungen nachgelesen werden. Massnahmen im Umfang von 3,2 Millionen unter dem Titel Einstellungsstopp sollen zurückgenommen werden. Die GLP ist klar der Meinung, dass diese Massnahmen in der jetzigen Situation nicht einfach zurückgenommen werden dürfen. Es ist ganz wichtig, dass jede Stelle, die vakant wird, überprüft wird. Es muss abgeklärt werden, ob es diese Stelle wirklich braucht. Kann man auf Leistungen verzichten oder müssen sie wirklich weitergeführt werden? Diese Abklärung muss gemacht werden. Selbstverständlich gibt es Funktionen in der Stadt, die nicht gestrichen werden können. Ein Busfahrer muss

ersetzt werden und zwar bereits am nächsten Tag. Aber es gibt genügend Funktionen in der Stadtverwaltung, die überprüft werden können und müssen. Deshalb ist die GLP der Meinung, dass eine Kürzung um 1 Million möglich sein muss.

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Antrag aus folgenden Gründen ab: Eine Vakanzen-Regelung, das heisst wenn eine Stelle nicht sofort besetzt wird, führt zu einem Verlust von Know-how. Die Person hat die Stadtverwaltung verlassen und kann niemanden mehr einarbeiten. Das verbleibende Personal muss mehr arbeiten – noch mehr als sonst. Th. Deutsch stimmt A. Steiner zu – die Stellen müssen überprüft werden. Es muss abgeklärt werden, ob es sie noch braucht. Das kann auch während der Kündigungsfrist erfolgen. Man muss nicht warten bis die Person die Stadtverwaltung verlassen hat.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet die Ratsmitglieder, zu allen Anträgen Stellung zu nehmen.

**R. Kappeler (SP):** Antrag 5 CVP/EDU: Kürzung des Globalkredits um 1'000'000 Franken. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag klar und entschieden ab. Im Gegensatz zu den Anträgen 2 und 3, die von der SP abgelehnt, vom Rat aber angenommen worden sind, handelt es sich um einen pauschalen Antrag. Es wird irgendeine Zahl eingesetzt. F. Albanese hat erklärt, wie der Antrag zustande gekommen ist. Er hat den Antrag der GLP genommen und den Betrag halbiert. Inhaltlich ist dieser Kürzungsantrag nicht fundiert. Den Personalstopp hat der Gemeinderat zwar mit dem letzten Budget bewilligt. Allerdings wurde in der Kommission das Wort Personalstopp aus dem Text entfernt, weil die Formulierung zu eng ist. Eine Verwaltung kann so nicht mehr funktionieren. Der Stadtpräsident hat damals erklärt, dass durch Vakanzen ein gewisser Betrag eingespart werden soll. Er hat aber darum gebeten, das Wort Personalstopp aus dem Text zu nehmen. Die Idee, dass das Jahr für Jahr im Sinne einer einmaligen Massnahme verlängert wird, ist etwas abstrus. Wenn man es zum Prinzip macht, dass jede Stelle automatisch 3 Monate nicht besetzt werden darf, kann man die Verwaltung bald ganz schliessen. Über die Überprüfung von vakanten Stellen, die von A. Steiner erwähnt wurde, haben der Stadtpräsident und die Verantwortlichen des Personalamtes zur Genüge Auskunft gegeben. Diese Überprüfung wird laufend vorgenommen. Inzwischen wird keine Stelle mehr besetzt, ohne zu prüfen, ob eine andere Lösung möglich ist. Die SP hat Vertrauen in die Führungskräfte der Stadt, dass sie diese Prüfung weiterhin vornehmen werden. Der Titel Rotationsgewinn verleitet dazu, einige Millionen zu streichen. Mit dem Beschluss, dem Personal keinen Stufenanstieg zu gewähren, werden die Rotationsgewinne von Jahr zu Jahr kleiner. Die Stadtverwaltung hat bald keine teuren Abgänge mehr zu verzeichnen, die durch günstigere Neuzugänge ersetzt werden können. Das ist das Prinzip der Rotationsgewinne. Man kann auch von daher nicht ständig am Globalkredit schrauben. Die drei Anträge der SVP lehnt die SP ab, weil sie dem System WOV nicht entsprechen. Mit diesen Anträgen sollen in einzelnen Kontenarten einige 100'000 Franken gestrichen werden, ohne zu erklären, welche Stelle in der Stadtverwaltung diese Kürzung betrifft. Es gibt keinen Verantwortlichen für die Kontoarten. Schlussendlich kann nur der Stadtrat diese Verantwortung übernehmen. Wenn der Stadtrat prüfen muss, wie 100'000 Franken für Büromöbel gestrichen werden können, ist das nicht ganz stufengerecht. Antrag 9 ist eine Konsequenz aus der Budgetdebatte vom 30. November 2015. Diesem Antrag stimmt die SP zu.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Irgendwann, wenn die Rechnung 2016, 2017 oder 2018 präsentiert wird, werden die Ratsmitglieder lesen können, dass das Budget infolge Rotationsverlusten nicht eingehalten werden konnte. Rotationsverluste werden irgendwann ein Thema werden. Man kann nicht davon ausgehen, dass immer Rotationsgewinne möglich sind, ohne dass die Stadt irgendwann zur Kinderarbeit übergehen muss. Es ist in Ordnung, wenn die Stadtverwaltung ab und zu einen Rotationsgewinn erzielt. Aber Ch. Griesser beurteilt das Instrument sehr kritisch. Schliesslich braucht die Stadt kompetente Mitarbeitende und nicht einfach die billigsten. Die Grüne/AL-Fraktion fordert den Stadtrat auf mit diesem Instrument angemessen umzugehen und ist der Ansicht, dass es nicht drin liegt, zusätzliche Rotationsgewinne zu fordern.

Für den Antrag der SVP, Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken für die Honorare externer Berater, Gutachter und Experten, hat Ch. Griesser grundsätzlich gewisse Sympathien. Der relativ hohe Betrag stört auch ihn. Allerdings sieht er eine andere Aussage dahinter. In vielen Fällen wäre es besser Personal anzustellen oder nicht abzubauen, weil Berater, Gutachter und Experten oft genau die Aufgaben ehemaliger Mitarbeitenden erfüllen, die abgebaut beziehungsweise nicht angestellt worden sind. Ch. Griesser ist nicht sicher, ob sich das lohnt. Er hält diesen Weg für falsch. Personalwerbung: Hier sieht Ch. Griesser als einzige Alternative, dass jeweils am Freitag der Stadtpräsident in der Steinberggasse auf einen Brunnen steht und per Megaphon die neuen Stellen ausruft. Hoffentlich gibt es keine Verwechslungschaos, weil die Leute nicht genau hören, welche Stelle ausgerufen wird und sich auf etwas bewerben, das nicht ausgerufen worden ist. Damit diese Massnahme neutral durchgeführt werden kann, kann der Stadtpräsident das Megaphon bei der Stadtpolizei ausleihen. Der Stadtpräsident hat sicher auch sonst genug zu tun. Die Frage, wie Stellen ausgeschrieben werden sollen und wo, muss die Verwaltung selber entscheiden können. Antrag betreffend Büromöbel: Ch. Griesser weiss nicht genau welchen Antrag das betrifft. In der Kommission ist man ursprünglich von zwei Anträge ausgegangen. Eine Antrag betraf den Unterhalt der Büromöbel, der andere die Anschaffung. Dazu wird Ch. Griesser später noch Stellung nehmen, wenn er mehr weiss. Auch zum letzten Antrag wartet er noch auf die Ausführungen.

**S. Büchi (SVP)** ist der Meinung, dass er einen klaren Antrag gestellt hat. Er wird seine Ausführungen aber gerne präzisieren. In der Kommission wurden tatsächlich zwei Anträge diskutiert. Der Antrag, der jetzt gestellt wird, betrifft die Kürzung von 100'000 Franken, Position 3110 in der Erfolgsrechnung: Anschaffung Büromöbel. Nicht zuletzt das Argument, wenn weniger angeschafft wird, kann der Unterhalt nicht ebenfalls gestrichen werden, hat die SVP überzeugt. Wenn die Sachen länger genutzt werden, müssen sich auch länger unterhalten werden. Das war mit ein Grund, warum dieser Antrag zurückgezogen wurde.

Ergänzung zum Antrag der CVP, Kürzung des Globalkredits um 1 Million: Ein Argument wurde noch nicht genannt. Der Gemeinderat hat zum Thema Personal die wissenschaftlichen Ausführungen von R. Kappeler und M. Zeugin gehört. Hier kann S. Büchi seine Kompetenz ebenfalls einbringen – zumindest hat er ausgemacht, was dahinter steckt. Man muss wissen, was mit Rotationsgewinn gemeint ist – wobei Rotationsgewinn der falsche Ausdruck ist. Im Antrag steht explizit: „Längere Vakanzen vor Wiederbesetzung.“ Das ist eine sanfte Version eines Stellenstopps und hat die Auswirkung, dass in der Verwaltung vielleicht bemerkt wird, dass gewisse Stellen nicht mehr besetzt werden müssen, wenn man Vakanzen länger offen lässt. Vielleicht gibt es tatsächlich Stellen, die ganz abgebaut werden können. Zur wissenschaftlichen Referenz: Es gibt das Parkinsonsche Gesetz, das zwar aus dem Jahr 1955 stammt, aber noch immer gilt. Bürokratien bauen sich immer weiter aus. Das ist kein Vorwurf an den Stadtrat. Es handelt sich mehr oder weniger um ein natürliches Phänomen, das auch in Grossunternehmen festzustellen ist. Der Antrag ist auch eine Hilfe für den Stadtrat, um zu erkennen in welchen Bereichen vielleicht zu viele Stellen sein könnten. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag.

**Th. Deutsch (EVP/BDP)** nimmt Stellung zu den übrigen Anträgen. Antrag 6: Kürzung um 200'000 Franken für Honorare externer Berater, Gutachter, Experten etc.: Falls das den Ratsmitgliedern nicht bewusst sein sollte, diese Ausgaben sind primär für die Schauspieler des Stadttheaters bestimmt. Th. Deutsch schliesst sich den Argumenten von Ch. Griesser an. Wenn man beim Personal spart, Leute entlässt oder nicht einstellt, muss man zwangsläufig mehr Geld für externe Berater ausgeben, weil das Know-how in der Stadtverwaltung nicht mehr vorhanden ist. Es kann durchaus sein, dass es günstiger ist, einen externen Berater beizuziehen, als jemanden einzustellen. Aber das bleibt ein Stück weit ein Problem. Antrag 6: Kürzung um 100'000 Franken, Anschaffung Büromöbel: Es geht primär um die Anschaffung von Möbeln für die Alterszentren und betrifft vor allem die Betten. An den Anschaffungen für das Sportamt und für die Metallarbeiterschule beteiligt sich der Kanton.

Th. Deutsch weiss nicht wie zielführend die Anträge der SVP sind. Sie scheinen aber etwas wahllos zu sein. Irgendwo soll gespart werden, Hauptsache man hat gespart und kommt um

eine Steuererhöhung herum. Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken, Personalwerbung. Irgendwoher muss die Stadt das Personal nehmen, das benötigt wird. Offensichtlich ist es schwierig gutes Personal zu finden. Deshalb sollte man hier nicht sparen.

**M. Wäckerlin (GLP/PP)** hofft, dass er den Antrag zum richtigen Zeitpunkt stellt. Es ist etwas verwirrend, zuerst wurden die Anträge einzeln diskutiert und dann abgestimmt. Jetzt werden verschiedene zusammen Anträge diskutiert. Eigentlich vermisst er auf der Liste seinen Antrag, den er letzte Woche versandt hat. Es stellt einen Gegenantrag zum Antrag der SP: Erhöhung des Globalkredits um 1,1 Millionen, Geschäft 2015/069, Änderung der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität. Es wird darauf hinauslaufen, dass entweder ein Defizit budgetiert werden muss oder eine Steuererhöhung. Wie bereits angekündigt, will M. Wäckerlin weder das eine noch das andere. Er wünscht einen positiven Abschluss oder mindestens eine Null ohne Steuererhöhung. Entsprechend ist M. Wäckerlin der Meinung, dass es dem Stadtrat leicht gefallen wäre, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen und die 9 Millionen, die aktuell fehlen, einzusparen, wenn er das gewollt hätte. Der Stadtrat will offensichtlich unbedingt die Steuern erhöhen, weil er das Gefühl hat, dass der Kanton das erwartet. Um sein Ziel trotzdem zu erreichen, stellt M. Wäckerlin einen Gegenantrag. Er hat beim Finanzdepartement nachgefragt, wie viel die Mindereinnahmen ausmachen. Es sind nicht 1,1 Millionen, wie beantragt, sondern es sind 35'000 Franken weniger, nämlich 1,065 Millionen, weil die Stadt sparen kann. Sie bezahlt weniger für den Strom und nimmt nicht nur weniger ein. M. Wäckerlin stellt folgenden Antrag: Das Budget soll ohne Steuererhöhung ausgeglichen sein. Deshalb wird der Stadtrat beauftragt nach eigenem Ermessen in einem von ihm bevorzugten Produkt den Betrag von 6 Millionen einzusparen. Dieser Betrag berücksichtigt auch die durch den Gemeinderatsbeschluss zum Geschäft 2015/069 verursachten Mindereinnahmen von 1,065 Millionen.

**Ratspräsident M. Wenger** hat zu Beginn dieser Debatte gefragt, ob noch Anträge gestellt werden. Er hat angenommen, dass alle Anträge gestellt werden. M. Wäckerlin hat zwar ein Mail geschickt, der Antrag muss aber von M. Wäckerlin im Rat gestellt werden. Ratspräsident M. Wenger zeigt das Mail, das M. Wäckerlin geschickt hat. Jetzt handelt es sich um einen Antrag, vorher war es einfach eine Mitteilung, dass M. Wäckerlin vielleicht einen Antrag stellen wird.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Das zweite Mail, in dem der Antrag formuliert ist, fehlt offenbar. Er muss untergegangen sein muss. Das tut M. Wäckerlin leid. Er stellt folgenden Antrag: Kürzung des Globalkredits um 6 Millionen pauschal.

**A. Steiner (GLP/PP)** wurde aufgefordert, zu allen Anträge etwas zu sagen. Sie war der Ansicht, dass sie nur einzelne Geschäfte kommentieren soll. Den Antrag der CVP hat A. Steiner bereits kommentiert. Kommentar zur Bemerkung von Ch. Griesser bezüglich Kinderarbeit: Es ist noch immer so, dass sehr viele Babyboomer angestellt sind. Es werden wahrscheinlich in Zukunft kaum mehr so viele Leute ins Pensionsalter kommen, wie in den nächsten 10 Jahren, wenn die Babyboomer ins Pensionsalter kommen. Wenn die Stadt Rotationsgewinne erzielen will, dann wird das in den nächsten 10 Jahren der Fall sein müssen. Antrag der SVP: Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken für die Honorare externer Berater, Gutachter und Experten: Die Grünliberalen sind ebenfalls der Meinung, dass etwas drin liegt. Zum Teil werden zu viele Expertisen etc. eingeholt. Hier ist noch Luft vorhanden. Personalwerbung: Wenn der Stadtrat so kreative Köpfe hat wie Ch. Griesser, mit spannenden Ideen wie Personalwerbung gemacht werden könnte, dann können diese 100'000 Franken locker eingespart werden. Nein, die GLP ist klar der Meinung, dass heutzutage an vielen Orten auf Printinserate verzichtet werden kann. Deshalb muss dieser Kürzungsantrag möglich sein. Anschaffung von Büromöbeln: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die GLP ist ebenfalls der Meinung, dass Einsparungen von 100'000 Franken möglich sein müssten. Antrag 9: Es ist speziell, dass dieser Antrag gestellt werden muss. Letztendlich hat der Gemeinderat darüber abgestimmt, damit wurde das Budget um 1,1 Millionen verschlechtert.

Das müsste eigentlich Grund genug für eine entsprechende Änderung sein. Selbstverständlich stimmt die GLP diesem Antrag zu, weil sie der Änderung letzten Montag zugestimmt hat.

**U. Hofer (FDP):** Antrag der CVP/EDU: Kürzung des Globalkredits um 1'000'000. Der Rotationsgewinn soll durch längere Vakanzen erhöht werden. Ursprünglich war die FDP der Meinung, dass der Antrag, den die FDP in die Kommission eingebracht hat, Kürzung des Globalkredits um 2,8 Millionen, mehrheitsfähig ist und deshalb auf den Antrag der CVP/EDU-Fraktion verzichtet werden kann. Jetzt hat der Gemeinderat die Wahl zwischen zwei Übeln. Dieser Antrag ist vielleicht tatsächlich an der Grenzen, aber ohne diesen Antrag kann das Ziel, eine rote Null, nicht erreicht werden. Aus diesem Grund wird die FDP den Antrag unterstützen. Anträge der SVP: Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken für Honorare: Die FDP ist bereit, dem Stadtrat einen gewissen Ermessensspielraum zu lassen. Die Höhe der Kürzung wurde gegenüber dem ursprünglich gestellten Antrag deutlich reduziert. Deshalb kann die FDP den Antrag unterstützen. Antrag SVP: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken für Personalwerbung: Mit dem Antrag ist die FDP einverstanden, damit werden vor allem die Printmedien angesprochen. Antrag der SP: Erhöhung des Globalkredits um 1,1 Millionen: Es handelt sich um eine logische Konsequenz aus dem Entscheid von letzter Woche. Den Antrag von M. Wäckerlin kann U. Hofer in dieser Form nicht gutheissen. Das ist zu pauschal. Aus dem Mail und dem Antrag ist U. Hofer zudem nicht ganz klug geworden. Die FDP wird diesen Antrag ablehnen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Nimmt zu den Anträgen 8, 9 und 10 Stellung: Der Antrag 8, Kürzung um 100'000 Franken, Anschaffung Büromöbel: Ein grosser Teil der Anschaffung von Büromöbeln fällt in den Bereich Schulen. Ch. Griesser fragt sich, ob in Zukunft die Kinder bei der Einschulung keine Möbel mehr vorfinden, sondern diese zuerst selber basteln müssen. Wenn sie aus der Schule kommen, können sie die Möbel auch selber entsorgen. Das wäre sicher eine Variante. Die andere wäre, dass der rechtskonservative Kreis gegen den Lehrplan 21 ist. Spätestens wenn in den Pflegeheimen die Betten fehlen, erinnert dieser Vorstoss an die unbewaffneten Polizisten, das wurde ebenfalls im Rat behandelt. Antrag 9: Erhöhung des Globalkredits um 1,1 Millionen: Für diesen Antrag hegt die Grüne/AL-Fraktion gewisse Sympathien. Er ist aber nicht konsequent. Im Budget steht rund eine Million weniger zur Verfügung, der Ausgleich müsste über eine Steuererhöhung erfolgen. Antrag 10: Dieser Antrag erscheint Ch. Griesser chaotisch und er versteht ihn nicht ganz. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Anträge 5 bis 10 ab. In eigener Sache nimmt Ch. Griesser zur Kenntnis, dass er als kreativer Kopf bezeichnet wird. Wenn ihn die Stadt aber anwerben wollte, müsste sie einen Rotationsverlust verbuchen.

**R. Kappeler (SP)** appelliert an die FDP. Natürlich ist es verständlich, dass die FDP versucht, die Million, die zugunsten des Antrags der EVP/BDP-Fraktion nicht gewährt wurde, an einem anderen Ort wett zu machen. Aber im Antrag der CVP/EDU-Fraktion steht, dass durch längere Vakanzen 1 Million eingespart werden soll. Ob das der Aussage „Leistung soll sich lohnen“ entspricht, ist fraglich. Darüber sollte die Fraktion nachdenken. Kann das wirklich so umgesetzt werden? R. Kappeler bittet die Ratsmitglieder, diesen Pauschalantrag abzulehnen und bei den begründeten Anträgen zu bleiben.

**Stadtpräsident M. Künzle** bittet die Ratsmitglieder, den Antrag 5 abzulehnen. Der Stadtrat hat von sich aus den Rotationsgewinn bereits von 2 auf 4 Millionen erhöht. Der Stadtpräsident erinnert an die Debatte vom letzten Jahr. In der Budgetdebatte 2015 wurde unter diesem Titel zuerst von einem Einstellungsstopp gesprochen. Damals wurde ein fairer Deal erreicht. Der Stadtrat war einverstanden eine Vakanzen-Regelung einzuführen und jede Stelle zu prüfen. Das machen die Departemente noch immer. Der Stadtrat hat nicht vor, das Vorgehen abzusetzen. Deshalb bittet Stadtpräsident M. Künzle die Ratsmitglieder, so wie das im letzten Jahr abgesprochen wurde, bei der Regelung zu bleiben und nicht jedes Jahr erneut an dieser Schraube zu drehen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit den Vakanzen bereits viel eingespart wird. Er weiss, wo mit Vakanzen gearbeitet werden kann. Es gibt aber auch Stellen, die überhaupt nicht geeignet sind. Ein Bus muss fahren, in einem Museum muss

jemand am Eingang stehen. Letztes Jahr konnte die Vakanzen-Regelung diskutiert werden. Gemeinsam konnte eine gute Lösung gefunden werden, an der nicht weiter geschraubt werden soll, zumal der Stadtrat bereit ist höher zu gehen. Antrag 6: Honorare für externe Berater, Gutachter, Experten etc.: Die Reduktion von 200'000 Franken entspricht etwa dem Betrag, den das Theater für sämtliche Gastspielensembles benötigt. Die Schauspieler müssen bezahlt werden. Dieser Betrag wurde in den letzten Jahren bereits massiv reduziert. Es wird darauf geachtet, dass die Leute möglichst günstig untergebracht werden können – aber immer noch menschenfreundlich. An dieser Position sollte nicht geschraubt werden. Zu den anderen Positionen wird sich die Finanzministerin äussern.

**Stadträtin Y. Beutler** kann sich den Aussagen von Stadtpräsident M. Künzle anschliessen, was die Honorare anbelangt. Sie treffen aber auf alle pauschalen Kürzungen zu. Ein hoher Anteil dieser Kosten fällt in den Eigenwirtschaftsbetrieben an. Wenn man hier Kürzungen vornimmt, wirkt sich das mit null Franken im steuerfinanzierten Bereich aus. Bei den Honoraren fallen 30 % in den Eigenwirtschaftsbetriebe an – in den Alterszentren, im Stadtwerk etc. Mit einer Kürzung können keine Einsparungen erzielt werden. Wenn man die gekürzten Beträge am Ende der Budgetdebatte zusammenzählt, um festzustellen, ob die notwendigen Einsparungen von 8,5 Millionen erreicht sind, müssen von den Kürzungen 30 % abgezogen werden. Diese 30 % können nicht realisiert werden. Bei den Honoraren entfallen 40 % auf das Stadttheater und 30 % auf die Eigenwirtschaftsbetriebe. Das sind 70 % von 5,5 Millionen. Wenn 200'000 Franken eingespart werden müssen, bleibt sozusagen nichts mehr übrig für die anderen Departemente. Allein diese Rechnung zeigt, dass der Antrag völlig unverhältnismässig ist. In diesem Konto sind auch die Ausgaben für Zivildienstleistende an den Schulen enthalten. Es ist unbestritten, dass die Stadt mit der Einstellung von Zivildienstleistenden im Schulbereich sehr viel Geld sparen kann. Die Lehrpersonen können entlastet werden. Diese Leistungen müssten anderweitig bezahlt werden. Das müsste man vermutlich als Schuss ins Knie bezeichnen. Auch ärztliche Gutachten werden unter diesem Konto verbucht. Das sind alles wichtige Dinge für die Stadt. Der Stadtrat beauftragt nicht einfach teure externe Berater, die ihm die Arbeit abnehmen. Es handelt sich um Honorare für Schauspieler, Zivildienstleistende und Ärzte. Diese Leistungen machen Sinn. Stadträtin Y. Beutler appelliert an die Ratsmitglieder, von diesem Antrag Abstand zu nehmen. Diese Grössenordnung lässt sich in keine Art und Weise umsetzen. Die Stadträtin erinnert daran, dass 70 % allein die Eigenwirtschaftsbetriebe und das Stadttheater betreffen.

Anschaffung Büromöbel: Auch hier entfallen 30 % auf die Eigenwirtschaftsbetriebe. Es ist ein kreativer Vorschlag von Ch. Griesser, dass sich die Schulkinder ihre Möbel selber zimmern sollen. Das Problem ist, dass im Rahmen von Balance die Schreinerei geschlossen wurde. Für Büromöbel im Superblock wurde nichts ins Budget eingestellt. Es werden keine Büromöbel für den Superblock eingekauft. 300'000 Franken sind für die Metallarbeiterschule Winterthur bestimmt. Dieser Betrag wird vom Kanton rückvergütet. Ausgaben für das Hallenbad Geiselweid, die Eishalle und für diverse Betriebseinrichtungen der Museen sind unter anderem in diesem Konto eingestellt. Die Stadt kauft nicht Tisch und Stühle, sondern vor allem notwendige Betriebseinrichtungen, damit die Betriebe aufrechterhalten werden können. Auch hier können 30 % abgezogen werden, weil davon nichts für den steuerfinanzierten Bereich übrig bleibt. Für die Personalwerbung hat der Stadtrat 685'000 Franken eingestellt, 200'000 Franken davon entfallen auf das Stadtwerk. Wenn hier gekürzt wird, kann kein Steuerfranken eingespart werden. Damit beträgt das Budget noch 485'000 Franken. 140'000 Franken entfallen auf die Stadtpolizei, nur 65'000 Franken auf das Personalamt und 60'000 Franken auf die Alterszentren. Dazu können die Kollegin und die Kollegen im Stadtrat etwas sagen. Wenn man von den 685'000 Franken die 200'000 Franken für Stadtwerk abzieht, beläuft sich das Budget noch auf 485'000 Franken, davon sollen 100'000 Franken eingespart werden. Auch hier handelt es sich um eine Grössenordnung, die nicht realistisch ist. Ein Wort zu den pauschalen Kürzungen: Es ist bereits das dritte Mal, dass bei Rot über die Kreuzung gefahren wird. Natürlich kann man das machen, es wird dadurch aber nicht legal. Pauschale Kürzungen in dieser Art und Weise sind nicht zulässig. Die Globalkredite der Produktgruppen sollen gekürzt werden. In der Geburtsstunde der pauschalen Kürzungen sind diese 0,6631 % entstanden. Es war Professor Tobias Jaag, Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europa-

recht, der sich in einem Gutachten dazu geäußert hat. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, von diesen Kürzungen abzusehen. Sie sind unverhältnismässig und sie sind nicht rechtmässig. Damit wird Augenwischerei betrieben, weil sie zum grossen Teil nicht dem steuerfinanzierten Bereich gutgeschrieben werden können.

**Stadtpräsident M. Künzle** will den Ratsmitgliedern nahelegen, den Globalkredit für die Personalwerbung nicht zu kürzen. Unterschwellig ist der Vorwurf laut geworden, dass der Stadtrat die modernen Möglichkeiten nicht ausschöpfen würde. Elektronische Dossiers werden angelegt und die Stadtverwaltung geht sehr zurückhaltend mit den Finanzen um. Das zeigen die Ausgaben im DKD. Man nutzt nicht einfach die Printmedien, sondern überlegt sich immer, wo das Sinn macht und wo nicht. Das ist im Budget bereits enthalten. Deshalb rät Stadtpräsident M. Künzle den Ratsmitgliedern von einer Kürzung ab. Die Stadtverwaltung benötigt dieses Geld für die Personalwerbung. Die Stadt tritt auf dem Arbeitsmarkt auf und steht in Konkurrenz zu anderen öffentlichen Händen und in Konkurrenz zu privaten Unternehmungen. Mit der Personalwerbung wird sorgsam umgegangen aber es braucht sie.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Die Kosten für die Rekrutierung von Stadtpolizisten belaufen sich auf rund 140'000 Franken. Die Stadträtin hat eine detailliert Liste vorliegen, wofür das Geld benötigt wird. Das sind Raummieten für Sporttests, Online-Tools für Assessments, Werbefilme etc. Es ist bekannt, dass die Stadtpolizei nicht einfach einen ausgebildeten Polizisten, eine ausgebildete Polizistin von der Strasse einstellen kann. Jede Polizistin, jeder Polizist muss zuerst ausgewählt und getestet werden. Dabei muss geprüft werden, wer sich aufgrund der kognitiven und sozialen Fähigkeiten und der Sportlichkeit für diesen Beruf eignet. Danach werden die Leute ausgebildet. Die Vorlaufzeit beträgt 3 Jahre. Um die richtigen Leute auszuwählen, in deren Ausbildung die Stadt Geld investiert, braucht es diesen Betrag für die Personalwerbung.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 5 abstimmen: Es handelt sich um einen Antrag der CVP/EDU-Fraktion: Kürzung des Globalkredits um 1'000'000 Franken. Der Rotationsgewinn soll durch längere Vakanzen vor Wiederbesetzungen von Stellen erhöht werden.

**Der Rat** stimmt der Kürzung mit 30 zu 27 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 6 abstimmen. Der Antrag wurde von der SVP Fraktion gestellt: Kürzung des Globalkredits um 200'000 Franken, Stichwort Honorare.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 30 zu 27 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 7 abstimmen. Antrag der SVP-Fraktion: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die Kosten für die Personalwerbung sollen pauschal gekürzt werden.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 8 abstimmen. Antrag der SVP Fraktion: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Der Kredit für die Anschaffung von Büromöbeln soll um 100'000 reduziert werden.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** lässt über den Antrag 9 abstimmen: Erhöhung des Globalkredits der Produktegruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse um 1,1 Millionen, Stichwort Vergütung Stadtwerk.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 31 zu 23 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 10 abstimmen. Der Antrag wurde von M. Wäckerlin gestellt. Der Globalkredit soll pauschal um 6 Millionen gekürzt werden.

**Der Rat** lehnt den Antrag ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Steuern und Finanzausgleich:** Die Produktegruppe wird am Schluss der Budgetberatung behandelt, gemeinsam mit dem Antrag 3 der Weisung – ordentliche Gemeindesteuer.

## Departement Bau

### Tiefbau

**F. Helg (FDP):** Die Kommission beantragt eine kleine Änderung. Es betrifft das Konto 11434, Investitionskredit, Seener-/Rudolf-Dieselstrasse, Knotenumbau/neue Lichtsignalanlage. Im Budgetbuch ist dieser Kredit als gebunden eingestellt. Die Kommission beantragt eine Änderung. Der Stadtrat soll zu diesem Kredit eine Weisung vorlegen. Es geht immerhin um einen Betrag von gesamthaft 500'000 Franken. Die Kommission ist der Auffassung, dass es einen gewissen Spielraum gibt, wie dieser Knotenumbau gestaltet werden kann. Deshalb soll statt ein Gebundenheitszeichen § ein # eingesetzt werden, sodass im Gemeinderat darüber ein Beschluss gefasst werden kann.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion zieht den Antrag zurück, den Globalkredit um 200'000 Franken zu kürzen und den Winterdienst zu reduzieren. Die Fraktion anerkennt die Bemühungen der Stadt, die Ressourcen gemeinsam mit der Strassenreinigung zu nutzen und so zu versuchen den Betrieb möglichst zu optimieren. Im Laufe der letzten 10 Jahre hat es keine grossen Veränderungen gegeben, was die Kosten anbelangt. Deshalb verzichtet die Fraktion auf den Kürzungsantrag.

**Stadtrat J. Lisibach:** Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag der BBK an, das Gebundenheitszeichen in einen # zu ändern. Er dankt für die Erkenntnis von R. Diener und für den Verzicht auf den Antrag.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Kommissionsantrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Beratung der Produktegruppe Tiefbau erledigt und die Produktegruppe abgenommen.

**Entsorgung:** Keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Vermessung:** Keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Baupolizei:** Keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Städtebau:** Keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

## Departement Sicherheit und Umwelt

**Stadtrichteramt:** Keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen

### Stadtpolizei

**K. Cometta (GLP/PP):** Zur Produktegruppe Stadtpolizei wurden zwei Kommissionsanträge und ein Fraktionsantrag eingereicht. Die FDP hat folgenden Antrag in die Kommission eingebracht: Erhöhung des Globalkredits um 500'000 Franken. Die FDP nimmt Bezug auf die Abstimmung im Jahr 2012. Das Volk hat der Aufstockung um 14 Polizeistellen mit grosser

Mehrheit zugestimmt. Im Rahmen von Balance hat der Stadtrat im März 2015 erklärt, dass er auf die Aufstockung verzichten will. Die FDP beantragt die Umsetzung des Volkswillens und deshalb die Aufstockung des Budgets um eine halbe Million. Der zweite Kommissionsantrag betrifft die Erhöhung des Anteils Frontstunden in Prozent. Es handelt sich um eine parlamentarische Zielvorgabe. Im Budget 2015 steht, dass die Stadtpolizei 43 % der Zeit sichtbar auf den Strassen Frontstunden leisten soll. Im Voranschlag sind die Frontstunden auf 41 % reduziert worden. Die Kommission beantragt die Frontstunden bei 43 % zu belassen.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Antrag CVP-EDU Fraktion, Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken: Die Situation ist klar. Einerseits hat das Volk abgestimmt, andererseits befindet sich die Stadt in einer finanziellen Notsituation. Es bahnt sich ein gut schweizerischer Kompromiss an. Das hofft die CVP/EDU-Fraktion. Die Sicherheit ist ein ernstes Thema. Entsprechend bittet die Fraktion die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen. Sie hofft auf den höheren Betrag. Die Fraktion wird aber auch dem Kommissionsantrag, Erhöhung um 500'000 Franken, zustimmen, wenn dieser Antrag eine Mehrheit erreichen sollte. M. Baumberger gibt den Ratsmitgliedern zu Bedenken, dass der Bürger darüber abgestimmt hat. Mindestens die Richtung dieses Volkswillens gilt es zu berücksichtigen.

**U. Obrist (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP – Erhöhung des Globalkredits um 500'000 Franken. Das entspricht ca. 4 Stelleneinheiten, damit könnten auch die Frontstunden von 41 % auf 43 % erhöht werden. Damit ist eine deutliche Präsenz in der heutigen Zeit mit den vielen Unsicherheiten gewährleistet. Die Ratsmitglieder haben es selber gemerkt. Vor dem Ratssaal stehen Sicherheitsorgane. Deshalb will U. Obrist beliebt machen, die 500'000 Franken zu bewilligen – nicht die 750'000 Franken der CVP.

**D. Schneider (FDP):** Die Annahme, dass die Polizei nur mit einer Steuererhöhung finanziert werden kann, ist kurzbeinig. Wenn D. Schneider die Beträge, die heute herumgeschoben werden, genauer prüft, ist eine Umverteilung möglich. Es ist eine Frage der Prioritäten. Der Stadtrat hat Mut bewiesen, als er das Budget beschlossen hat. Er will die Stellenaufstockung trotz Volksentscheid nicht umsetzen. Bei diesem Antrag geht es darum, den Stadtrat zu entlasten. Dem Volksentscheid ist wenigstens teilweise Folge zu leisten. Das einzige Argument, die einzige Begründung für diesen Antrag ist der Volksentscheid. Dieser hat eine Bedeutung, obwohl die Stadt sparen muss. Es ist wichtig festzuhalten, dass Winterthur in den letzten 25 Jahren um 33 % gewachsen ist. Die Ausgaben in den Bereichen Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz sind nicht gewachsen. Damit sind sie einem hohen Druck ausgesetzt, die Effizienz zu steigern. Das ist ebenfalls ein Argument bei der Polizei etwas nachzurüsten. An den beiden letzten Ratssitzungen hat es sich gezeigt, dass der Aufwand steigt. Das ist ein Zeichen der Weltlage. Der Gemeinderat ist es der Bevölkerung schuldig, ein Zeichen zu setzen. Die FDP ist nach wie vor für die Erhöhung um eine halbe Million. Es braucht einen Vorlauf, die Stellen können nur teilweise im Jahr 2016 erhöht werden. Die FDP unterstützt den Antrag der CVP/EDU-Fraktion nicht. Das ist immer etwas mühsam. In der Kommission wurde der Antrag der FDP lange diskutiert. Der Antrag der CVP/EDU-Fraktion konnte nicht besprochen werden. Jetzt liegt er in Papierform vor. Rein vom Vorgehen her, ist das etwas mühsam. D. Schneider bittet die Ratsmitglieder, den Kommissionsantrag zu unterstützen. Er wurde in der Kommission mit 6 zu 3 Stimmen angenommen. D. Schneider hofft, dass er auch heute Abend angenommen wird.

**B. Helbing (SP):** Der Stadtrat hat sich entschieden, die Aufstockung der Stadtpolizei, die aus einer Abstimmung aus dem Jahr 2012 resultiert, nicht umzusetzen. Die SP-Fraktion unterstützt den vorliegenden vom Stadtrat beantragten Globalkredit und lehnt eine Erhöhung ab. Die SP schätzt die Arbeit der Stadtpolizei. Winterthur gilt immerhin als sicherste Stadt und das mit dem jetzigen Polizeibestand. Die SP erwartet vom Stadtrat, dass er jetzt die versprochene und nötige Weisung vorlegt, weil die Stellen nicht aufgestockt werden. So kann der Gemeinderat einen fundierten auf Fakten beruhenden Entscheid treffen. Jetzt bereits Stellen aufzustocken, obwohl die Rekrutierung Zeit benötigt und obwohl die versprochene Weisung

noch nicht vorliegt, erscheint verfrüht. Den anderen Kommissionsantrag, die Erhöhung der Frontstunden auf 43 %, unterstützt die SP.

**B. Huizinga (EVP/BDP):** Winterthur hat eine ausgezeichnete Polizei, die sich mit grosser Sachkompetenz und grossem Engagement für die Winterthurer Bevölkerung einsetzt. Grundsätzlich würde die EVP/BDP-Fraktion die Erhöhung des Globalkredits gerne bewilligen – schickt jedoch ein Aber nach. Das Ziel des Stadt- sowie des Gemeinderates ist ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2016. Bei Mehrausgaben kann das auf zwei Wegen erreicht werden. Entweder man erhöht die Einnahmen, Stichwort Steuererhöhung oder man spart gleichmässig. Das heisst alle Departemente budgetieren weniger Ausgaben. Jetzt fällt auf, dass auf bürgerlicher Seite weder der Steuerfuss erhöht werden soll, noch sollen die Einsparungen gleichmässig verteilt werden. Die Sparanträge von dieser Seite treffen vor allem und mit grosser Mehrheit das DSO. Ein weiterer Aspekt ist die noch immer ausstehende Weisung des Stadtrates in Bezug auf diese Balancemassnahme. Dieser Weisung will die EVP/BDP-Fraktion nicht vorgreifen. Es ist durchaus möglich mit einer stringenten Argumentation, die Massnahme mit Blick auf das Budget der Stadtpolizei, auszusetzen. Die EVP/BDP-Fraktion wird aus diesen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt, den Antrag der FDP nicht unterstützen. Frontstunden: Für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einerseits und das Beobachten der aktuellen Geschehnisse andererseits ist eine sichtbare Polizei von grosser Wichtigkeit. Beim gleichen Stellenschlüssel wie 2012 erachtet die EVP/BDP-Fraktion es als sinnvoll, gleich viele Frontstunden zu leisten. Das ist ein Indikator, der im Fokus bleiben soll, auch wenn er, aus welchen Gründen auch immer, nicht voll erreicht werden kann. Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinem Bestreben zu sparen ganz generell. Auch in diesem Departement muss gespart werden, das ist so, auch wenn ein Volksentscheid vorliegt. Das gewichtet J. Altwegg grundsätzlich ebenfalls hoch. Aber auch das Personalstatut ist eine rechtliche Grundlage und auch dort wird gespart. Die Grüne/AL-Fraktion ist der Meinung, dass auch hier entsprechend gespart werden muss. Die Fraktion sieht deshalb ein, dass die Frontstunden entsprechend etwas zurückgefahren werden auf 41 %. Das sind zwei Sachen, die miteinander gekoppelt sind. Entweder muss das Budget erhöht werden, dann können auch die Frontstunden erhöht werden oder Frontstunden und Budget werden reduziert. Dass die Grüne/AL-Fraktion den Antrag der CVP ablehnt, versteht sich von selbst.

**K. Cometta (GLP/PP):** Die Ausgangslage ist klar. 2012 hat das Volk mit einer deutlichen Mehrheit dem Gegenvorschlag zur Initiative der SVP zugestimmt. Letztes Jahr hat der Stadtrat beschlossen im Rahmen von Balance auf die Aufstockung zu verzichten. Selbstverständlich kann der Stadtrat den Volkswillen nicht einfach umstossen. Darum ist geplant, im nächsten Jahr das Volk erneut zu befragen. Der Stadtrat hat versprochen, die Weisung Anfang 2016 vorzulegen. Diese unterliegt dem obligatorischen Referendum. Die Grünliberalen sehen nicht ein, warum dem Volksentscheid vorgegriffen werden soll. Der Gemeinderat sollte sich hüten, jetzt Fakten zu schaffen, die je nach dem zurückgenommen werden müssen. Hüst und Hott bringt keine Klarheit, sondern höchstens Verunsicherung. Im Übrigen schliesst sich die GLP den Ausführungen von B. Huizinga an. Es ist recht merkwürdig, dass die bürgerlichen Parteien, die sich vehement gegen Steuererhöhungen wehren, in diesem Fall wiederkehrende Ausgaben beschliessen. Besonders weil der GLP in Bezug auf den Bronze-Strom vorgeworfen wird, dass das so nicht geht. Zum Antrag Frontstunden: Die GLP will die Stadtpolizei auf der Strasse und nicht im Büro sehen. Das erhöht nicht nur die objektive Sicherheit, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl. Gerade bei der aktuellen politischen Grosswetterlage, wird die Patrouillentätigkeit sowieso erhöht werden müssen. Deshalb will die GLP, dass die Polizei bei den administrativen Aufgaben effizienter wird. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat letztes Jahr Geld gesprochen für ein Informatiktool für Bewilligungsverfahren. Der Anteil Frontstunden von 43 % ist auch in der Vergangenheit erreicht worden, bei gleichem Bestand von vereidigten Polizisten. K. Cometta dankt der Stadtpolizei, die hervorragende Arbeit leistet und Winterthur zur sichersten Grossstadt der Schweiz macht.

**Y. Gruber (EVP/BDP):** Obwohl, vielmehr weil Y. Gruber mit der Fraktion stimmen wird, was einer Erklärung bedarf, will sie sich kurz zu Wort melden. Die Sicherheit und im speziellen die Polizei ist Y. Gruber sehr wichtig. Bisher und auch in Zukunft unterstützt sie die Bevölkerungssicherheit und somit die Polizei, wenn immer möglich. Theoretisch stimmt sie zu, dass der Polizei die geforderte Erhöhung des Globalkredits gesprochen werden soll. Aber das Gefäss ist in den Augen von Y. Gruber nicht das richtige, wie bereits die Fraktionskollegin B. Huizinga betont hat. Der immer noch ausstehenden Weisung des Stadtrates zur Bilanzmassnahme will die Fraktion nicht vorgreifen. Es ist durchaus möglich diese Massnahmen des Stadtrates aussetzen zu lassen.

**D. Oswald (SVP)** ist erstaunt, wie beliebig der Volksentscheid ausgelegt wird. Es geht vielmehr um die eigenen Bedürfnisse. Wenn ein Volksentscheid aus den eigenen Reihen kommt, wird er unterstützt und wenn er von der Gegenseite kommt, ist er nichts wert und wird nicht unterstützt. Gemäss Ausführungsbestimmungen des Volksentscheids müsste der Anstieg 2016 erfolgen. Wer jetzt einfach nein sagt und Ausflüchte sucht, muss sich bewusst sein, dass eine Situation geschaffen werden muss, die es ermöglicht, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleibt. Die polizeiliche Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und somit der öffentlichen Hand und der Stadt Winterthur. Es gibt viele Projekte, die zwar gut und begrüssenswert sind, auf die aber, wenn man ehrlich ist, durchaus verzichtet werden kann. Dafür gibt man Geld aus und es finden sich Mehrheiten für diese Ausgaben. Wenn es um eine Kernaufgabe des Staates geht, ist man nicht bereit, den Volkswillen umzusetzen und ein Versprechen einzuhalten. Über die Situation in Winterthur wurde in den Medien schweizweit berichtet. Das mag anderen Orts nicht viel anders sein, aber Winterthur wird immer wieder genannt. Bei der Polizei wird am falschen Ort gespart. Aus einem weiteren Grund ist das falsch. Das Polizeidepartement ist das Departement, das über die letzten Jahre praktisch keinen Kostenanstieg zu verzeichnen hat. Jetzt soll die Stadtpolizei bestraft werden, obwohl sie mit dem Geld sparsam umgeht. Gleichzeitig erfüllt sie eine Kernaufgabe des Staates. Das kann es nicht sein. Die Krokodiltränen, die geweint werden, bringen nichts. Es nützt auch nichts zu sagen: „Wir wollen schon, aber es geht einfach nicht.“ Das sind wilde Ausflüchte. Zudem müsste unter diesen Umständen auch die Abstimmung über günstigen Wohn- und Gewerberaum in Frage gestellt werden. Der Rote Turm steht leer. Seit die AXA in den Superblock gezogen ist, können die Räume nicht mehr vermietet werden. Gewerberäume und Büroräume stehen leer. Dieser Leerstand wirkt sich negativ aus. Deshalb muss man auch hier sagen: Halt, dieser Volksentscheid muss der Bevölkerung ebenfalls erneut vorgelegt werden. Wieso soll der Staat Raum subventionieren und finanzieren, wenn viele Räume leer stehen? Wieso soll die Stadt dafür Geld ausgeben, obwohl für die Sicherheit, eine Kernaufgabe der Stadt, kein Geld vorhanden sein soll? Man ist offenbar nicht bereit dafür Geld auszugeben. Das ist St. Florianspolitik. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der CVP, die Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken. Die Wahrscheinlichkeit, dass die SVP-Fraktion das Budget ablehnen wird, wenn keine Erhöhung der Polizeistellen stattfindet, ist sehr hoch.

**F. Helg (FDP)** will zwei Argumente nachschieben – eines auf der rechtlichen Ebene und das andere auf der politischen Ebene. Anknüpfend an das Votum von D. Oswald liest F. Helg die rechtlichen Normen vor. Im Gegenvorschlag steht: „Der Mindestbestand der vereidigten Polizistinnen und Polizisten soll bis ins Jahr 2016 auf 217 Stellen erhöht werden.“ Das ist das eine. Zum anderen wurde vom Gemeinderat im Februar 2014 folgender Paragraph in die Polizeiverordnung aufgenommen: „Der Mindestbestand der vereidigten Polizistinnen und Polizisten wird bis Ende des Jahres 2016 auf 217 Vollzeitstellen erhöht.“ Hier steht, dass auf Ende Jahr aufgestockt werden soll. Zusätzlich heisst es: „Der Stadtrat berücksichtigt die zusätzlichen Personalkosten bei der Antragstellung zum jährlichen Voranschlag.“ Der Gesamtstadtrat hat diese Aufgabe nicht erfüllt. Der Gemeinderat soll jetzt nicht den gleichen Fehler machen, sondern diesen ausbügeln. Wenn die Aufstockung abgelehnt wird, ist es zweifelhaft, ob das Budget rechtlich korrekt ist. Diese Meinung vertritt F. Helg. Bei einer Anfechtung des Budgets hätte eine Beschwerde beim Bezirksrat gute Aussichten auf Erfolg. Argumente

auf der politischen Ebene: F. Helg dankt K. Lang für die guten Protokolle. Er hat das Protokoll der letzten Budgetsitzung hervorgeholt und zitiert B. Huizinga: „Das Volk hat der Aufstockung deutlich zugestimmt. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt diesen Auftrag ernst und will ihn umsetzen.“ Heute wurde das Gegenteil vertreten. F. Helg ist gespannt, wie dieser Zickzack-Kurs zu rechtfertigen ist. K. Cometta hat sich damals ebenfalls geäußert: „Abgesehen davon, dass es darum geht, einen Volksentscheid zu vollziehen, wurde die Stellenaufstockung bereits vor einem Jahr aufgeschoben. Länger aufschieben ist auch operativ sehr schwierig.“ Weiter unten im Protokoll steht: „Deshalb ist es sehr speziell, dass ausgerechnet bei der Polizei, die viele Überstunden leisten muss, die notwendigen Stellen nicht aufgestockt werden sollen.“ Es nimmt F. Helg wunder, wie K. Cometta diese Wendehalspolitik rechtfertigen kann.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Vieles ist bereits gesagt worden. M. Baumberger dankt den Kollegen F. Helg und D. Oswald. Er ruft in Erinnerung, dass die CVP/EDU-Fraktion bereits bei der Eintretensdebatte eine Abstimmung mit Namensaufruf gefordert hat. Diesen Antrag wird M. Baumberger stellen, wenn die beiden Anträge einander gegenübergestellt worden sind. Der Antrag der FDP, Erhöhung des Globalkredits um 500'000 Franken dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion, Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken. M. Baumberger bittet alle im Rat, vor allem die Mitteparteien, den Volksentscheid wenigstens teilweise umzusetzen. Alle anderen Gründe wurden bereits vorgebracht und müssen nicht wiederholt werden.

**S. Stierli (SP):** Die CVP/EDU-Fraktion argumentiert mit der zugespitzten Sicherheitslage, die im Moment herrsche. Es muss allen klar sein, dass das etwas populistisch ist. Vor einigen Wochen hat Regierungsrat M. Fehr die Aufgabenteilung erklärt. Bund und Kanton sind für die Terrorismusbekämpfung zuständig. Er hat auch gesagt, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei gut ist. Dass die Stadtpolizei mehr Mittel benötigt, hat er nicht gesagt. Verschiedentlich ist die Rede vom Aufwand der Stadtpolizei. Der Sprecher der FDP hat erklärt, dass der Aufwand in den letzten Jahren nicht gestiegen sei – das hat auch D. Oswald gesagt. Stadträtin B. Günthard-Maier hat kürzlich in einer Internetzeitschrift geschrieben: „Vor diesem Hintergrund mag erstaunen, dass Winterthur seit 25 Jahren gleich wenig Steuergeld in die professionellen Sicherheitsorgane investiert.“ Sind diese Aussagen alle falsch? 2003 belief sich der Aufwand der Stadtpolizei auf 32 Millionen, im Jahr 2015 sind es 42 Millionen. Sachaufwand, Stellen, Material, Fahrzeuge etc.: Der Aufwand ist in den letzten 10 Jahren um über 10 Millionen gestiegen, praktisch jedes Jahr um 1 Million. S. Stierli fragt sich, welches Departement jedes Jahr ohne Diskussion 1 Million mehr erhalten hat. Niemand muss jammern. Der Gemeinderat hat immer dafür gesorgt, dass die Stadtpolizei gut alimentiert ist. Die juristischen Ausführungen von F. Helg findet S. Stierli speziell. Der Gemeinderat kann keine Stellen aufstocken. Der Stellenplan ist in der Kompetenz des Stadtrates. Im Budget sind 41,2 Millionen Sachaufwand für die Polizei vorgesehen. Der Gemeinderat bestimmt nicht, wie viele Stellen zu sprechen sind. Der Stadtrat kann versuchen mit diesem Betrag, den Volkswillen umzusetzen. Man kann auch mehr sparen oder Stellen ummodellieren. 217 Stellen waren ursprünglich geplant, im Budget sind es 238 Stellen. Damit können auch Stellen umgewandelt werden. Es besteht durchaus eine gewisse Flexibilität. Es wäre nicht richtig, wenn dieses Departement von den Sparmassnahmen ausgenommen würde. Im Bericht zu Balance kann man nachlesen, dass das Departement Sicherheit um Umwelt den Sparauftrag von Balance nicht richtig umgesetzt hat. Der Zielerreichungsgrad ist markant verfehlt worden. Daran muss noch gearbeitet werden. Die SP will warten, bis die versprochene Weisung vorliegt. Dann kann darüber debattiert werden. Zudem soll ein Sicherheitskonzept erstellt werden. Die veränderte Sicherheitslage muss in Zusammenarbeit mit dem Kanton genau analysiert werden. Der Gemeinderat muss diese Themen in Ruhe diskutieren können. Er kann nicht im Rahmen des Budgets darüber entscheiden.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Replik zum Votum von F. Helg: Als Jurist ist F. Helg bekannt, dass es in der Schweiz keine Verfassungsgerichtbarkeit gibt. Entsprechend ist es eine Suggestion, zu sagen, dass es eine Instanz gibt, die allenfalls auf die Durchsetzung der Volksinitiative hinwirken könnte. Das ist eine Fehlaussage, weil es das nicht gibt. Wenn es das denn gäbe, würde die Bevölkerung im nächsten Frühjahr nicht ein zweites Mal über die zweite Gotthard-

röhre abstimmen. Das ist möglich, weil man auf einen Volksentscheid zurückkommen kann. Man kann den Entscheid des Stadtrates auch noch anderes sehen. Der Gemeinderat hat entschieden, dass Winterthur das Label Energiestadt Gold anstreben soll. Die FDP hat aufgrund der Kosten den Ökostrom abgelehnt. Diesen Ball könnte man zurückgeben. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass sich Winterthur auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft machen soll. Entsprechend müssten Massnahmen ergriffen werden. M. Zeugin erinnert sich noch gut daran, dass Ch. Magnusson einen riesen Sprung gemachte, in ein Bassin ohne Wasser, als die FDP die Fachstelle für Gleichstellung abschaffen wollte. Wenn die FDP entsprechende Anträge stellt, geht das anscheinend sehr gut. Wenn die GLP einen Antrag stellt, zum Beispiel in Bezug auf das Münzkabinett, geht das aus irgendwelchen technischen Gründen nicht. Die Position der Grünliberalen ist klar. Die Weisung des Stadtrates ist abzuwarten. Es sollen keine Fakten vorab geschaffen werden. M. Zeugin hofft, dass ein Entscheid sauber umgesetzt werden kann, was auch immer entschieden wird. Jetzt sollen keine Stellen geschaffen werden, die allenfalls wieder abgeschafft werden müssen. Die Vorwürfe kann M. Zeugin zurückgeben.

**F. Helg (FDP):** Die Aussage von M. Zeugin stimmt nicht. Man kann einen Beschluss des Gemeinderates anfechten, wenn er gegen übergeordnetes Recht verstösst. Das hat man gesehen, als die Taxiverordnung geändert wurde. Ein Beschluss des Gemeinderates kann vom Bezirksrat, vom Verwaltungsgericht und vom Bundesgericht überprüft werden.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Die Gemeindeordnung ist nicht übergeordnetes Recht. M. Zeugin bleibt bei seiner Aussage.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Das war eine emotionale, differenzierte Debatte. Die Stadträtin dankt den Ratsmitgliedern für die Voten. Der Ton hat gezeigt, dass auch im Gemeinderat eine gewisse Emotionalität beim Thema Sicherheit und Stadtpolizei eine Rolle spielt. Die Stadträtin kann versichern, dass auch im Stadtrat Emotionen eine Rolle spielen. Der Stadtrat hat lange mit sich gerungen, bis er diesen Entscheid gefällt hat, den Stadträtin B. Günthard-Maier heute im Rat vertritt. In diesem Sinne kann die Stadträtin vorwegnehmen – der Stadtrat lehnt beide Anträge ab. Gemäss Volksabstimmung soll bis Ende 2016 der Bestand auf 217 Stellen erhöht werden. Der Stadtrat beantragt, den Stellenetat auf dem Stand von 2012 zu belassen. Das entspricht der Anzahl Polizisten zum Zeitpunkt der Volksabstimmung. Es soll keine Stellenerhöhung vorgenommen werden, sprich, auf die Aufstockung von 9,5 Stellen soll verzichtet werden. Gleichzeitig soll eine Stelle im Büro abgebaut werden. Selbstverständlich ist die Diskussion auch im Stadtrat emotional geführt worden. Die Stadträtin kann die Argumente dafür und dagegen aufzeigen. Neben der Bildung ist ein grosser Kostentreiber im Departement Soziales auszumachen, wo sich die Ausgaben seit 1997 verdreifacht haben auf rund 140 Millionen. Wenn die Stadt keine Mehreinnahmen generieren will, müssen die übrigen Globalbudgets reduziert werden. Im Rahmen der beiden Sparprogramme effort14+ und Balance haben alle gespart. Der Beitrag des DSU beträgt rund 7 Millionen Franken, das entspricht knapp einem Zehntel des Sparbetrags. Den Vorwurf, das DSU habe sich nicht beteiligt, weist Stadträtin B. Günthard-Maier entschieden zurück. Das hat sie bereits gegenüber dem externen Berater erklärt. Das DSU hat nicht nur das Wachstum gesenkt, sondern gibt in absoluten Zahlen seit 2012 weniger aus – nämlich 4 %. Die Stadträtin kann ihren Vorgängern, Stadtpräsident M. Künzle und H. Hollenstein ein Kränzchen winden. Im DSU geht man seit Jahren sehr verantwortungsvoll mit den Steuergeldern um. Seit 25 Jahren, seit 1990 investiert die Stadt gleichwenig Steuergelder in die Sicherheit. Das zeigt vielleicht etwas die politische Wertung. Die Stadt gibt insgesamt 35 Millionen für die Stadtpolizei, die Feuerwehr und den Zivilschutz zusammen aus, davon knapp 26 Millionen Franken für die Stadtpolizei. Selbstverständlich sind in der Stadt Winterthur, wie in anderen Städten auch, die Einnahmen gestiegen. Die Stadtpolizei muss auch selber für die Finanzen sorgen, obwohl sie eine staatliche Kernaufgabe erfüllt. Das sind die Realitäten. Auf der anderen Seite stellt die Bevölkerung Ansprüche an die Sicherheit. Die Bevölkerung ist in den letzten 15 Jahren um ca. 30 % gewachsen, um 25'000 bis 30'000 Menschen. Bereits das macht etwas aus. Die Nachfrage in Bezug auf die Sicherheit hat sich erhöht. Im Tagesanzeiger vom letz-

ten Samstag hat der Kommandant der Stadtpolizei Zürich in einem Interview erklärt, dass das Bevölkerungswachstum an sich die kleinste Herausforderung ist. Viel grösser sind folgende Herausforderungen: 24-Stunden-Gesellschaft, Nutzungskonflikte aufgrund der Verdichtung etc. Damit steigen auch die Aufgaben der Stadtpolizei. Die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten sind 24 Stunden am Tag, 7 Tage pro Woche unterwegs. Das heisst 210 Stellen entsprechen 50 Stellen auf eine 42 Stunden Woche gerechnet. Man kann diese Zahl mit anderen Verwaltungseinheiten vergleichen und ausrechnen, ob das viele Stellen sind oder nicht. Sowohl die Aufgaben der Stadtpolizei als auch die Verantwortung des Arbeitgebers sind im Polizeiorganisationsgesetz vorgeschrieben.

Der Stadtrat kann nicht einfach das Resultat der Volksabstimmung aufheben. Er muss mit einem Antrag über den Gemeinderat ans Volk gelangen. Wenn der Gemeinderat den Antrag gutheisst, gibt es eine Volksabstimmung, wenn er ablehnt, ist das Ganze vom Tisch. Der Stadtrat wird diesen Antrag in der ersten Jahreshälfte beraten und danach dem Gemeinderat eine Weisung vorlegen. Was wünscht der Stadtrat materiell? Er wünscht, dass die Stadtpolizei die Präsenz an der Front bei gleichbleibenden Mitteln erhöht. In der Regel erklärt der Stadtrat, wenn entsprechende Forderungen aus dem Rat gestellt werden, dass das nicht möglich ist. Stadträtin B. Günthard-Maier nimmt diesen Wunsch offen entgegen und wird prüfen, was sie machen kann. Sie kann aber nicht versprechen, dass es gelingt mehr Sicherheitsleistung bei höheren Anforderungen und gleichbleibenden Mitteln zu gewährleisten. Das sollten die Ratsmitglieder wissen. Die Zielvorgaben werden offen angeschaut, aber die Stadträtin kann nichts versprechen. Die Herausforderungen sind gestiegen. Die Stadtpolizei hat keinen Verwaltungs-Overhead mehr, weil bereits früher Reorganisationen durchgeführt wurden. Man muss Dienstleistungen, die jetzt erbracht werden und nicht unter Frontstunden abgebucht werden können, allenfalls abbauen, beispielsweise die Fachstelle häusliche Gewalt und den Verkehrsunterricht. Zudem stellt sich die Frage: Was sind Frontstunden? Gehören der Verkehrsunterricht und die Hilfe für Frauen, die zuhause Gewalt ausgesetzt sind, nicht zu den Frontstunden? Die Anzahl Verkehrsbeamtinnen muss abgebaut werden, damit kann der fliessende Verkehr weniger kontrolliert werden. Es ist eine knifflige Aufgabe. Leider kann Stadträtin B. Günthard-Maier nicht zaubern. Wichtig ist, dass die Stadtpolizei ein WOV-Betrieb ist. Zu entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden, ist die Aufgabe der Bereichsleitung. Wichtig ist, dass die Bereichsleitung die Mittel so einsetzt, dass die Bevölkerung möglichst viel profitieren kann. Das ist die Aufgabe des Kommandanten der Stadtpolizei, der heute auf der Zuschauertribüne anwesend ist. Stadträtin B. Günthard-Maier wird gemeinsam mit dem Kommandanten dafür sorgen, dass die Mittel so gut und so wirkungsvoll wie möglich eingesetzt werden. Der Gemeinderat kann darauf zählen, dass die Stadtpolizei immer für die Bevölkerung da ist. Es ist eine loyale Organisation, die mit grossem Einsatz für die Sicherheit sorgt. Aber sie kann das nur mit den Mitteln machen, die der Stadtrat, der Gemeinderat und die Politik zur Verfügung stellen. In diesem Sinne bittet der Stadtrat die Ratsmitglieder, die beiden Anträge abzulehnen.

**Stadträtin Y. Beutler:** Eine zweite Initiative wurde ebenfalls angesprochen, bei der die Stadträtin involviert war. Es gibt zwei Unterschiede. Mit der einen Initiative wurde die Investitionsrechnung abgehandelt. Das hat auf die Erfolgsrechnung relativ geringe Auswirkungen. Die andere Initiative geht voll zulasten des steuerfinanzierten Bereichs. Folgender Punkt ist zu beachten: Wer „missachtet“ denn den Volkswillen. Der Stadtrat, der für seine Meinung eintritt und erklärt, dass er die Initiative gerne umsetzen würde, das aber nicht kann, weil das Geld fehlt. Oder diejenigen, die dem Stadtrat vorwerfen, dass er die Initiative nicht umsetzt, das Geld aber nicht sprechen. Das Volk hat nein gesagt, zur Abschaffung der Gemeindezuschüsse. Das Volk hat ein klares Votum abgegeben. Die Bevölkerung will, dass diese Menschen weiterhin Zuschüsse erhalten. Genauso hat das Volk auch der Stellenaufstockung zugestimmt. Also soll in einem zweiten Schritt, dieses Geld zur Verfügung gestellt werden. Leistungen haben einen Preis und wenn Leistungen bestellt werden, muss der entsprechende Preis bezahlt werden. Das sind die Argumente des Stadtrates. Der Stadtrat hat klar gesagt, dass diese Stellenaufstockung mit den vorhandenen Mitteln nicht möglich ist. Stadträtin B. Günthard-Maier hat eindrücklich geschildert, was alles passieren kann, wenn der Gemeinderat heute Abend das Geld nicht spricht, um die Stellen aufzustocken. Der gesamte

Stadtrat fände es sehr viel angenehmer, wenn er nicht erneut vor den Gemeinderat und vors Volk gehen müsste. Der Gemeinderat müsste aber bereits sein, den Preis der Bestellung zu bezahlen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Zuerst werden die beiden Anträge einander gegenübergestellt. Danach wird über den obsiegenden Antrag mit Namensaufruf abgestimmt. Der Ratspräsident stellt den Kommissionsantrag, Erhöhung des Globalkredits um 500'000 Franken, dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion, Erhöhung des Globalkredits um 750'000 Franken, gegenüber.

**Der Rat** stimmt dem Kommissionsantrag, Erhöhung um 500'000 Franken, mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen. Für eine Annahme braucht es zwanzig Stimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über folgenden Antrag abstimmen: Erhöhung des Globalbudgets um 500'000 Franken.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)		X	Stefan Feer (FDP)	X	
Kaspar Bopp (SP)		X	Felix Helg (FDP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	Thomas Leemann (FDP)	X	
Regula Keller (SP)		X	Christoph Magnusson (FDP)	X	
Betty Konyo Schwerzmann (SP)		X	David Schneider (FDP)	X	
Fredy Künzler (SP)		X	Markus Wenger (FDP)	--	--
Felix Landolt (SP)		X			
Christa Meier (SP)		X	Katrin Cometta-Müller (GLP)		X
Ursina Meier (SP)		X	Rahel Comfort (GLP)		X
Silvana Näf (SP)		X	Silvia Gygax-Matter (GLP)	--	--
Maria Sorgo (SP)		X	Beat Meier (GLP)		X
Silvio Stierli (SP)		X	Annetta Steiner (GLP)		X
Gabriela Stritt (SP)		X	Martin Zehnder (GLP)		X
B. Zäch (SP)		X	Michael Zeuglin (GLP)		X
			Marc Wäckerlin (PP)		X
Simon Büchi (SVP)	X				
Gabi Gisler-Burri (SVP)	X		Jürg Altwegg (Grüne)		X
Matthias Gubler (SVP)	X		Reto Diener (Grüne)		X
Hansrudolf Hofer (SVP)	X		Renate Dürr-Ziehli (Grüne)		X
Rolando Keller (SVP)	--	--	Christian Griesser (Grüne)		X

Walter Langhard (SVP)	X		Doris Hofstetter (Grüne)		X
Chantal Leupi (SVP)	X		David Berger (AL)		X
Urs Obrist (SVP)	X		Katrin Gander (AL)		X
Daniel Oswald (SVP)	X				
Pacsal Rütsche (SVP)	X		Lilian Banholzer (EVP)		X
Doris Steiner (SVP)	X		Michael Bänninger (EVP)		X
Werner Steiner (SVP)	X		Thomas Deutsch (EVP)		X
Marcel Trieb (SVP)	X		Barbara Huizinga-Kauer (EVP)		X
Zeno Dähler(EDU)	X		Franco Albanese (CVP)	X	
			Matthias Baumberger (CVP)	X	
Yvonne Gruber (BDP)		X	Klaus Brand (CVP)	X	
			Werner Schurter (CVP)	X	

**Der Rat** lehnt den Antrag mit 34 zu 23 Stimmen ab.

**St. Feer (FDP):** Nach dieser Diskussion rund um die Stadtpolizei, der Antrag der FDP wurde mit 6 zu 3 Stimmen zum Kommissionsantrag, ist es erstaunlich, dass die weise Entscheidung der Kommission in den Fraktionen umgestossen worden ist. Die FDP-Fraktion will auf das Thema zurückkommen. Dabei will St. Feer einen Gedanken der Gegner aufnehmen. Es ist durchaus störend, dass man sparen will, Steuererhöhungen ablehnt und trotzdem den Globalkredit der Stadtpolizei erhöhen will. Gemäss Drehbuch wird zuerst über die Stadtpolizei abgestimmt und erst danach über eine Steuererhöhung. Das ist so vorgesehen. Deshalb wird die FDP-Fraktion, sollte es zu einer Steuererhöhung kommen, einen Rückkommensantrag stellen auf die Produktegruppe Stadtpolizei und den Antrag erneut einbringen, den Globalkredit um 500'000 Franken zu erhöhen.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über folgenden Kommissionsantrag abstimmen: Zielvorgaben: Der Bestand an vereidigten Polizisten ist gleich hoch wie 2012 daher sollen die Frontstunden ebenfalls gleich hoch angesetzt werden – nämlich bei 43 %.

**Der Rat** stimmt dem Antrag klar zu.

Damit ist die Beratung der Produktegruppe abgeschlossen.

**Betrieb Parkhäuser und Parkplätze:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Lebensmittelinspektorat:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Melde- und Zivilstandswesen:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Schutz und Intervention Winterthur:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Umwelt- und Gesundheitsschutz:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

## Departement Schule und Sport

### Volksschule

**M. Zehnder (GLP):** Dieser Antrag betrifft den Indikator zur Befähigung der Volksschüler der 5. Primarklasse in Mathematik. Die Mathematikleistung der Schüler in der 5. Klasse wird im Landesweiten Cockpit-Test erhoben. Die Resultate dieses Tests werden mit Vergleichsgruppen verglichen. Jede Klasse hat die Möglichkeit mehr als 100 % Mathematikleistung zu erbringen. Die GLP/PP-Fraktion wünscht, dass der Indikator, der jetzt auf 100 % gesetzt ist, auf 105 % erhöht wird. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Lehrpersonen sensibilisiert werden und von den Schülern 5 % mehr Mathematikleistung einfordern. Dabei würden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die GLP/PP-Fraktion fordert keine zusätzlichen Mathematikektionen. Sie fordert auch nicht, dass die Lektionen der anderen Fächer reduziert werden. Die Lehrpersonen sollen im Unterricht von den Schülern 5 % mehr verlangen. Falls der Stadtrat der Ansicht ist, dass mehr Geld gesprochen werden müsste, wenn mehr Leistung verlangt wird, soll er bitte erklären, wie viel gespart worden ist, als die Leistungsziele im Jahr 2014 nicht erreicht werden konnten. Jetzt liegt die Leistung ungefähr 5 % unter den geforderten 100 %. Die GLP/PP-Fraktion verlangt, dass der Indikator auf 105 % gesetzt wird. Es wäre schade, wenn die Lehrpersonen aufgrund dieser Forderung vermehrt auf den Cockpit-Test hin lernen würden. Das Lernen auf eine Prüfung hin kann nicht das Ziel sein. Die GLP/PP-Fraktion erwartet, dass die Mathematikleistungen nachhaltig verbessert werden. Winterthur ist eine Stadt mit einer technischen Geschichte. Sie ist aber auch Standort von Zukunft gerichteten Schulen, wie zum Beispiel die MSW oder die ZHW. Diese Schulen sind auf technisch interessierte und mathematisch geschulte Schüler angewiesen. Aber nicht nur die Schulen sind auf technisch interessierte Schüler angewiesen. Die ganze Wirtschaft ist auf technische Fachkräfte angewiesen. In der bundesrätlichen Antwort zum Fachkräftemangel wird das Ausmass und die Ursache dieses Mangels in den MINT Fächern aufgezeigt. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Im Kapitel 6.1.1 dieser bundesrätlichen Antwort steht: „Eine nachhaltige Erhöhung des Anteils an MINT Studieneintritten und Abschlüssen kann gelingen, wenn das Interesse und die Leistungsfähigkeit in Mathematik und Physik bei Kindern und Jugendlichen auf der Sekundarstufe I, in der Primarschule und sogar im Vorschulalter gefördert wird. Die GLP/PP-Fraktion fordert lediglich, dass in der Primarschule 5 % Überdurchschnittlichkeit erreicht wird. Die Fraktion ist der Meinung, dass Winterthur etwas gegen den Fachkräftemangel unternehmen kann. Vielleicht kann nicht die ganze Schweiz gerettet werden, aber die Schüler in Winterthur sollen wenigstens ein wenig überdurchschnittlich abschneiden in Mathematik.

**D. Berger (Grüne/AL):** Die Mitglieder der Grüne/AL-Fraktion sind grosse Freunde der Mathematik und der Rationalität. Wenn jetzt aber einfach ein Indikator geändert wird, ohne neues Ausbildungsprogramm, ist diese Änderung für die Fuchse. Wenn man etwas in die Zielvorgaben schreibt, werden die Mathematikresultate nicht besser. Das Risiko ist vorhanden, dass für diese Cockpit-Tests speziell geübt wird. Das ist vergleichbar mit PISA. Zum Schluss hält man PISA für den allein ausschlaggebenden Faktor. Das ist keine gute Idee. Dass sich etwas ändert, wenn der Gemeinderat andere Zahlen einsetzt, hält die Grüne/AL-Fraktion nicht für realistisch. Es braucht auch eine Änderung in der Praxis oder es muss Geld gesprochen werden, um etwas zu unternehmen.

**Ch. Magnusson (FDP)** begrüsst den Präsidenten, die Kolleginnen und Kollegen, die Stadträtinnen und Stadträte und die Anwesenden, das wäre der richtige Weg der Begrüssung. Die FDP ist gegen diesen Antrag – nicht zuletzt weil er etwas lehrmeisterlich daherkommt. Er erinnert Ch. Magnusson an einen Lehrer aus der Oberstufe, der von den zubringenden Lehrern aus den unteren Stufen mehr erwartet, als diese liefern können. Er fragt M. Zehnder, ob er als Berufsschullehrer nicht beim eigenen Antrag in Ausstand treten müsste, weil er direkt davon betroffen ist. Ch. Magnusson will aber nicht auf diese Weise vorgehen. Die Gefahr, dass der Antrag angenommen wird, ist nicht sehr gross, weil er in der Kommission mit 1 zu 8 Stimmen abgelehnt worden ist. Inhaltlich wären noch einige Anmerkungen zu machen: Ei-

nerseits ist man nicht bereit, den Preis zu bezahlen. Wenn mehr gefordert wird, müssten auch mehr Mittel zur Verfügung stehen. Eine Analogie, die von der FDP nicht immer geteilt wird. Auch in diesem Bereich könnte eine Verbesserung erreicht werden – ohne dass zusätzliche Mittel gesprochen werden. Dann sind aber ganz gezielte Prüfungsvorbereitungen notwendig. Die Schüler müssten auf die Tests vorbereitet werden, damit sie etwas besser abschneiden als der Durchschnitt. Die Klassen können entsprechend vorbereitet werden, dann schneiden sie, oh Wunder, plötzlich besser ab. Das ist allgemein bekannt. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass es nicht nachvollziehbar ist, warum genau Mathematik stärker gewichtet werden soll. Das hat vielleicht auch persönliche emotionale Hintergründe. Generell herrscht die Meinung vor, wenn man die Qualität der Schule verbessern will, können die Indikatoren hinaufgesetzt werden. Darüber kann diskutiert werden. Dann soll das aber nach einer fachmännisch fundierten Diskussion in der Kommission stattfinden. Dabei sollen auch Massnahmen diskutiert werden, wie das Ziel erreicht werden kann. Danach kann ein Antrag für eine bessere Schulqualität in Winterthur eingebracht werden. Weil die Zielsetzung, die bei 100 % festgelegt ist, in der Vergangenheit nicht immer erreicht werden konnte, sondern nur zu 97 % beziehungsweise 95 %, ist die Erhöhung auf 105 % einiges zu hoch. Die FDP lehnt den Antrag ab.

**G. Stritt (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP nicht. Es ist nicht einsichtig, warum die Schulen in Winterthur der Mathematik einen speziellen Stellenwert einräumen sollen. In unserer komplexen Welt sind vielfältige Fähigkeiten gefragt. Es ist der Auftrag der Schule, Wissen und Grundkompetenzen zu vermitteln und ganzheitliches Lernen zu fördern, mit dem Ziel, allen Kindern und Jugendlichen in der Schule die notwendige Unterstützung zu bieten und sie auf die unterschiedlichen Anforderungen und Erwartungen der Gesellschaft und der Berufswelt vorzubereiten. Dazu gehört auch, dass sich die jungen Menschen in der Gesellschaft integriert fühlen und zugehörig sind. Wenn das Fach Mathematik speziell gewichtet wird, steht das etwas quer in der Landschaft. Das würde sicher zulasten der anderen Fächer gehen. Was sicher nicht sinnvoll ist. Die SP glaubt zudem nicht daran, dass das ohne zusätzliche Kosten möglich ist. Man muss sicher spezielle Hilfsmittel zur Verfügung stellen und kann das nicht mit einfachen Mitteln umsetzen. Deshalb lehnt die SP den Antrag ab.

**K. Cometta (GLP/PP)** muss nach so vielen Voten gegen diesen Antrag doch noch etwas sagen. Es geht nicht um den Abnehmer in der nächst höheren Schulstufe, sondern um den Abnehmer in der Wirtschaft. Als Wirtschaftspartei sollte die FDP wissen, dass effektiv ein Problem in den MINT Berufen besteht. Die Fachkräfteinitiative des Bundesrates legt ein besonderes Augenmerk auf diese Problematik. Es geht nicht nur darum einen Indikator festzusetzen, sondern darum, dass der Gemeinderat ein Signal setzt. Mathematik ist wichtig. Die Schule legt sehr grossen Wert auf die Sprache. Es geht nicht darum, dass nur noch Mathematik gefördert werden soll, aber es ist wichtig, dass diese Kompetenzen gestärkt werden.

**Stadtrat St. Fritschi** ist sich gewohnt, dass die Budgetdebatte einen Unterhaltungswert hat. Heute Abend stellt er fest, dass dieser noch gesteigert werden kann. Jetzt wird auch noch über die Schulleistung der 12'000 Schüler und Jugendlichen diskutiert, die in Winterthur zur Schule gehen. Das bringt gewisse Schwierigkeiten mit sich. Stadtrat St. Fritschi ist kein Lehrer und versteht eigentlich nichts vom Unterrichten. Wie die meisten im Saal hat er die Schule besucht und weiss, wenn man einfach sagt; die Leistung muss besser werden, tritt nicht automatisch eine Verbesserung ein. Es ist als ob man am Gras ziehen würde, deshalb wächst es aber nicht schneller. Wenn man will, dass das Gras besser wächst, muss man einen anderen Dünger wählen, mehr wässern und das Gras pflegen. So ist es auch in der Schule. Offenbar sind einzelne Ratsmitglieder der Meinung, man kann einfach sagen; die Winterthurer Kinder müssen überdurchschnittlich in Mathematik abschneiden, aber die Stadt bezahlt nichts, macht nichts und es wird keine flankierende Massnahmen geben. Das kann nicht funktionieren. Sonst wären die Kinder in Winterthur seit langem besser als alle anderen. Aber dann hätten auch die Züricher oder die anderen Gemeinden den Trick herausgefunden, dass man in der Budgetdebatte nur sagen muss; seid gescheiter. Die Zielvorgaben stehen im Beschlussteil. Der Gemeinderat kann diese Vorgaben verändern. Aber Stadtrat

St. Fritschi hat auch in der Kommission darauf hingewiesen, wenn die Zielvorgaben verändert werden, braucht es Geld. Es gibt durchaus Möglichkeiten die Leistungen zu fördern – durch Aufgabenhilfe, mehr Hilfsmittel oder Fortbildung der Lehrpersonen. Das sind einige Beispiele. Der Mathematikunterricht kann im Rahmen des Lehrplans, der nicht von der Stadt Winterthur bestimmt wird, sondern vom Bildungsrat, durch flankierende Massnahmen gefördert werden. Aber es geht nicht, einfach zu erklären; seid besser in Mathematik, aber es soll nichts kosten. Als nicht Pädagoge hat Stadtrat St. Fritschi grösste Zweifel. Wenn er als Schulkommissionsmitglied mit dem Antragsteller irgendwann ein MAB machen sollte, kann er genauer nachfragen, ob das so einfach geht. Kann man den Schülerinnen und Schülern tatsächlich einfach sagen; seid besser. Werden sie dann besser, obwohl nichts zur Verfügung steht? Stadtrat St. Fritschi hat grosse Zweifel. Vielleicht ist er einfach ein Laie und versteht das zu wenig.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag der GLP abstimmen. Zielvorgaben, Kompetenz und Befähigung: Leistung der Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse Primarstufe in Mathematik bei den Klassencockpits: Der Indikator soll von 100 % auf 105 % erhöht werden.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Einkauf und Logistik:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Sonderschulung:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Familie und Jugend**

**D. Berger (Grüne/AL)** wollte diesen Antrag eigentlich nicht mehr stellen – er stellt ihn trotzdem aus purer Streberei. Es handelt sich um einen Antrag, wie er sein muss. Gleichzeitig mit dem Indikator soll auch das Budget verändert werden. Das ist quasi die reine Lehre des WOV. Es geht um die Deutschkurse für fremdsprachige Kinder, die in Zukunft von Privaten durchgeführt werden sollen. D. Berger stellt im Namen der AL den Antrag, diese Balance-Massnahme nicht umzusetzen. Das bedeutet eine Erhöhung des Globalbudgets um 75'000 Franken und die Anpassung der Stunden, die durchgeführt werden sollen. Inhaltlich hat die AL Vorbehalte gegen die Auslagerung. Die Deutschkurse betreffen einen sehr sensiblen Bereich. Die Erfahrungen mit privaten Anbietern sind nicht immer positiv. Es gibt Beispiele im Rahmen des Einbürgerungsprozesses. Scheinbar hat das nicht immer gut funktioniert. Deshalb kann es riskant sein, die Kurse auszulagern. Zudem verdient immer jemand weniger, wenn privatisiert wird. Das wird auch hier der Fall sein. Deshalb lehnt die AL diese Balance-Massnahme ab und hält am Antrag fest.

**Ch. Magnusson (FDP):** Das ist ein Antrag, wie er nicht sein soll. Der Stadtrat nutzt die Möglichkeit, dass eine staatliche Leistung nicht vom Staat erbracht werden muss. Es handelt sich definitiv nicht um eine Grundaufgabe des Staates, sondern kann extern vergeben werden. Die Leistung kann sogar günstiger erbracht werden, ohne dass Qualitätseinbussen in Kauf genommen werden müssen. Das einzige Argument von D. Berger ist; es ist besser, wenn die Stadt die Kurse übernimmt. Das ist nicht genug. Ch. Magnusson ist der Meinung, dass diese 75'000 Franken eingespart und an einem anderen Ort besser verwendet werden können. Die FDP lehnt dementsprechend den Antrag ab.

**G. Stritt (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der AL aus folgenden Gründen: Die Auslagerung der Deutschkurse von der Stadt zu privaten Anbietern hat zur Folge, dass städtische Stellen, vor allem die der Kursleiterinnen und Betreuerinnen, abgebaut werden müssen. Bei den privaten Anbietern stehen aufgrund der Konkurrenz der Kostenfaktor und der Wettbewerb im Vordergrund. Das ist auch der Grund, warum die Kurse billiger angeboten werden können. Für die Kursleiterinnen hat das zur Folge, dass weniger Vorgaben bestehen bezüglich Anstellungsbedingungen wie Lohn, Arbeitsplatzsicherheit etc. So ist häufig bis kurz vor Kursbeginn nicht klar, ob ein Kurs zustande kommt und ob die Kursleiterinnen mit Lohn-

einnahmen rechnen können. Diese Kurse werden semesterweise durchgeführt, damit wiederholt sich die unsichere Situation immer wieder. Die Kursleitenden sind meist Frauen. Mit diesen Anstellungsbedingungen werden einmal mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und die Einkommenssituation ist unsicher. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Auslagerung nicht und wird der Erhöhung des Globalbudgets zustimmen.

**M. Zehnder (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Antrag nicht. Sie hat mehr Vertrauen in die privaten Anbieter als D. Berger und ist der Ansicht, dass diese Kurse gut durchgeführt werden. Im Weiteren kann sich M. Zehner dem Votum von Ch. Magnusson anschliessen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Der Stadtrat hat es sich nicht einfach gemacht mit den Balance-Massnahmen. Hier handelt es sich um eine Massnahme, die nicht leicht gefallen ist. Aber der Stadtrat steht klar hinter dieser Balance-Massnahme. Stadtrat St. Fritschi kann sicher nicht behaupten, dass sich diese Massnahme gegen Frauen richtet. In den Lehrberufen arbeiten viel mehr Frauen als Männer. Die Löhne sind genau gleich. Es gibt keine Unterschiede zwischen Lehrerinnen und Lehrern. Wenn die Stelle einer Lehrerin oder eines Lehrers gekürzt wird, kann man nicht sagen, dass sich das gegen die Frauen richtet. Im Allgemeinen sind in diesem Bereich einfach viel mehr Frauen angestellt. Das Angebot an Deutschkursen ist auf dem Platz Winterthur sehr gross. Der Stadtrat versucht ein gleiches Angebot aufrechtzuerhalten, ohne dass für die Teilnehmenden Änderungen ersichtlich sind. Daran wird jetzt gearbeitet. Es handelt sich um eine Balance-Massnahme. Stadtrat Fritschi hofft, dass nicht eine Massnahme nach der anderen gestrichen wird, von den gleichen Leuten, die immer wieder fordern, dass der Stadtrat mehr sparen soll.

**Ratspräsident M. Wenger:** Über die Anträge wird zusammen abgestimmt. 1. Erhöhung des Globalkredits um 75'000 Franken. 2. Zielvorgaben: Balance-Massnahme: Die externe Durchführung von Deutschkursen soll rückgängig gemacht werden. Die Durchführung durch städtisches Personal ist besser.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Berufsbildung**

**D. Berger (Grüne/AL):** Die Kommission stellt folgende Anträge: Zielvorgaben: die Indikatoren für das Jahr 2016 und die vorangehenden Jahre fehlen. Die BBK beantragt, die entsprechenden Indikatoren ins Budgetbuch aufzunehmen, so wie sie im Drehbuch ersichtlich sind.

**Stadtrat St. Fritschi:** Der Stadtrat steht hinter diesem Antrag.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über folgende Anträge abstimmen: 1. Wirtschaftlichkeit des Angebots, Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur: 7'200 Franken. 2. Angebot, Anzahl Ausbildungsplätze: 450. 3. Wirkungsorientierter Faktor: Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr: 93 %.

**Der Rat** stimmt den Anträgen einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Sportamt**

**Ch. Magnusson (FDP):** In der Kommission ist folgender Antrag mit 6 zu 3 Stimmen angenommen worden: Erhöhung des Globalkredits um 35'000 Franken auf neu 200'000 Franken. Produkt 7: Beitrag Jugendsportförderung: Der Beitrag wurde im Rahmen der letzten Sparprogramme gesenkt und soll wieder auf den ursprünglichen Wert erhöht werden. Damit wird der Globalkredit auf 200'000 Franken aufgestockt. Mit diesem Geld kann sehr direkt und effi-

zient die Sporttätigkeit der Winterthurer Knaben und Mädchen gefördert werden. Mit wenig Geld kann sehr viel erreicht werden. Geschichte: Vor den beiden Sparprogrammen effort14+ und Balance hat der Gemeinderat im Rahmen der Budgetberatung pauschalen Einsparungen in den verschiedenen Produktgruppen zugestimmt. Zuvor hat der Globalkredit für die Jugendsportförderung 200'000 Franken betragen. Insbesondere werden mit diesem Geld Beiträge an die Jugend und Sport Kurse geleistet und an die Winterthurer Sportvereine. Das Geld kommt damit direkt den Winterthurer Kindern zugute. In der Kommission ist der Antrag mit 6 zu 3 Stimmen angenommen worden. Die FDP steht hinter diesem Antrag. Ch. Magnusson bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

**U. Meier (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag und stimmt den Argumenten von Ch. Magnusson zu. U. Meier will es sich aber nicht nehmen lassen, eine kurze Erinnerung in den Raum zu stellen. Sie will aufzeigen, wie es dazu gekommen ist, dass diese 35'000 Franken gestrichen worden sind. Die Streichung der 35'000 Franken ist ein Teil der Pauschalkürzungen um 0,6631 Prozent. Die bürgerliche Seite hat diesen Massnahmen zugestimmt. Der Stadtrat hat damals erklärt, dass 35'000 Franken bei der Jugendsportförderung gestrichen werden. Das hat zu einer Abstimmung mit Namensaufruf geführt. Die FDP hat zugestimmt. Der Antragsteller hat sich der Stimme enthalten. U. Meier stört es nicht, dass sich die FDP in diesem Punkt anders entscheidet. Sie findet es aber amüsant, weil die Mitglieder der FDP-Fraktion dieses Vorgehen angeprangert haben. F. Helg hat von einem Zick-Zack-Kurs gesprochen und U. Hofer hat letzte Woche erklärt, dass die FDP gegen ein Hinterfragen von Entscheidungen der letzten Jahre ist. Es ist schön, dass auch die FDP nicht immer konsequent ist, wie sie das von allen anderen einfordert. In diesem Sinne stimmt die SP dem Antrag zu.

**M. Zehnder (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Antrag, den Globalkredit um 35'000 Franken zu erhöhen. Es handelt sich nicht nur um Sportförderungen, sondern auch um Prävention und Integration. Wenn Sportvereine mehr Geld haben und dadurch Jugendprojekte realisieren können, nehmen sie auch Präventionsaufgaben wahr. Die Gesundheit kann nachhaltig verbessert werden und unter Umständen können auch Integrationsprojekte gestartet werden. Auch mit diesen 35'000 Franken kann nicht gross Werbung für den Sport gemacht werden. Das ist klar. Der Gemeinderat soll wenigstens ein Zeichen setzen, dass er für eine gesündere Bevölkerung einsteht.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Diese Investition in die Jugend ist eine Investition in die Zukunft. Auch die Gesundheitsförderung spielt eine wichtige Rolle.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Einmal pro Sitzung muss M. Baumberger der linken Seite in der Rege Recht geben. U. Meier hat Recht. Wie die Leute zum Teil ihre Meinung ändern können, überrascht auch die CVP/EDU-Fraktion sehr. Es war in Tat ein Sozialist, der kürzlich verstorben ist, ein grosser Staatsmann aus Deutschland, der gesagt hat: „Man muss für seine Überzeugungen bereit sein, abgewählt zu werden.“ Wenn man gegen mehr Geld ist für den Sport, ist man nicht populär. Es wäre aber sehr inkonsequent, wenn die CVP/EDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen würde. Deshalb lehnt sie diesen Antrag ab. Sicherlich ist es schön, wenn jetzt ein wenig Geld verteilt werden kann. Aber es ist inkonsequent und nicht richtig. M. Baumberger bittet die Ratsmitglieder, sich das zu überlegen und das Budget zu belassen, wie es ist.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Die Freiwilligenarbeit im Sport, insbesondere die Arbeit mit Jugendlichen, verdient diese Wertschätzung. Die Argumente sind bereits vorgebracht worden – Integration, Gesundheitsförderung. Die Argumente sind bekannt. Das Geld ist gut investiert.

**Ch. Magnusson (FDP):** Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann – sagt man so schön. Wobei, Ch. Magnusson hat nicht das Gefühl, ein Wendehals zu sein. Im

Gegenteil. Der Gemeinderat hat einer Kürzung zugestimmt. Der Stadtrat hat die Kürzung in diesem Bereich umgesetzt. Jetzt, nach zwei Jahren, steht die Stadt an einem anderen Punkt. Sie kann es sich leisten, ein kleines Minus zu budgetieren. Es handelt sich um 35'000 Franken, das ist sicher kein Problem. Heute wird über Millionen diskutiert. 140 Millionen werden für Soziales ausgegeben. In der Stadtkasse fehlen Millionen. Diese 35'000 Franken für die Jugendsportförderung sind weiss Gott kein Problem. Das hat nichts mit einer Änderung der Grundsätze zu tun, sondern rein mit einer Priorisierung der Finanzen. Heute wird über das Budget diskutiert und darüber, wo die grossen Pflöcke eingeschlagen werden müssen. Die Stadt kann es sich leisten, es geht ihr gut. Winterthur ist eine solide Stadt. Deshalb kann es sich der Gemeinderat leisten, ein Budget zu verabschieden, das diese zusätzlichen 35'000 Franken enthält. Es ist nicht so schlimm, wie M. Baumberger gesagt hat. Die FDP hat ihre Meinung nicht völlig geändert.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Selbstverständlich ist bereits damals diese Aussage falsch gewesen und wird heute auch nicht richtiger. Die GLP hat im Bereich Mobilien gespart, im Bereich Betriebs- und Verbrauchsmaterial, bei den externen Beratungen und bei den Informatikprojekten. Das ist so. M. Zeugin könnte auch die Kontonummer suchen. Das geht aber zu weit. Einzig und allein Stadtrat St. Fritschi hat entschieden, dass der Betrag aus einer Kontonummer in andere Konten transferiert und dadurch beim Sport gespart wird. Diesen Entscheid hat Stadtrat St. Fritschi gefällt. Das entspricht nicht dem Antrag, den die GLP im Rat gestellt hat. Das kann der Gemeinderat nicht beeinflussen. Der Stadtrat kann das so handhaben. M. Zeugin würde M. Baumberger gerne zustimmen, dass die GLP die Position geändert hat. Das ist leider nicht so. Diese Aussage war damals falsch und wird nicht richtiger, auch wenn zwei Jahre vergangen sind.

**Stadtrat St. Fritschi** hält sich in diesem Fall für einen kleinen Politiker. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat gesagt, wo gekürzt wird, noch bevor der Gemeinderat der Kürzung zugestimmt hat. Dieses Vorgehen hat der Stadtrat abgesprochen. So viel Macht hat Stadtrat St. Fritschi nicht. Ein Zitat von Friedrich Dürrenmatt passt: „Je öfter sich ein Politiker widerspricht, desto grösser ist er.“ Der Stadtrat will sich aber nicht widersprechen. Deshalb unterstützt er diesen Antrag nicht. Der Stadtrat versucht, seine Linie zu wahren und die Zielesetzung, die Finanzen in den Griff zu bekommen, weiter zu verfolgen. Dazu gehört, dass nicht alles was vor zwei Jahren gekürzt worden ist, wieder ins Budget aufgenommen wird. Es ist bereits das zweite Mal, dass der Gemeinderat den Globalkredit erhöht. Mit dem Entscheid Bronzestrom zu beziehen, hat der Stadtrat die Kürzung um 0,6631 % umgesetzt. Jetzt hat der Gemeinderat diesen Entscheid wieder rückgängig gemacht und mehr Geld ins Budget eingestellt. Das ist gut gemeint und die Argumente stimmen sicher. Die Jugendsportförderung ist sicher sinnvoll. Aber der Stadtrat bleibt bei seinem Antrag und will sich nicht mit Widersprüchen profilieren.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über die beiden Anträge abstimmen: 1. Erhöhung des Globalkredits um 35'000 Franken. 2. Zielvorgaben: Beitrag Jugendsportförderung: Erhöhung des Globalkredits von 165'000 Franken auf 200'000 Franken.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ch. Magnusson:** Die BSKK stellt folgenden Antrag: Zielvorgaben: Produkt 4 Wirkungsziele, Mädchensportförderung: Der Anteil Mädchen und junge Frauen, die regelmässig Sport treiben soll gesteigert werden. Der Indikator soll auf 80 % gesetzt werden. Im Budgetbuch ist kein Wert eingetragen. Der letzte bekannte Wert liegt bei 76 %. Die Kommission will den Mädchensport bewusst fördern. Mit dem zusätzlichen Betrag ist das möglich. Die Kommission hat den Antrag mit 9 zu 0 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt fest, dass keine weiteren Anträge vorliegen. Er lässt über den Antrag abstimmen, den Indikator bei 80 % festzusetzen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

## **Departement Soziales**

**Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Sozial- und Erwachsenenhilfe**

**D. Schneider (FDP):** Diesen Antrag hat R. Diener in der Kommission gestellt. Es handelt sich um eine Korrektur des bereits beschlossenen Gesamtkredits. Verpflichtungskredite: Asylunterkunft in Containerbauweise: Die Kommission beantragt den korrigierten Betrag von 4'375'000 Franken ins Budget einzustellen. Die Kommission hat den Antrag mit 8 zu 0 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Er lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Prävention und Suchthilfe:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Individuelle Unterstützung**

**K. Brand (CVP/EDU):** Will sich nicht zu sehr auf Einzelheiten einlassen. Der Globalkredit in dieser Produktegruppe ist sehr hoch. In der Kommission wurden drei Anträge gestellt. Die Anträge wurden von D. Schneider im Namen der FDP gestellt. Deshalb will K. Brand das Wort D. Schneider übergeben, damit er diese Anträge stellen kann.

**D. Schneider (FDP):** Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen: Die SKOS-Richtlinien sind den Winterthurer Bürgern inzwischen bekannt. Sie werden auf den 1. Januar 2016 angepasst. Spätestens im Mai 2016 werden sie umgesetzt. Diese Anpassungen sind im Budget nicht berücksichtigt. Die nach den SKOS Richtlinien ausgerichteten Unterstützungsleistungen in der Höhe von 57 Millionen können um 2 Millionen (3,5%) reduziert werden. Der Gemeinderat soll möglichst konkrete Vorschläge machen, wo Einsparungen möglich sind. Die FDP schlägt vor, die Einsparung in den Bereichen situationsbedingte- und integrative Leistungen sowie beim Grundbedarf vorzunehmen. Hier ist noch Luft vorhanden. D. Schneider stellt klar, bei diesen Anträgen geht es um viel Geld – es geht aber nicht um die Sozialhilfebezügler. Die FDP führt keinen Angriff gegen die Menschen, die Geld benötigen, weil die Mittel nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. In der Debatte um die riesen Beträge in der Sozialhilfe ist klar geworden, wie schwierig die Budgetierung ist. Wenn man zurückschaut, wie das Budget zustande gekommen ist, sieht man, dass die Zahlen im August 2015, zum Zeitpunkt als das Budget 2016 erstellt wurde so hoch waren, dass sie nicht stimmen konnten. Die FDP will wissen, warum das so ist. Das ist D. Schneider nicht ganz klar. Das zeigt aber, dass so grosse Zahlen nicht einfach zu handhaben sind. Jetzt, mit Blick auf das Budget 216, sind Verbesserungen festzustellen. Die Zahlen sind präziser. Es ist ein Frust, wenn in der Kommission diskutiert und argumentiert wird und Ende des Tages das Budget um fast 10 Millionen überzogen wird. Dieser Betrag wird dann jeweils als gebundene Ausgabe deklariert. Das ist mühsam und demotivierend. Was machen die Kommissionsmitglieder überhaupt?

Das Management in der Verwaltung wirft Fragen auf. Die 3,5 %, um die es bei diesen 2 Millionen geht, sind auch in den Medien kommentiert worden. Nur schon die konsequente Überprüfung der Mietzinse und die Durchsetzung der Reduktionen soll ein Volumen von 40

Millionen in der Schweiz erreichen. Das hat D. Schneider nicht gewusst. Diesen Punkt kann man noch anfügen. Auch in der Kommission ist nicht bekannt, ob das konsequent umgesetzt wird. Damit ist noch mehr Luft im ganzen System. Deshalb ist es vertretbar, dass an dieser Schraube gedreht wird. Es ist klar, dass die Thematik und die Probleme nicht einfach mit dem Budget gelöst werden können. Die Dimensionen sind viel grösser und reichen bis in bildungspolitische Fragen hinein. Das wird den Gemeinderat noch lange beschäftigen. Wie soll mit den Richtlinien und mit dem Klientel umgegangen werden? Erschreckend ist, dass viele Junge bereits in die Sozialhilfe geraten. Auf diese Probleme muss klar ein Fokus gelegt werden. Wie kann vermieden werden, dass die Jungen in der Sozialhilfe landen? Auch erste Studien und Zahlen, die der Kommission vorliegen, weisen auf diese Probleme hin. Das sind beängstigende Entwicklungen. Trotz des Antrags, das Budget um 2 Millionen zu reduzieren, glaubt die FDP, dass sich die Verwaltung anstrengt und mit dem Voranschlag 2016 eine genauere Budgetierung erreicht hat. Ende 2016 soll es nicht heissen, dass das Budget erneut um 10 Millionen überschritten worden ist. D. Schneider ist überzeugt, dass genauer Budgetiert worden ist. Trotz der Anstrengung, die die Verwaltung unternimmt, kann etwas an dieser Schraube gedreht werden. Dieses Signal muss der Gemeinderat setzen. Das ist wichtig. Die FDP ist überzeugt, dass diese Einsparungen möglich sind, aber hier gehen die Meinungen auseinander.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion stellt einen Eventualantrag. Um Redundanzen zu vermeiden, wird F. Albanese über alle Anträge reden.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet F. Albanese den Antrag der CVP/EDU-Fraktion zu stellen. D. Schneider wird dann die übrigen Anträge vorstellen.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Um Redundanzen zu vermeiden, verweist F. Albanese auch auf die grundlegend unterstützungswürdigen Argumente der FDP. Zudem sind die Mitglieder der CVP/EDU-Fraktion überzeugt, dass es reichlich verfehlt ist, wenn man ihnen allein aufgrund der moderaten und pauschalen Kürzungsanträge über die gesamte Produktegruppe Individuelle Unterstützung und aufgrund der vorangegangenen bescheidenen Kürzungsanträge einen Austeritätsvorwurf macht. Deshalb hält die Fraktion an den Anträgen fest und bittet um zahlreiche Unterstützung sowohl für sämtliche Kürzungsanträge in dieser Produktegruppe als auch für den Eventualantrag, der ein reduzierter Antrag ist. Diese Kürzungen sind notwendig, allein weil die alljährliche Kostensteigerung in dieser Produktegruppe bereits seit längerem ausser Rand und Band geraten ist. Das grundsätzliche Problem kann mit diesen Kürzungsanträgen bei weitem nicht gelöst werden, aber der Gemeinderat kann wenigstens das Budget um das Nötigste reduzieren, respektive nach unten korrigieren. Diese Korrektur erscheint der CVP/EDU-Fraktion, in einer Zeit, die leider mittelfristig und sicher noch für eine ganze Weile von einer chronischen konjunkturellen Schwäche geprägt sein wird, kein zu hoher Antrag, sondern bitter nötig. Deshalb ist es mehr als angezeigt, dass der Gürtel des Staatshaushalts ausnahmslos über alle Direktionen hinweg enger geschnallt wird – nicht zuletzt auch im Sozialdepartement. Interessant ist, dass sich die Linke und ihre treu flankierenden Mitläufer bekanntlich jedes Jahr mehr Steuereinnahmen durch höhere Steuern wünschen, ohne dass sie für die nötigen Rahmenbedingungen eintreten, die für eine bessere Steuerkraft sorgen würden. Dabei reden dieselben Kandidaten in ihrem Delirium vom Sparlamento und von der ausgepressten Zitrone, obwohl der rechtschaffene und steuerzahlende Bürger nicht genug ausgepresst werden kann. Die CVP/EDU-Fraktion lässt sich dadurch nicht irreführen und konzentriert sich lieber auf die Stärkung der notwendigen Rahmenbedingungen. Damit diese Zitrone ungehindert erblühen kann und auch in Zukunft gut im Saft bleibt.

**Ratspräsident M. Wenger:** Zur Klarheit: Die CVP/EDU-Fraktion stellt den Antrag, den Globalkredit um 2 Millionen zu kürzen. Zusätzlich beantragt die Fraktion die Kürzung des Globalkredits um 0,5 Millionen.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Die Fraktion wird die Anträge gemäss dem Fahrplan stellen.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet D. Schneider die restlichen Anträge zu stellen.

**D. Schneider (FDP):** Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 1,5 Millionen. Zurzeit wird geprüft, ob die 150 Schmerzpatienten (Fr. 20'000 pro Fall) von der IV übernommen werden. Dazu wurde eine Medienmitteilung versandt. Hier wird für einmal der andere Weg beschritten. In der Regel gibt die IV die Leute weiter in die Sozialhilfe. Jetzt ist ein gegenläufiges Vorgehen geplant – das ist eher die Ausnahme. Etwa 150 Schmerzpatienten, etwa 20'000 Franken Kosten pro Fall, sollen von der IV übernommen werden. Die FDP nimmt an, dass im Jahr 2016 etwa die Hälfte der Patienten übernommen wird. Sie stellt den Antrag um Reduktion des Globalkredits um 1,5 Millionen.

Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 1,1 Millionen. Die Kleinkinderbetreuung wird vom Kanton abgeschafft. Dieser Auslaufeffekt ist im Budget nicht berücksichtigt. Das Budget kann um 1,1 Millionen reduziert werden. Die Kommission hat den Antrag mit 8 zu 1 Stimmen angenommen.

**B. Huizinga (EVP/BDP):** Die SKOS-Richtlinien werden auf den 1. Januar 2016 angepasst und die finanziellen Verbesserungen sind bereits im Budget 2016 eingeplant. Das steht im Einklang mit den Fachmeinungen. Die Stadt Winterthur handhabt diese Richtlinien strikte und überprüft sie fortwährend. Daher sieht die EVP/BDP-Fraktion keinen Spielraum für zusätzliche Einsparungen. Soviel zum ersten Antrag. Antrag 2: Die Idee, bereits im Budget 2016 Einsparungen zu erreichen, durch die Verschiebung von Menschen mit unklaren chronischen Schmerzsymptomen von der Sozialhilfe in die IV, ist definitiv verfrüht und unrealistisch. Bereits das kantonale invalidenversicherungsrechtliche Gerichtsverfahren dauert rund 1,5 Jahre. Aufgrund der fehlenden Erfahrung mit der neuen Rechtsprechung ist unklar, wie viele Fälle abgelöst werden können. Die juristischen Mühlen mahlen, wie die politischen, langsam aber gründlich. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt diesen Antrag der FDP ab. Anders verhält es sich mit den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen, deren Abschaffung ist sicher. Somit können die Einsparungen besser errechnet und beziffert werden. Die letzten Neuanmeldungen werden Ende März 2016 eingehen und die letzten Auszahlungen werden im September stattfinden. In der Kommission ist plausibel dargelegt worden, dass Einsparungen von 1 Million durchaus realistisch sind. Diesem Antrag wird die EVP/BDP-Fraktion Folge leisten. Den Antrag der CVP wird die EVP/BDP-Fraktion nicht unterstützen, weil pauschale Kürzungen generell abgelehnt werden.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Es geht um grosse Zahlen. Das verführt die Sparfüchse dazu Luft herauszulassen. D. Schneider hat ganz klar Luft geortet. J. Altwegg hält das für Kaffeesatzlesen. Der Stadtrat hat in der Kommission erklärt, was alles berücksichtigt worden ist. Ein Bauchgefühl hilft nicht wirklich weiter, wenn bei den Schwächsten gekürzt werden soll. D. Schneider hat erklärt, dass bei denen, die es nötig haben, nicht gekürzt werden soll – beantragt aber genau das. Klar festzustellen, ob jemand unterstützt wird, der es nicht ganz verdient, ist sehr schwierig. Was passiert, wenn gekürzt wird? Gemeinderat kann durchaus das Budget kürzen. Das Problem ist, dass die Stadt von der Realität eingeholt wird, wie das in den letzten Jahren passiert ist. Deshalb plädiert J. Altwegg für ein realistisches Budget, für ein Budget, das der Realität standhält. Deshalb ist es wichtig, dass der Gemeinderat dem Stadtrat mehr oder weniger folgt. Thema Demotivation: Wenn der Gemeinderat die Globalkredite nach unten korrigiert und erwartet, dass das irgendwie funktioniert, kann das Budget oft nicht eingehalten werden. Damit werden die Mitarbeitenden demotiviert. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die ersten beiden Anträge der FDP klar ab. Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, Anpassung der SKOS-Richtlinien: Diese Minderkosten sind im Budget bereits berücksichtigt. Das hat B. Huizinga weitgehend erklärt. Antrag 2: Kürzung um 1,5 Millionen, weil Schmerzpatienten von der IV übernommen werden sollen. Auch diese Einsparungen sind schwer umzusetzen. Schön, dass die IV erneut Leute übernimmt. Immer wieder werden die Leute hin und her geschoben – von der einen Kasse zur anderen und wieder zurück. Bezahlt werden müssen die Kosten auf jeden Fall. Auch in diesem Fall ist nicht genau bekannt, wie das wirklich laufen wird. Die Übernahme wird nicht innerhalb eines Jahres

möglich sein. Diese Mühlen mahlen viel langsamer. Antrag 3: Kleinkinderbetreuungsbeiträge: Stadtrat N. Galladé hat bereits bestätigt, dass die Kürzung um 1,1 Millionen realistisch ist. Diesen Betrag kann die Stadt einsparen. Deshalb unterstützt die Grüne/AL-Fraktion den Antrag, der auch in der Kommission entsprechend unterstützt worden ist. Die Anträge der CVP unterstützt die Grüne/AL-Fraktion nicht.

**S. Näf (SP):** Antrag 1: Was die Einsparung von 2 Millionen aufgrund der Änderung der SKOS-Richtlinien anbelangt, stimmt es nicht, dass diese im Budget noch nicht berücksichtigt sind. Die Einsparungen sind zum Teil bereits realisiert. Junge Erwachsene in Winterthur erhalten seit längerem reduzierte Beiträge ausgezahlt und auch die Kürzung der Integrationsbeiträge ist bereits Anfang 2015 umgesetzt worden. Insgesamt handelt es sich beim Betrag, der jährlich eingespart werden kann um ca. 300'000 Franken. Das ist in der Kommission erklärt worden. Diese sind in der Budgetierung bereits berücksichtigt. Einsparungen von 2 Millionen sind daher in diesem Zusammenhang nicht realistisch. Die SP lehnt diesen Antrag ab. Antrag 2: Was die Schmerzpattinnen und Schmerzpatienten betrifft, ist es richtig, dass die Rechtsprechung vom Bundesgericht geändert worden ist. Aber wie die Erfolgsaussichten angesichts der neuen Rechtsprechung tatsächlich aussehen, ist noch sehr unklar. Klar hingegen ist, dass im Jahr 2016 noch nicht mit Einsparungen gerechnet werden kann. Die Verfahren der IV-Stelle dauern erfahrungsgemäss lange, weil komplexe medizinische Gutachten erstellt werden müssen. Die Annahme, die hier getroffen wird, dass die Hälfte der 150 Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten im Jahr 2016 keine Sozialhilfe mehr beziehen werden, ist viel zu optimistisch und unrealistisch. Die SP lehnt daher auch diesen Antrag ab. Antrag 3: Was die Kleinkinderbetreuungsbeiträge anbelangt, ist es richtig, dass diese wegfallen werden. Die SP wird dem Antrag zustimmen. Die Kürzungsanträge der CVP/EDU-Fraktion lehnt die SP ab. Es ist nicht klar, wie die Beträge, 2 Millionen oder 500'000 Franken, zustande gekommen sind. Die Budgetierung der Individuellen Unterstützung konnte in der Kommission gut aufgezeigt werden. Es ist seltsam, wenn jetzt pauschal Beträge gestrichen werden und bei der Rechnungsabnahme beklagt wird, dass die Kosten höher ausfallen als budgetiert.

**K. Cometta (GLP/PP):** Das Kostenwachstum bei der Individuellen Unterstützung bereitet der GLP/PP-Fraktion grosse Sorgen. Letzte Woche hat man von einem Loch im Kessel gesprochen. Dieses Loch sieht die GLP/PP-Fraktion auch. 2013 wurden für Individuelle Unterstützung 94 Millionen budgetiert. Im Budget 2016 geht es um 125 Millionen und im Budget 2017 muss mit über 130 Millionen gerechnet werden. Die Grünliberalen stehen voll hinter einer gerechten Verteilung der Soziallasten. Die Vertreterin im Kantonsrat setzt sich dafür ein. Aber es ist sehr optimistisch, wenn der Stadtrat davon ausgeht, dass das Problem ab 2019 gelöst sein wird. Die Budgetierung soll sich nicht am Wunschdenken ausrichten. Gleichzeitig soll sich niemand aus der Verantwortung schleichen, sondern das Kostenwachstum aktiv bekämpfen. Nur anders verteilen reicht nicht. Deshalb hat M. Zeugin auch ein Postulat zur Eindämmung des Kostenwachstums eingereicht. Der Bericht des externen Büros soll Anfang 2016 vorliegen. Die Grünliberalen erwarten, dass auf dieser Grundlage die Kosten in der Produktgruppe Individuelle Unterstützung reduziert werden können. In diesem Sinne unterstützt die GLP/PP-Fraktion leichte Ausgabenkürzungen. Hier gibt es sicher einen gewissen Handlungsspielraum – aber Wunschdenken ist ein schlechter Ratgeber beim Budgetieren. Ausgabenkürzungen in Millionenhöhe sind nicht realistisch. Das Ziel muss ein realistisches Budget sein. Die Grünliberalen haben genug von den alljährlichen Gebundenheitserklärungen des DSO. Die letzte datiert vom 17. November 2015. Das ist ein Umstand, den D. Schneider bereits angeprangert hat. Es ist sehr schwierig, wenn die Budgetierung der Realität nicht standhält. Ohne verantwortungsbewusste Budgetierung sind die städtischen Finanzen nicht steuerbar. Es liegt am Gemeinderat, Vorgaben zu machen, die eingehalten werden können. Kurz und gut, die Kürzung um 2 Millionen, aufgrund der Anpassung der SKOS-Richtlinien, unterstützt die GLP nicht, weil die tieferen Kosten im Budget bereits integriert sind. Antrag 2: Kürzung um 1,5 Millionen (IV-Fälle): Diesen Antrag kann die GLP ebenfalls nicht unterstützen, weil nächstes Jahr nicht mit einer Kostenreduktion gerechnet werden kann. Es braucht noch längere Abklärungen. Wahrscheinlich wird mit Pilotfällen der Rechts-

weg bis vor Bundesgericht beschränkt werden müssen. Die Stadt kann froh sein, wenn die Übernahme in den nächsten Jahren kommt. Es wurde versichert, dass das DSO am Thema bleibt. Antrag 3: Kleinkinderbetreuungsbeiträge: Darüber muss zum Glück nicht mehr diskutiert werden. Die Kürzung um 1,1 Millionen unterstützt die GLP/PP-Fraktion. Sie unterstützt auch den Eventualantrag der CVP/EDU-Fraktion. Die Kürzung um 0,5 Millionen ist mässig. Es ist davon auszugehen, dass mit dem Bericht des externen Büros und mit dem Projekt, die Fälle enger zu begleiten, ein gewisser Handlungsspielraum vorhanden ist – aber in einem bescheidenen Mass.

**W. Steiner (SVP):** Vieles ist bereits gesagt worden. Antrag 3: Kleinkinderbetreuung: Diese Reduktion ist klar. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Man muss sich aber fragen, ob nicht ein höherer Betrag eingesetzt werden könnte. Die SVP bleibt aber bei diesem Antrag. Antrag 1: Was die SKOS-Richtlinien anbelangt, will W. Steiner nicht viel dazu sagen, auch nicht zum Antrag 2. Das Büro BASS hat den Sozialbereich durchleuchtet und an einer Kommissionsitzung über diese Arbeit informiert. Die SVP hat Vorschläge eingebracht, wo gekürzt werden könnte. W. Steiner hat über die vielen Vorschläge der Kommissionsmitglieder gestaunt. An verschiedenen Orten sollten Einsparungen gemacht werden. Es ist klar, dass nicht handfest bewiesen werden kann, dass 2 Millionen eingespart werden können aufgrund der Änderung der SKOS-Richtlinien. Aber wenn dieser Antrag angenommen wird, hat der Gemeinderat ein Zeichen gesetzt. Es muss versucht werden, so viel wie möglich zu sparen. Ein Budget geht nie völlig auf. Manchmal sind die Ausgaben höher und manchmal tiefer. Das wissen alle, die einmal budgetiert haben. Das findet in jeder Firma statt, in jeder Firma gibt es Abweichungen – mit plus und minus.

**Stadtrat N. Galladé** dankt für die verschiedenen Voten, mit denen die mehr oder weniger konkreten Anträge begründet worden sind. Der Stadtrat hat in der Kommission den Budgetierungsprozess dargelegt. Er hat auch, so gut das bei so grossen Zahlen möglich ist, die Herleitung aufgezeigt. Die Zahlen sind relativ robust, im Wissen darum, dass ein Prozent mehr oder weniger schnell einen Millionenbetrag ausmacht. Antrag 3: Kinderbetreuungsbeiträge 1,1 Millionen: Diesem Antrag schliesst sich der Stadtrat an. Das Thema steht auf der politischen Ebene seit längerem zur Diskussion. Auch im Kantonsrat sind verschiedene Vorstösse eingereicht worden. Das hat nicht nur in Winterthur, sondern in verschiedenen Gemeinden, die aufgrund der kantonalen Gesetzgebung diese Beträge auszahlen müssen, zu einer wahren Kostenexplosion geführt – Faktor 5 teilweise sogar Faktor 10 und mehr, je nach Gemeindegliederung. Auch hier ist es so, dass vieles auf übergeordneter Ebene läuft. Der Stadtrat von Winterthur hat sich, dort wo er die Gelegenheit dazu hatte, in parlamentarische Hearings und Kommissionen eingebracht. Im Gemeindepräsidentenverband vertritt der Stadtpräsident die Stadt Winterthur, Stadtrat N. Galladé ist im Vorstand der Sozialkonferenz, auch in anderen Kommissionen ist der Stadtrat vertreten. Der Stadtrat hat zusammen mit anderen Partnern aufzeigen können, dass das Aufheben dieser Beiträge sinnvoll ist und zwar ein rasches Aufheben. Ein Teil der Empfängerinnen und Empfänger wird dadurch in die Sozialhilfe wechseln müssen. Der Stadtrat rechnet mit 25 %. Es gibt einen Verdrängungseffekt. Aber die 1,1 Millionen scheinen realistisch zu sein. In einer ersten Lesung hat der Kantonsrat über die Kinderbetreuungsbeiträge abgestimmt. Das kann der Stadtrat so unterstützen. Dazu haben ganz verschiedene Kräfte im Kantonsrat und auch im Gemeinderat einen Beitrag leisten müssen. Das ist letztlich auch so beim Sozillastenausgleich. Politische Errungenschaften fallen grundsätzlich nicht vom Himmel. Sie müssen sehr hart erarbeitet werden. Der Stadtrat ist auf die Unterstützung aller angewiesen. Letztlich braucht der Stadtrat die Gewissheit, dass ein fairer Ausgleich der Sozillasten vom Gemeinderat unterstützt wird. Bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen ist über Leistung diskutiert worden. Später wird man zum Kinder- und Jugendheimgesetz übergehen. Und noch später werden vielleicht die Sozialhilfe, die Zusatzleistungen und die Pflegefinanzierung diskutiert. Wenn Stadt- und Gemeinderat gemeinsam die Meinung vertreten, dass ein Ausgleich für die Stadt Winterthur aber auch für das Ganze richtig ist, kann das Budget verbessert werden. Man muss etwas dafür tun. Es wird einem nichts geschenkt, das zeigt die politische Ge-

schichte. Man muss sich einsetzen. Eine Bewegung in die richtige Richtung ist bereits sichtbar.

Man kann auch in anderen Bereichen etwas unternehmen. Die SKOS-Richtlinien sind angesprochen worden. Die Richtlinien sind 2015 von den kantonalen Sozialdirektoren abgesegnet worden. Der Stadtrat hat sich ebenfalls eingebracht. Stadtrat N. Galladé ist über den Städteverband bei den Sozialdirektoren dabei. Es ist klar, die SKOS-Werte, die zu langen Diskussionen geführt haben, sind jetzt mit breiter Unterstützung auf lange Zeit in Stein gemeisselt. Es gibt jetzt einen ersten Revisionsansatz und es wird 2016 eine zweite Revision geben. Der Grundbedarf, der von D. Schneider angesprochen worden ist, ist nicht verhandelbar. Der Kantonsrat hat diesen Grundbedarf im Jahr 2015 für verbindlich erklärt. Hier ist die Argumentation von D. Schneider nicht mehr ganz kohärent, mit seiner schriftlichen Aussage. Er sagt, dass sich der Stadtrat den Änderungen der SKOS-Richtlinien anpassen muss. Das hat der Stadtrat bereits berücksichtigt. Stadtrat N. Galladé hat das bereits in der Kommission gesagt und verschiedene Votantinnen und Votanten haben das ebenfalls erläutert. Im Wesentlichen sind drei Punkte zu beachten. Das eine sind die grossen Familien, von denen aber effektiv sehr wenige in Winterthur wohnen. Hier muss man nicht über Zahlen diskutieren. Die Auszahlungen erreichen keinen so hohen Betrag. Den zweiten Teil hat der Stadtrat bereits berücksichtigt. Das ist der Wegfall der sogenannten minimalen Integrationszulage. Das sind ca. 300'000 Franken. Dieser Betrag ist ins Budget eingeflossen. Der dritte Teil betrifft die 16 bis 25 Jährigen, die nicht mehr zu Hause wohnen. Dieser Ansatz ist reduziert worden. Das war im Kanton Zürich bereits in der Vergangenheit möglich. Winterthur hat das bereits seit langem umgesetzt. Die SKOS-Richtlinien sind nach unten angepasst worden, der Kanton Zürich hat das bereits umgesetzt. Winterthur hat diesen Spielraum genutzt. Durch die Änderung der SKOS-Richtlinien kann die Stadt maximal 300'000 Franken einsparen, diese Einsparungen sind im Budget bereits eingestellt. Wenn der Gemeinderat jetzt 2 Millionen sparen will, mit der Argumentation, dass die SKOS-Richtlinien angepasst werden, kann er das machen. Stadtrat N. Galladé kann das aber nicht empfehlen.

Folgender Punkt ist ebenfalls hausgemacht: Im Austausch mit anderen Städten hat der Stadtrat erkannt, dass Langzeitbeziehende oft gesundheitlich sehr angeschlagen sind. Zudem gibt es das Bundesgerichtsurteil zu den Schmerzpatienten. Das heisst aber nicht, dass alle Schmerzpatienten zur IV übergehen werden. Stadtrat N. Galladé hat kürzlich mit der Spitze des Bundesamtes für Sozialversicherungen Kontakt aufgenommen. Die sehen das nicht so. Gewisse Fälle wird man juristisch durchfechten müssen. Die IV wird diese Patienten nicht in dem Ausmass übernehmen, wie das im Antrag angenommen wird. Zudem wird mit Sicherheit nicht ein einziger Fall im Jahr 2016 von der IV übernommen. Das Beschreiten des Rechtsweges dauert länger. Mit dem Alternativantrag, den Globalkredit um 0,5 Millionen zu reduzieren, beruft sich die CVP/EDU-Fraktion auf die SKOS-Richtlinien. Stadtrat N. Galladé nimmt das so zur Kenntnis. Letztlich muss der Stadtrat dem Parlament den Kostenanstieg plausibel erklären. Das hat er in den Kommissionen sehr ausführlich und anschaulich gemacht. Das Budget hält der Realität stand, inklusive der Korrektur von minus 1,1 Millionen bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Alle anderen Kürzungen kann Stadtrat N. Galladé als Stadtratsvertreter nicht unterstützen. Der Stadtrat hat ein seröses Budget vorgelegt. Stadtrat N. Galladé dankt für die Diskussion und hofft auf eine gute Abstimmung.

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, Stichwort Änderung der SKOS-Richtlinien.

**Der Rat:** Eine Mehrheit lehnt den Antrag ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 1,5 Millionen, Stichwort Schmerzpatienten.

**Der Rat:** Eine Mehrheit lehnt den Antrag ab

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 1,1 Millionen im Zusammenhang mit der Kleinkinderbetreuung.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 4: Die CVP/EDU stellt den Antrag: Kürzung des Globalkredits um pauschal 2 Millionen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 5: Die CVP/EDU-Fraktion stellt einen Eventualantrag: Kürzung des Globalkredit um 0,5 Millionen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 30 zu 27 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Spitex:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Alterszentren**

**W. Steiner (SVP)** kann sein Votum kurz halten. Die Grünen werden den Antrag noch erklären. Antrag 1: Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken. Eine Balance-Massnahme betrifft den Abbau von 40 Lehrstellen. Die Grüne/AL-Fraktion will mit diesen 100'000 Franken mehr Lehrstellen beantragen. Antrag 2: Erweiterungsbau Adlergarten: Der gesamte Projektierungskredit soll für das Jahr 2016 bewilligt werden. Zudem wird beantragt, das Beschlussorgan von § zu # ändern.

**R. Diener (Grüne/AL):** Es handelt sich um eine formelle Anpassung aufgrund der Diskussion, die in der BBK zusammen mit dem Chef des Departements geführt worden ist. Es geht um den Erweiterungsneubau des Adlergartens, der letztendlich erst in Planung ist. Nächstes Jahr werden die Planungsaufwendungen anfallen. Der Kredit wird im Gemeinderat mit einer Weisung bewilligt werden müssen.

**J. Altwegg (Grüne/AL)** äussert sich zum wilden Antrag der Grünen, der leider in der Kommission nicht vorberaten werden konnte. Manchmal findet man in der Fraktion etwas, das noch geprüft werden muss. Das ist so ein Antrag, der aber genug wichtig ist, um heute gestellt zu werden. Es geht um 100'000 Franken, die zusätzlich ins Budget eingestellt werden sollen, mit dem klaren Ziel, die Anzahl Ausbildungsplätze wieder zu erhöhen, die im Zusammenhang mit Balance massiv abgebaut werden. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft – analog der Redensart: „Investiere in der Zeit, so hast du in der Not.“ Hier geht es um die Zukunft. Wer soll in 10 Jahren die Pflege übernehmen? J. Altwegg ist der Meinung, dass die Stadt in der Pflicht steht, diese Leute selber auszubilden und nicht auf andere Kantone oder andere Städte abzustellen und zu hoffen, dass sie Pflegepersonal ausbilden. Oder noch besser, man holt das Personal aus dem Umland aus Deutschland, Österreich, Italien oder Frankreich und zählt darauf, dass diese Leute nach Winterthur kommen, um hier zu arbeiten, weil die Stadt kein Pflegepersonal ausgebildet hat. Das ist eine kurzfristige Sparmassnahme für das nächste Jahr. Wenn man weiter schaut, spart die Stadt wahrscheinlich nicht viel. Es ist auch eine Chance für Jugendliche, die in diesem Bereich eine Lehrstelle suchen. Die Stadt soll als Vorbild für die Privatwirtschaft vorangehen und nicht nur von der Privatwirtschaft fordern, dass sie Jugendliche ausbildet. Die Stadt soll mit den Ausbildungsplätzen nicht ganz so stark zurückfahren, sondern einige Plätze mehr erhalten. In diesem Sinne, bittet J. Altwegg die Ratsmitglieder, ein Zeichen für die Zukunft zu setzen – für unsere und für die der Jugendlichen.

**K. Cometta (GLP/PP):** Der Antrag konnte nicht im Rahmen der Budgetbehandlung besprochen werden. In der Kommission ist diese Balance-Massnahme intensiv diskutiert worden, nachdem sie vorgestellt worden ist. Die Grünliberalen halten die Ausbildung für eine wichtige Investition in die Zukunft. Aber, das ist auch in der Diskussion in der Kommission eindrück-

lich dargestellt worden, der Abbau von Lehrstellen hat vor allem betriebliche Gründe. Im Sinne von gut gemeint, was nicht das gleiche ist wie gut herausgekommen, hat die Stadt zu viele Lehrstellen angeboten im Vergleich zum ausgebildeten Personal. Das hat dazu geführt, dass die Lernenden nicht optimal begleitet werden können und dass die Arbeit der Betreuungspersonen liegen bleibt. Die Betreuung von Lernenden ist sehr zeit- und ressourcenintensiv. Mit der Massnahme, die Anzahl Lehrstellen zu reduzieren, kann die Ausbildung qualitativ verbessert werden. Damit erhofft man sich auch, dass die Lehrabbrüche reduziert werden können. Deshalb macht diese Massnahme Sinn. Die Grünliberalen lehnen den Antrag der Grünen ab.

**B. Helbling (SP):** Das Thema Abbau von Lehrstellen ist diskutiert worden. Auch die SP findet den Verlust von Lehrstellen nicht gut. Von der zuständigen Bereichsleiterin sind die Gründe erklärt worden. Es geht darum, dass im Bereich Alter und Pflege zurzeit zu viele Lehrstellen angeboten werden. Immer wieder müssen unschöne Abgänge verzeichnet werden. Nicht alle Lernenden haben die Lehren beendet. Im Rahmen der letzten Sparprogramme und der Vorort herrschenden personellen Ressourcen ist es nötig, schmerzliche Abstriche zu machen. Da die jetzige Situation in den Alterszentren nicht belastet werden soll und der Organisationsentwicklung dieses Bereichs Zeit gelassen werden soll, hat die SP damals auf den Antrag, den Globalkredit zu erhöhen, verzichtet. Als Zeichen der grundsätzlichen Sympathie für das Anliegen wird ein Teil der Fraktion dem Antrag zustimmen – ein Teil wird ablehnen.

**B. Huizinga (EVP/BDP)** kann den Vorrednerinnen B. Helbling und K. Cometta mehrheitlich zustimmen. Das Anliegen der Grüne/AL-Fraktion ist sympathisch, greift jedoch zu kurz. Wenn der Gemeinderat weitere Stellen bewilligen will, muss der Stellenplan für die Ausbilderinnen ebenfalls angehoben werden. Sonst läuft man Gefahr, dass die Lernenden als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und schlecht ausgebildet auf den Arbeitsmarkt kommen. Ein Teil der Lernenden bricht die Lehre während der Ausbildungszeit ab, weil sie zu wenig gut betreut werden. Das ist kontraproduktiv und kein Dienst an den Jugendlichen. Mit dem neuen Stellenschlüssel kann eine gut fundierte Ausbildung gewährleistet werden. Daher wird die EVP/BDP-Fraktion den Antrag nicht unterstützen.

**Stadtrat N. Galladé** kann sich den meisten Voten anschliessen. Zu den Ausführungen von J. Altwegg erklärt der Stadtrat, dass im Grundsatz diese Massnahme fast umgesetzt ist. Der Stadtrat denkt bereits weiter. Es ist so, die Stadt wird auch nach der Umsetzung der Balance-Massnahme eine sehr gute Ausbilderin am Markt sein, in den Bereichen Alter und Pflege, Spitex und Alterszentren, im Vergleich zu den meisten anderen Anbietern, auch den privaten. Stadtrat N. Galladé will verhindern, dass die Situation schlechter geredet wird, als sie ist. Das Anliegen ist sympathisch. Wenn die Stadt von einem sehr hohen Niveau auf ein noch immer hohes Niveau reduziert, heisst das nicht, dass sie schlechter ist als andere Städte. Die meisten sind auf einem tieferen Niveau. Das andere ist die betriebliche Herausforderung. Die Stadt muss sich so aufstellen, dass sie am Markt eine gute Position einnimmt und den Zielen des kantonalen Benchmarks, dort wo sie das direkt beeinflussen kann, einen Schritt näher kommt. Das hat nicht nur einen ökonomischen Aspekt, sondern auch einen qualitativen, der auch von K. Cometta hervorgehoben worden ist. Nach der Umsetzung der Massnahme bietet die Stadt noch immer genügend Lehrstellen an, kann aber qualitativ besser ausbilden. Nach den Ausbildungsjahren können vielleicht fast gleich viele Lernende ins Ziele gebracht werden, wie vorher. Die betriebliche Belastung kann aber reduziert werden. Einerseits ist die Begründung für die Erhöhung des Globalkredits kreuzfalsch und andererseits hat man bereits die Voraussetzungen geschaffen, um 4 neue Stellen zu schaffen – allerdings bei der Polizei.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag der Grünen abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über die beiden anderen Anträge zusammen abstimmen: Der Verpflichtungskredit, Erweiterungsneubau Adlergarten: Einerseits sollen sämtliche Ausgaben im Jahr 2016 für die Projektierung aufgewendet werden, andererseits ist das Beschlussorgan bei beiden von § in # abzuändern.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Beiträge an Organisationen:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Arbeitsintegration:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Beratung des Departements Soziales abgeschlossen. Zwischenstand: Das Budget wurde um 3,815 Millionen verbessert. Der aktuelle Ertragsüberschuss beläuft sich auf 4,518 Millionen Franken.

## Departement Technische Betriebe

### Stadtwerk Winterthur

**B. Meier (GLP/PP)** hält seine Begrüssungsformel wie in den letzten Jahren kurz und wird Ch. Magnusson später persönlich begrüssen. In der Kommission sind 5 Anträge mit 9 zu 0 Stimmen angenommen worden. Im Wesentlichen handelt es sich um eine Bereinigung des stadträtlichen Vorschlags, der einige Unstimmigkeiten enthalten hat. Antrag 1: Verpflichtungskredite, Faulraum: 100'000 Franken Verschiebung ins Jahr 2017. Dieser Betrag soll aus dem Investitionsplan 2016 gestrichen werden. Antrag 2 und 3: Weitere Automatisierung Systeme: Informatik Hard-/Software, Ausführung. Änderung des Beschlussorgans. Der Stadtrat beantragt, die Ausgaben von 400'000 Franken im Rahmen des Budgets mit einem B zu versehen. Das ist in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen. Der Betrag von 400'000 Franken soll zwar grundsätzlich im Budget bleiben, es braucht aber eine Weisung. Aus diesem Grund soll ein # eingesetzt werden. Es ist klar, dass die Weisung noch nicht im Jahr 2016 vorgelegt werden kann. Der Betrag kann frühestens im Jahr 2017 ausgegeben werden. Antrag 4: Kredit 20636, Saure Ascheschwanden/Filterasche Studie: Der B Kredit von 200'000 Franken, den der Gemeinderat am 15. Dezember 2014 bewilligt hat, soll im Investitionsplan 2016 stehen. Antrag 5: RWA Anlage (Rauch-Wärme-Abzug): Die Kommission hat dem Stadtrat Arbeit erspart. Es geht um eine unbestrittene Investition in eine Rauch-Wärme-Abzugsanlage. Die Kosten sind mit 250'000 Franken budgetiert. Das ist nicht bestritten und kann im Rahmen des Budgets erledigt werden. Der Stadtrat will eine Weisung vorlegen. Die Kommission beantragt die Bewilligung mit einem B.

**Stadtrat M. Gfeller:** Der Stadtrat ist mit den Änderungen einverstanden und dankt der BBK für das kritische Auge und die Korrekturen.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über alle 5 Anträge abstimmen.

**Der Rat** stimmt einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen. Der Ratspräsident geht davon aus, dass die Sitzung bis 23.00 Uhr fortgesetzt wird, weil er die Chance als real einschätzt, dass wir mit dem Budget fertig werden.

### Stadtbus Winterthur

**L. Banholzer (EVP/BDP):** In der Produktegruppe Stadtbus werden zwei Anträge gestellt. Den einen wird R. Diener selber vertreten. Antrag 2: Es geht um den Indikator Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung. Die BBK beantragt, diesen Indikator zu

streichen. Die Aussagekraft wird als nicht relevant beurteilt. In der BBK ist der Antrag mit 5 zu 4 Stimmen angenommen worden.

**R. Diener (Grüne/AL):** In dieser Produktegruppe gibt es verschiedene Zielvorgaben. Eine davon beziffert die Verlustzeiten, das heisst die volkswirtschaftlichen Schäden, die entstehen, wenn der Bus im Stau stecken bleibt. Die Probleme sind gravierend, das ist bekannt. Winterthur wird vom Kanton sehr stark unter Druck gesetzt. Der ZVV hat klar deklariert, dass in Winterthur ein grosser Handlungsbedarf besteht, um diese Verlustzeiten zu reduzieren. R. Diener hat die Tabelle für die nächsten Jahre angeschaut, die von Stadtbus vorgelegt worden ist, auf der diese volkswirtschaftlichen Schäden verzeichnet sind. Dabei hat er festgestellt, dass im IAFP angenommen wird, dass innerhalb von 4 Jahren mit einer Verdoppelung gerechnet wird. Man höre und staune – bei dem schlechten Zustand, der bereits herrscht, wird mit einer Verdoppelung der volkswirtschaftlichen Schäden gerechnet. Das ist kaum vorstellbar. Das kann es nicht sein. Bereits heute besteht ein grosser Handlungsbedarf. In 4 Jahren wird das noch viel schlimmer sein. Das Parlament hat das bereits thematisiert. In einer Motion, die erheblich erklärt worden ist, hat der Gemeinderat die Thematik der Busbevorzugung angesprochen. Der Stadtrat hat eine Fristverlängerung beantragt. Der Gemeinderat hat diese Verlängerung gewährt. R. Diener erwartet aber, dass in nächster Zeit Massnahmen ergriffen werden und eine finanzielle Vorlage im Rat diskutiert werden kann. Das ist der Grund, warum R. Diener keine Erhöhung des Budgets beantragt. Er beantragt einzig und allein, dass der Indikator etwas korrigiert wird, so dass er nicht permanent weiter ansteigt, sondern allmählich nivelliert werden kann. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt, dass die Werte, die Anzahl Stunden und der hochgerechnete volkswirtschaftliche Schaden, um 1 % reduziert werden – auf 330'000 Stunden beziehungsweise auf 8'250'000 Franken. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich, dass in den nächsten Jahren weitere Reduktionen eingesetzt werden und auf diese Art zum Ausdruck gebracht wird, dass ein Handlungsbedarf besteht. Die Stadt muss etwas unternehmen. Die Motion, die vom Gemeinderat eingereicht worden ist, geht in die richtige Richtung. Diesen Weg muss die Stadt weitergehen. R. Diener will nicht, dass er Übermorgen nicht mehr mit dem Bus in die Stadt fahren kann, weil er so lange im Stau steht, dass er lieber zu Fuss geht. Ansonsten kann der Bus ganz abgeschafft werden. Dann spart die Stadt viel Geld – aber das kann es nicht sein. R. Diener will auch nicht, dass Winterthur die Busbehinderungsmeile Nummer 1 im Kanton bleibt. Die Stadt muss dagegen etwas unternehmen.

**Ch. Meier (SP):** Die SP hat grosse Sympathie für diesen Antrag der Grünen. Sie hat die Motion mit eingereicht. Der Stadtrat ist definitiv in der Verantwortung. Die Fristerstreckung hat der Gemeinderat gewährt, aber die SP erwartet eine gute Lösung im Rahmen der Umsetzung der Motion „Freie Fahrt für den Bus“. Die Fraktion lehnt diesen Antrag trotzdem ab, weil das berechnete Anliegen am falschen Ort platziert ist. Stadtbus kann die Stausituation nicht beeinflussen. Die SP versteht die Intention auf jeden Fall und unterstützt das Anliegen. Aber der Adressat ist der falsche.

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Dieser Indikator zeigt die Entwicklung der Staustunden und des volkswirtschaftlichen Schadens, wenn keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden. Es ist sicher wünschbar, dass diese Werte fallen und nicht steigen. Aber die Beeinflussung der Faktoren, die zu einer Verbesserung führen, ist leider in dieser Produktegruppe nicht möglich. Es ist allenfalls zu überlegen, ob diese Zahl in den Informationsteil verlegt werden müsste, weil der Indikator nicht beeinflusst werden kann. Das könnte in der Kommission diskutiert werden. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Antrag der Grünen ab.

**B. Meier (GLP/PP):** Die GLP unterstützt den Antrag der Grünen, weil er den Finger auf den richtigen und wichtigen Punkt legt, was den Busverkehr in Winterthur anbelangt. Das Stichwort ist genannt worden, Busbehinderungsmeile des Kantons Zürich. Das ist der Ruf, an dem Winterthur arbeitet – ein stückweit unfreiwillig, ein stückweit, weil entsprechende Massnahmen nicht angepackt werden. Man kann sich darum streiten, inwiefern dieser Indikator von Stadtbus beeinflussbar ist oder nicht. Die Argumente, die vorgebracht worden sind, be-

deuten, dass diese Zielvorgabe kein WOV-Indikator von Stadtbus ist und die Zahlen in den Informationsteil gehören. B. Meier teilt diese Meinung nicht. Es gehört zum Auftrag von Stadtbus, die Zeitverluste so tief wie möglich zu halten. Das kann Stadtbus mit eigenen Massnahmen ein Stückweit erreichen. Irgendwann wird es zur Querverbandsaufgabe quer durch die Stadt. Die Mittel sind zum Teil an anderen Orten eingestellt. Das hat mit der Verkehrssteuerung zu tun. Dort ist die GLP bereit, die entsprechenden Mittel zu sprechen und hat das bereits gemacht. Die GLP ist unbedingt dafür, dass die Verlustzeiten nicht ins uferlose wachsen und explodieren. Deshalb unterstützt die GLP diesen Antrag und auch den Mehrheitsantrag der Kommission.

**Stadtrat M. Gfeller:** Der Stadtrat kann sich diesem Antrag so isoliert nicht anschliessen. Es handelt sich um eine hehre Zielvorgabe, die R. Diener formuliert hat. Es braucht aber einiges, um diese Vorgaben zu erreichen. Einige Projekte sind im Busch – Kreuzungssanierungen, Busspuren, Änderung der Signalsteuerung. Nicht nur der Gesamtstadtrat, sondern, je nach Strasse, muss auch der Kanton mitmachen. Der Kanton ist zwar recht weit, was die regionale Verkehrssteuerung anbelangt. Aber unter Umständen muss auch das Parlament bereit sein, zuzustimmen. Erst dann hat man die Probe aufs Exempel, ob es funktioniert. Insofern sieht Stadtrat M. Gfeller in diesen Indikator eher ein Kontrollinstrument. Damit kann überprüft werden, ob die Ziele erfüllt werden können, mit den Massnahmen, die an einem ganz anderen Ort, nämlich vor allem im Investitionsprogramm, dargestellt und beschlossen werden müssen. Falls dieser Antrag durchkommen sollte, wäre das sicher ein indirekter Auftrag im Investitionsprogramm Gas zu geben. Man muss aber sehen, dass in Abstimmung mit dem Parlament, nicht sehr viele Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner bei der Stadt arbeiten, damit kann die Thematik auch nicht beliebig beschleunigt werden. Man kann an vielen Strassen nicht mehrere Knoten auf einmal sanieren, sondern muss geplant ein Knoten nach den anderen neu gestalten. Deshalb bleibt die Skepsis, ob auf diesem Weg die Ziele so einfach formuliert werden können oder ob das nicht eher eine Formulierung im Sinn von l'art pour l'art ist. Der Stadtrat bevorzugt realistische Ziele. Er nimmt es mit Genugtuung zur Kenntnis, wenn die Situation verbessert werden kann. Damit diese Verbesserungen möglich sind, müssen an anderen Orten noch einige Entscheidungen gefällt werden.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über die beiden Anträge abstimmen: Der volkswirtschaftliche Schaden soll reduziert werden in Stunden oder Franken.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag abstimmen: Die Zielvorgaben: Anzahl Teilnehmende pro Personalversammlung ist nicht relevant. Der Indikator soll gestrichen werden.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Finöv Stadt:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Forstbetrieb:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

### **Stadtgärtnerei**

**H. R. Hofer (SVP)** hat gerade auf die Uhr geschaut und versucht deshalb das Votum kurz zu halten. Es geht um die Geschäftsnummer 2012/024, Friedhof Rosenberg, Aufbahrungshalle. Die BBK beantragt die Gebundenheit (§) durch einen # mit einer Weisung zu ersetzen. In der Kommission ist der Antrag mit 9 zu 0 Stimmen angenommen worden.

**Stadtrat M. Gfeller** geht am Ende dieser Detaildebatte davon aus, dass für Winterthur als Gartenstadt ein Gartenhaag mehr oder weniger nicht so schädlich ist.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

#### **Behörden und Stadtkanzlei**

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken auf 470'000 Franken statt 490'000 Franken. Der Beschluss, den der Gemeinderat am 2. November 2015 gefällt hat, wirkt sich auf das Budget aus. In der Kommission ist der Antrag mit 8 zu 2 Stimmen angenommen worden.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag klar zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Finanzkontrolle:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Ombuds- und Datenaufsichtsstelle:** keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

**Stadträtin Y. Beutler** dankt für die konstruktive Debatte, die letzten Montag und heute geführt worden ist. Wenn die Stadträtin alles richtig zusammengerechnet hat, hat der Gemeinderat das Budget um 3,835 Millionen verbessert. Das sind mit den rund 703'000 Franken, die der Stadtrat bereits als Positivsaldo budgetiert hat rund 4,5 Millionen Franken, die das Budget jetzt im Plus ist. Stadträtin Y. Beutler nimmt an, dass bereits im Voraus besprochen und beschlossen worden ist, ob der Steuererhöhung zugestimmt werden kann und wenn ja wie hoch sie ausfallen soll. Stadträtin Y. Beutler gibt zu bedenken, welche Auswirkungen der heutige Beschluss auf den IAFP hat. Wenn die Stadträtin davon ausgeht, dass der aktuelle Steuer Fuss beibehalten wird, ist vor auszusehen, dass das Geld fehlen wird, das jetzt nicht für die Zukunft in Form einer Steuerfusserhöhung bereitgestellt wird. Was entscheidend ist, in den Jahren 2018 und 2019 würde auch der entsprechende Ressourcenausgleich wegfallen. Der Steuerfuss ist ein Berechnungsfaktor des Ressourcenausgleichs. Pro Steuerfussprozent kann mit 560'000 Franken gerechnet werden. Also wenn der Steuerfuss nicht erhöht wird, beläuft sich die Verschlechterung des IAFP auf rund 1,7 Millionen Franken, bei 1 % sind es 1,1 Millionen und bei 2 % sind 0,56 Millionen Franken. Das Budget ist jetzt rund 4,5 Millionen im Plus. Die Stadtkasse und das Eigenkapital der Stadt kann jeden Franken mehr als Null sehr gut brauchen. Stadträtin Y. Beutler wünscht den Ratsmitgliedern einen weisen Entscheid.

**Ratspräsident M. Wenger** schlägt den Ratsmitgliedern eine kurze Pause vor. Der Rat ist einverstanden.

#### **Schlussabstimmung Stadtratsantrag (inkl. "Novemberbrief")**

**Ratspräsident M. Wenger:** Die Abstimmung erfolgt gemäss Seite 1 des Drehbuchs. Ein Antrag fehlt nämlich der Antrag 2 im Nachtrag zum Budget 2016 „Novemberbrief“. Dieser Antrag kann noch diskutiert werden.

Der Ratspräsident schlägt vor über den Antrag 1 abzustimmen: Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.

**Ch. Baumann (SP)** schlägt vor, den Antrag 3 zuerst zu behandeln und die Festsetzung der ordentlichen Gemeindesteuer zu diskutieren.

**Ratspräsident M. Wenger** hat in der Einleitung erklärt, dass die Produktgruppen Steuern und Finanzen besprochen werden soll, bevor über den Antrag 3 abgestimmt wird.

**S. Büchi (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag zum Budget. Fraktionspräsident D. Oswald hat diesen Antrag bereits angekündigt. Die SVP ist mit dem Globalbudget für die Produktgruppe Stadtpolizei nicht einverstanden. Die Sicherheit ist wichtig für die Stadt Winterthur. Das Geld fehlt, um den Volksentscheid umzusetzen. Für die SVP ist das nicht in Ordnung. Deshalb lehnt die Fraktion das Budget ab, sie stellt einen Ablehnungsantrag.

**Ch. Baumann (SP):** Die SP-Fraktion stellt den Antrag, zuerst über die Steuern abzustimmen. Das ist Budgetrelevant. Erst nach dieser Abstimmung entscheidet sich, ob die Fraktionen dem Budget zustimmen können. Diese Produktgruppen ist bei der Behandlung des Budgets ausgelassen worden und soll jetzt am Ende der Beratung behandelt werden. Jetzt ist der Zeitpunkt, um diesen Antrag vorzuziehen, damit die Zahlen auf dem Tisch liegen. Der Gemeinderat weiss erst nach diesem Entscheid, wie hoch das Budget für 2016 ist.

**U. Hofer (FDP)** schliesst sich dem Antrag an und unterstützt dieses Vorgehen. Er will wissen, wie hoch der Steuerfuss ist, um über einen Ablehnungsantrag entscheiden zu können.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt fest, dass zu diesem Vorschlag keine Gegenstimmen eingehen. Gemäss eigentlichem Vorgehen sollten die Anträge 1 und 2 abgenommen werden – ohne die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich. Letztes Jahr ist dieses Vorgehen so eingehalten worden. Danach hat der Gemeinderat über den Steuerfuss abgestimmt. Es ist aber möglich die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich als erstes zu beraten und im Anschluss über den Antrag 3 abzustimmen.

### **Steuern und Finanzausgleich**

**A. Steiner (GLP/PP):** Der Stadtrat hat mehrmals betont, dass ein Defizit für ihn keine Lösung sein kann. Die Grünliberalen teilen diese Meinung. Am Anfang der Budgetdebatte hat A. Steiner ausführlich aufgezeigt, wie die finanzielle Situation und die Eigenkapitalhöhe zu beurteilen sind. Sie hat darauf hingewiesen, dass der Stadtrat die Zukunft aus Sicht der Grünliberalen fast zu rosig beurteilt. Einen weiteren Abbau des Eigenkapitals ist ein No-Go. Der Gemeinderat hat entschieden, das Budget um rund 3,9 Millionen zu verbessern. Das reicht aber nicht. Zusammen mit dem Novemberbrief ergibt das ein Plus von 4,6 Millionen. Ohne Steuererhöhung würde das Budget mit einem Minus abschliessen. Die Grünliberalen teilen die Meinung der FDP nicht, dass ein Minus in der jetzigen Situation tragbar ist. Ch. Magnusson findet, dass 64 Millionen Eigenkapital ein grosses Polster sind. Hier sind die Grünliberalen nicht gleicher Meinung. Weil die längerfristige Perspektive keine Besserung bringt, wird die Steuererhöhung mittelfristig, bis zu einer faireren Verteilung der Soziallasten im Kanton, nicht zu vermeiden sein. Jetzt ein Minus zu schreiben und in einem Jahr eine Steuererhöhung vorzunehmen, ist keine Lösung und definitiv nicht nachhaltig. Aus diesem Grund stellen die Grünliberalen den Antrag, den Steuerfuss von 122 % auf um 2 % auf 124 % anzuheben. Mit dieser Budgetdebatte haben die Grünliberalen bewiesen, dass Verbesserungen möglich sind und erwarten vom Stadtrat, dass er in den kommenden Jahren mit diesen 2 % auskommt.

**U. Hofer (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Steuerfuss auf 122 % zu belassen. Es dürfte keine Überraschung sein, dass die FDP diesen Antrag stellt. Begründung: Im Gegensatz zur GLP hält die FDP ein Minus von 4 Millionen, gerechnet auf einen Aufwand von 1,2 Milliarden, das sind 0,3 % des betrieblichen Aufwandes, für akzeptabel. Es ist wirklich eine rote Null. Gerade die GLP hat kritisiert, dass Rechnung und Budget jeweils nicht ganz genau übereinstimmen. Es hat immer wieder Überraschungen gegeben in beide Richtungen. U. Hofer will das zuerst sehen, bevor er den Entscheid, die Steuern zu erhöhen, fällt. Die Steuern werden in Zukunft nie mehr gesenkt werden können. Vielleicht gibt es erneut Überraschungen.

**Ch. Leupi (SVP):** Die SVP ist konsequent gegen eine Steuererhöhung, einerseits weil das dem Wahlversprechen an die Bevölkerung und an die Firmen entspricht. Die SVP will seit Jahren tiefere Steuern. Andererseits geht es darum, dass der Druck auf die Stadtverwaltung, vor allem auf ein Departement, hoch gehalten werden kann. Es hat sich gezeigt, dass es auch ohne Steuerfusserhöhung geht, obwohl eine Steuerfusserhöhung in den vorangehenden Jahren abgelehnt worden ist. Auch wenn es immer geheissen hat, eine Steuererhöhung sei notwendig, damit ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann.

**M. Baumberger (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion, als konsequenteste Sparerin im Rat, ist enttäuscht über den mangelnden Sparwillen des Parlaments. Es ist ein schlechtes Zeichen für die Weiterentwicklung der Stadt, dass die Steuern mit grösster Wahrscheinlichkeit um 2 % erhöht werden. Die CVP/EDU-Fraktion will auch im nächsten Jahr die Steuern nicht erhöhen. Das erachtet die Fraktion nicht als ein sinnvolles und gutes Zeichen, wie sie es auch nicht als positiv erachtet, wenn dem Bürger und der Bürgerin die Gebühren erhöht werden. Das macht die Stadt nicht attraktiver und wird nicht helfen, schnell und nachhaltig aus dieser Situation, in der sich Winterthur befindet, herauszukommen. Die CVP/EDU-Fraktion bedauert ausserordentlich, dass es soweit kommen muss und morgen mit grösster Wahrscheinlichkeit in den Zeitungen stehen wird, dass die Steuern in Winterthur erhöht werden. M. Baumberger hätte sich eine positivere Nachricht für die Zukunft gewünscht. Aber das scheint nicht einzutreffen. Die Verantwortung für diese Steuererhöhung und für die Gebührenerhöhungen sollen diejenigen übernehmen, die das unbedingt erzwingen wollen. An den Sparbemühungen der CVP/EDU-Fraktion hätte es nicht scheitern sollen.

**K. Bopp (SP):** Die SP favorisiert nach wie vor den Stadtratsantrag – also die Erhöhung des Steuerfusses auf 125 %. Das Budget enthält erneut einige unrealistische Anträge, die nicht oder zumindest nicht in der budgetierten Höhe, umgesetzt werden können. Um diese Beträge auszugleichen, muss aus Sicht der SP ein Ertragsüberschuss budgetiert werden. Ansonsten wird langfristig nur die Verschuldung erhöht oder das Eigenkapital abgebaut. Das zweite Argument hat Stadträtin Y. Beutler bereits erwähnt. Der Steuerfuss, der heute festgelegt wird, hat nicht nur Auswirkungen auf das Jahr 2016, sondern auch auf das Budget in zwei Jahren in Form eines tieferen oder veränderten Ressourcenausgleichs. Trotzdem ist die SP sehr positiv überrascht von der konstruktiven Haltung der GLP und von ihrem Antrag. Sie würde dem Budget im zweiten Rang ebenfalls zustimmen, wenn dieser Antrag angenommen würde.

**Ch. Griesser (Grüne/AL)** hat bereits in der Eintretensdebatte erwähnt, dass die Grüne/AL-Fraktion massgeblich dazu beigetragen hat, dass die Gemeindegzuschüsse nicht ganz abgeschafft wurden. In diesem Rahmen will die Fraktion auch Verantwortung übernehmen und sicher für 1 Steuerfussprozent stimmen. Für die übrigen 2 % muss die andere Ratsseite ebenfalls Verantwortung übernehmen. Soweit Ch. Griesser das beurteilen kann, ist das teilweise der Fall. Die Diskussion um die Steuern ist sehr stark von einem psychologischen Effekt geprägt. Deshalb ganz kurz und emotionslos. Es macht bei einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken nicht sehr viel aus. Wer mit einem Auto mit 40 Stundenkilometer statt mit 30 innerorts fährt, muss dem Staat 120 Franken abgeben. Wer zwar mit 30 Stundenkilometer fährt aber telefoniert, wird 100 Franken los. Das geht ganz schnell. Die Rede ist ungefähr von solchen Beträgen. Diese Beispiele hat Ch. Griesser nicht einfach so gewählt. Man hat heute Abend und auch am letzten Montag häufig über Gebühren gesprochen und über Bussen und Steuern. Es ist so, dass sich der Staat hauptsächlich über Steuern finanzieren soll und nicht über Gebühren und Bussen. Wenn man sich rund um Winterthur umschaut, muss man feststellen, dass es offensichtlich in Mode ist, die Steuern zu erhöhen. Man kann das gut finden oder schlecht – es ist so. Wenn man etwas weiter schaut, stellt man fest, dass es an anderen Orten ganz anderes aussieht. Der Kanton Schwyz hat die Kantonssteuern im Jahr 2014 auf 120 % angehoben, 2015 waren es 145 % und jetzt beantragt die Regierung 170 %. Das ist eine Steuererhöhung und nicht einfach etwas mehr. Die

Grüne/AL-Fraktion ist ohne Begeisterung für den Antrag des Stadtrates, kann aber auch mit einer Erhöhung um 2 % leben.

**Th. Deutsch (EVP/BDP)** wird sich kurz fassen. Der Gemeinderat ist bei dem Teil der Debatte angekommen, der für die Bevölkerung vermutlich am interessantesten ist, obwohl eine Steuererhöhung um 2 %, wie der Vorredner ausgeführt hat, nicht sehr viel ausmacht. Letzte Woche hat Th. Deutsch erklärt, dass er, wie die meisten anderen auch, nicht gerne mehr Steuern bezahlt. Trotzdem wird die EVP/BDP-Fraktion für den Antrag der Grünliberalen stimmen. Dieser Antrag ist zielführend und ein guter Kompromiss, den die EVP/BDP-Fraktion auch selber eingebracht hätte. Aufgrund der Einsparungen, unter anderem durch die Änderung der Personalmassnahmen und die Einsparungen bei den Kinderbetreuungsbeiträgen, ist es möglich, die Steuern nicht ganz so stark anzuheben, wie das der Stadtrat beantragt hat. Die Diskussion rund um den Steuersatz will die EVP/BDP-Fraktion nicht jedes Jahr führen müssen und hofft, dass der Steuersatz für einige Jahre Bestand haben wird. Es wäre besser für die Bevölkerung und für die Wirtschaft, wenn in dieser Frage wieder etwas Ruhe einkehren würde. Zum Antrag der FDP: Die Stadt erbringt wichtige Dienstleistungen und erfüllt Aufgaben für die Einwohner, einige davon freiwillig andere aufgrund der Gesetzeslage gezwungenermassen. Das ist auch in Winterthur so. Dafür braucht es Geld. Eine Steuersenkung, beziehungsweise eine Nullrunde bei den Steuern, würde in diesem Fall bedeuten, dass der Stadt Geld fehlt, das sie für diese Aufgaben unbedingt benötigt. Es dürften die gleichen Personen sein, die bei der Rechnungsabnahme über die Mehrausgabe jammern werden, die jetzt versuchen, dem Stadtrat das nötige Geld vorzuenthalten. Die einzig logische Schlussfolgerung ist es, diesen Antrag abzulehnen.

**M. Wäckerlin (GLP/PP)** bleibt bei dem, was er letzte Woche zu Beginn der Debatte gesagt hat und wiederholt zum Teil seine Aussage, die bereits eine Woche zurückliegt. Die Budgetdebatte hat sich so entwickelt, wie das M. Wäckerlin erwartet hat – fast auf den Franken genau. Es ist das herausgekommen, was er befürchtet hat. Es gibt entweder eine Steuererhöhung oder ein Defizit im Budget. Beides ist für M. Wäckerlin nicht annehmbar, das hat er bereits letzte Woche erklärt. Aus diesem Grund wird er das Budget ablehnen. Er stellt mit einer gewissen Genugtuung fest, dass er dieses Mal nicht der einzige ist, der das Budget ablehnt. Letzte Woche hat er als einziger das Budget zurückweisen wollen. Immerhin sehen andere inzwischen auch, dass man es nicht annehmen soll. Leider ist der letzte Rettungsanker, der Versuch mit den 6 Millionen Einsparungen in der Produktegruppe Städtische Allgeminkosten / Erlöse noch eine positive Null zu erreichen ohne Steuererhöhung, abgelehnt worden. Das war zu erwarten. Entsprechend bleibt M. Wäckerlin nichts anderes übrig, als gegen die Steuererhöhung zu stimmen und letztendlich das Budget abzulehnen.

**Y. Gruber (EVP/BDP)** muss eine neue Frage stellen in diese Richtung. Sie hat einen Interessenskonflikt. Sie bezahlt in Winterthur Steuern. Darf man sich dann dazu äusseren? In den Voten war von Konsequenz bezüglich Wahlversprechen die Rede, die von der SVP hochgehalten wird. Deshalb ist die SVP konsequent gegen eine Steuererhöhung. Y. Gruber fragt sich, ob das nicht eher Engstirnigkeit ist mit Scheuklappen. In gewissen Bereichen schaffen es sowohl die Linken wie auch die Rechten manchmal, zu Besinnung zu kommen und einen Gesinnungsumschwung zu erreichen. Nach wie vor will die BDP die Steuern nicht erhöhen, aber sie ist zu konstruktiven Kompromissen bereit. Deshalb stimmt Y. Gruber heute für eine Steuererhöhung von 2 %.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Steuern erhöhen ist kein politisches Ziel an sich. Das ist auch nicht das politische Ziel der Grünliberalen. Die Grünliberalen haben auch dieses Jahr gespart, sie haben letztes und vorletztes Jahr gespart. Die Grünliberalen haben immer dazu beigetragen, das Ausgabenwachstum in Winterthur in den Griff zu bekommen. Die Grünliberalen sind auch dieses Jahr bereit bei einzelnen Posten auf Leistungen gänzlich zu verzichten. Zudem werden sie auch in den kommenden Jahren weiterhin auf das Geld achten und dafür sorgen, dass die Kosten der Stadt Winterthur im Griff bleiben und der Druck auf den Stadtrat, aber auch auf die Verwaltung und letztlich auch auf den Gemeinderat, aufrechterhalten bleibt. Die

CVP hat erklärt, die Steuererhöhung sei ein schlechtes Zeichen, ein Zeichen, das sie nicht mittragen will – fast mit einer leichten Empörung. Ja man kann das Glas halb voll sehen oder halb leer. Wie man will. Fakt ist, vielleicht können sich die Ratsmitglieder daran ein Stück weit erfreuen, die Steuern werden, wenn der Gemeinderat einer Steuererhöhung von 2 % zustimmt, 1 % tiefer sein, als von der bürgerlichen Regierung gefordert und unter dem CVP Stadtpräsidenten beantragt. Die Fakten sind klar. Wenn man nicht nur das Budget anschaut, sondern auch den IAFP konsultiert, wird ersichtlich, dass auf dieser Basis in den kommenden Jahren das aktuelle Steuerniveau nicht mehr gehalten werden kann – auch nicht unter Beibehaltung des Druckes auf die Kosten. Die Aussicht auf die kommenden Jahre ist für die Grünliberalen letztendlich der entscheidende Punkt. Es wird schlichtweg unmöglich sein im nächsten Jahr auf diesem Niveau zu bleiben. Entsprechend ist für die Grünliberalen die Beurteilung klar, dass, auch wenn eine Steuererhöhung kein politisches Ziel sein kann, letztendlich aufgrund der Fakten nichts anderes übrig bleibt, wenn die Stadt nicht Schulden anhäufen will. Entsprechend hat die GLP den Antrag gestellt, die Steuern um 2 % Prozentpunkte zu erhöhen. M. Zeugin bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen. Er ist überzeugt, dass ist der einzige Weg, den die Stadt in den nächsten Jahren gehen kann.

**U. Hofer (FDP)** will zwei Punkt nicht unwidersprochen lassen. K. Bopp hat erklärt, dass der Gemeinderat Anträgen zugestimmt hat, die nicht realisierbar sind und die Summe sei auch nicht so gross. Die beiden grössten Beträge betreffen die Lohnmassnahmen, dieser Antrag ist von EVP eingebracht worden und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge. U. Hofer weiss nicht, wo hier ein Ermessenspielraum ist. Diese Massnahmen können eins zu eins umgesetzt werden. Damit spart die Stadt 3,1 Millionen. Das ist kein Problem. Der zweite Punkt betrifft die Aussage der GLP, dass sie den Druck auf die Kosten aufrechterhalten will. Wenn U. Hofer die Sparanträge durchgeht, die heute beschlossen worden sind, stammt keiner von der GLP. Damit ist der Beitrag der Grünliberalen zum Budget 2016 nicht gigantisch ausser beim Bronzestrom. Hier sieht U. Hofer gewisse Widersprüche.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Letzte Woche hat die GLP einen Antrag in Bezug auf das Münzkabinett gestellt, der nicht einmal von der FDP getragen werden konnte. Man muss in dieser Hinsicht nicht über Details diskutieren.

**Ratspräsident M. Wenger:** Es liegen zwei Anträge vor: 1. Der Steuerfuss ist auf 124 % anzuheben. 2. Der Steuerfuss ist bei 122 % zu belassen. Diese Anträge werden einander gegenübergestellt. Danach wird der obsiegende Antrag dem Stadtratsantrag gegenübergestellt.

**Der Rat** stellt keine weiteren Anträge.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt den Antrag der GLP, den Steuerfuss auf 124 % festzusetzen dem Antrag der FDP gegenüber, den Steuerfuss auf 122 % festzusetzen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag, den Steuerfuss auf 124 % festzusetzen, mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt den Antrag, den Steuerfuss auf 124 % festzusetzen, dem Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss auf 125 % festzusetzen, gegenüber.

**Der Rat** stimmt dem Antrag, den Steuerfuss auf 124 % festzusetzen, mehrheitlich zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit sind die Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich und der Antrag 3, Festsetzung der Gemeindesteuer, abgeschlossen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Antrag 1: Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt. Es gibt einen Wiedererwägungsantrag.

**St. Feer (FDP):** Bereits am Ende der Diskussion der Produktgruppe Stadtpolizei hat die FDP angekündigt, dass sie einen Wiedererwägungsantrag auf die Produktgruppe Stadtpolizei stellen wird. Falls dieser Antrag nicht angenommen wird, stellt sie einen Rückkommensantrag. Grund: In der Debatte ist von den gescheiterten Rednerinnen und Rednern und von der Stadträtin die Diskrepanz zwischen Sparen und Steuererhöhung erwähnt worden und dass niemand weiss wie hoch die Steuern sein werden. Jetzt steht der Steuerentscheid fest. Das Parlament hat beschlossen, die Steuern um 2 % anzuheben. Das gibt ein Plus von ca. 4 Millionen in der Stadtrechnung. Somit kann das Globalbudget der Stadtpolizei erhöht werden. Die FDP stellt erneut den Antrag, den Globalkredit der Produktgruppe Stadtpolizei um 500'000 Franken zu erhöhen.

**Stadträtin Y. Beutler:** Das Plus beträgt ca. 1 Millionen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Die Ratsmitglieder können sich jetzt zur Wiedererwägung äussern. Dem Antrag müssen mindestens 10 Ratsmitglieder zustimmen. Der Ratspräsident stellt fest, dass keine Wortmeldungen eingehen. Er lässt über den Wiedererwägungsantrag abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**St. Feer (FDP)** dankt für die Korrektur. Das Plus beträgt 1 oder 2 Millionen, das wird selbstverständlich korrigiert. St. Feer ist ein sehr präziser Mensch und wird deshalb von einem Plus von 1 Million reden. Erhöhung des Globalbudgets der Stadtpolizei um 500'000 Franken: Die FDP ist der Ansicht, dass das dem Volkswillen entspricht. Als grosser Verfechter der direkten Demokratie hält St. Feer diese Zwängerei gegenüber dem Volk für unwürdig. Der Volksentscheid soll erneut vor das Volk gebracht werden. Es gibt auf nationaler Ebene ähnliche Tendenzen. Diese sind schlecht. Es ist bekannt, wie die direkte Demokratie funktioniert – der Souverän ist das Volk, das gilt es zu respektieren. Deshalb stellt die FDP den Antrag den Globalkredit der Stadtpolizei um 500'000 Franken zu erhöhen.

**Ch. Baumann (SP):** Die SP lehnt diesen Antrag ab. Es ist das Recht der FDP einen Wiedererwägungsantrag zu stellen. Ch. Baumann ist erstaunt, dass die FDP nicht auf dem ordentlichen parlamentarischen Weg an dieser Sache arbeiten will, damit der Gemeinderat in Kenntnis aller Fakten einen Entscheid treffen kann. Ch. Baumann erinnert an den Beschluss vom 16. April 2012. Anlässlich der Gemeinderatsdebatte hat der Rat dem Gegenvorschlag des Stadtrates zur Initiative zugestimmt. Dort heisst es zur Stellenaufstockung: „Der Einsatz dieser zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten soll unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen, das auch die Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Die kommunale Rechtsgrundlage und die Finanzierungsbeschlüsse sind dieser Zielsetzung entsprechend anzupassen und zu ergänzen. Im Rahmen der Umsetzungsvorlage bringt der Stadtrat die Eckpunkte des städtischen Sicherheitskonzepts dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis.“ Jetzt läuft ein ordentlicher Prozess. Die Weisung hat der Stadtrat auf Anfang nächstes Jahr versprochen. Darin sollen die Begründungen dargelegt werden. Die SP ist sicher, dass nach zweieinhalb Jahren Arbeit ein differenziertes Sicherheitskonzept vorgelegt werden kann, damit der Gemeinderat in Kenntnis aller Fakten einen richtigen Entscheid auf ordentlichem Weg im Parlament treffen kann. Wenn jetzt diesem Entscheid vorgegriffen werden soll, zeigt das wenig Vertrauen in die eigenen Stadträte.

**Y. Gruber (EVP/BDP):** Aufgrund der neuen Ausgangslage ist Y. Gruber zu einem neuen Entscheid gekommen und ist zu einem neuen Kompromiss bereit. Sie ist noch immer der Meinung, dass die Budgetdebatte nicht das richtige Gefäss ist. Aber die Stadt hat jetzt doch ein Polster. Y. Gruber wird den Geldern für die Polizei zustimmen.

**St. Feer (FDP):** Erwiderung auf das Votum von Ch. Baumann: Der Budgetprozess ist ein ordentlicher parlamentarischer Weg. Das Verstecken hinter dieser Weisung nervt langsam.

Es heisst, man muss auf diese Weisung warten. Seit wann ist Ch. Baumann so formell? Mit dem ersten Antrag in dieser Budgetdebatte, es ging um die Fachstelle für Chancengleichheit, hat man dem Traktandum 10 vorgegriffen. Das Traktandum wird noch im Rat diskutiert. Mit diesem Budgetentscheid hat man etwas vorweggenommen. Gleichzeitig wird der FDP vorgeworfen, dass sie mit ihrem Budgetantrag Fakten schaffe. Irgendwo gibt es heute Wendehälse im Parlament, die einmal so und einmal so argumentieren. Innerhalb des Traktandums 7 sollte man konsequent bleiben, auch wenn eine Woche zwischen den Sitzungen liegt.

**M. Zeugin (GLP/PP)** versteht grundsätzlich, dass die FDP nicht aufhört zu kämpfen. Die Fraktion hat das Recht diesen Antrag zu stellen – das ist korrekt. Das will M. Zeugin nicht in Abrede stellen. Aber er findet es persönlich leicht befremdlich, dass man nach Abschluss der Budgetberatung und nachdem der Steuerfuss festgesetzt ist, erneut auf einzelne Punkte zurückkommt. Auch die GLP ist in gewissen Punkten unterlegen. M. Zeugin will diese Türe nicht öffnen und erneut die ganze Budgetdebatte aufrollen. Auch die Grünliberalen könnten einen Antrag stellen, die Produktegruppe städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauen erneut zu diskutieren, weil ihr der Entscheid nicht passt. Wenn materiell das Budget durchberaten ist, muss man die Grenzen erkennen, wo gewonnen werden kann. Es ist nicht angezeigt, dass das Geld zusätzlich ausgegeben wird, nachdem der Steuerentscheid nicht zugunsten des Antrags der FDP ausgefallen ist. Das ist etwas befremdlich. Die Grünliberalen vertreten die gleiche Position wie vor einigen Stunden. Die Weisung des Stadtrates soll abgewartet werden. Es ist das Recht der FDP diesen Antrag zu stellen. Die GLP wird auf der Basis der Weisung die Situation beurteilen und entscheiden, ob sie dem Stadtrat folgen will oder dem Antrag der FDP.

**K. Cometta (GLP/PP)** entgegnet auf den Vergleich mit der Fachstelle für Chancengleichheit: Der Fall liegt ähnlich. Auch in diesem Zusammenhang wartet die GLP auf die Weisung, bevor sie einen Entscheid fällt. Die Weisung liegt zwar bereits vor. Der Sachverhalt ist aber der Gleiche.

**D. Oswald (SVP):** Es gibt einen wesentlichen Unterschied. Hier hat das Volk entschieden. Das Stimmvolk hat entschieden. Die Begründung in der Ratsdebatte war: Weil das Geld nicht zur Verfügung steht, um den Globalkredit zu erhöhen, wird der Antrag abgelehnt. Das ist ein wesentlicher Unterschied, was den Entscheid in Bezug auf das Münzkabinett anbelangt. Die SVP hat diesen Antrag unterstützt. Die Situation ist aber eine andere. Die Ausführungen und das Hin und Her zeigen, dass schlussendlich Erklärungsbedarf besteht. Das zeigt, dass die Gegenseite nicht ganz überzeugt ist und macht den Anschein, als ob der Antrag, den Globalkredit um 500'000 Franken zu erhöhen, keine Mehrheit finden wird, obwohl das Geld zur Verfügung steht. Die SVP wird, wie bereits erwähnt, das Budget ablehnen. Zumal auch eine Steuererhöhung von 2 % beschlossen worden ist. Damit wird primär vor einem Departement kapituliert, das einfach sagt: „Ich kann nicht und ich will nicht.“ Eigentlich muss man zu dieser konsequenten Haltung gratulieren und zum Kampf für die Sache. Die SVP kann davon lernen. In Zukunft muss man prüfen, wenn man einen Kompromiss eingeht, dass nicht zu viel in die Weisungen hineingepackt wird um des Kompromisses Willen. Wenn die SP keinen Erfolg hat, versucht man es auf einem anderen Weg. Oder es werden Steine in den Weg gelegt und erklärt was alles fehlt. Deshalb kann man das nicht machen. Auch hier muss D. Oswald der SP gratulieren, weil sie auf dem Schachfeld genügend Figuren aufstellt, sodass mindestens immer eine zieht. Deshalb muss die SVP dafür sorgen, dass sie im Laufe des Jahres nicht zu viele Kompromisse eingeht, sondern konsequent bleibt und ihre Sache durchzieht. D. Oswald hofft, dass der Gemeinderat die Erhöhung um 500'000 Franken unterstützt. Wenn nicht, bittet D. Oswald die Ratsmitglieder, das Budget abzulehnen.

**F. Helg (FDP):** Die andere Ratsseite macht einen Denkfehler, wenn sie davon spricht, dass zuerst diese Weisung vorgelegt und ausdiskutiert werden muss. Die Weisung ist bereits gekommen. Die Umsetzungsvorlage lag bereits im Februar 2014 vor, als man diese Norm in die Polizeiordnung hineingenommen hat. Damals hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass die Erhöhung des Polizeibestandes bis Ende 2016 umgesetzt werden muss. Das

vergisst man auf dieser Seite. M. Zeugin hat erklärt, er bleibe seiner Meinung treu. Das bezieht sich auf die Budgetdebatte aber nicht langfristig über ein Jahr zurück.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Replik auf das Votum von Ch. Baumann zum Sicherheitskonzept: Es ist nett, dass er sich daran erinnert. Im Gemeinderat kann man die Eckpunkte zur Kenntnis nehmen. Die Stadträtin stellt die Frage: Was ist zuerst, das Huhn oder das Ei. Braucht es zuerst die Mittel, damit jemand an diesem Konzept arbeiten kann oder muss man zuerst ein Konzept erstellen, obwohl die Ressourcen fehlen? Ob und wie an diesem Sicherheitskonzept je gearbeitet werden kann, wenn alle an der Front arbeiten sollen – diese Frage dreht sich im Kreis. Stadträtin B. Günthard-Maier kann diese Frage nicht beantworten.

**Stadträtin Y. Beutler:** Das grosse militärische Vorbild, der Stadtpräsident, beachtet immer die nächste Geländekammer. Die Stadträtin bittet die Ratsmitglieder, die nächste und die übernächste Geländekammer zu beachten. Das Geld, rund 1 Million Franken, soll bereits wieder zur Hälfte aufgebraucht werden. Aber im Jahr 2016 wird nur die Hälfte des Betrags benötigt. Im nächsten Jahr werden die Ausgaben für die zusätzlichen Stellen 1 Million betragen. Man muss auch über das Jahr 2016 hinausschauen und schauen, wo die Stadt steht. Im IAFP ist bereits jetzt, mit den Änderungen, die vorgenommen worden sind, ein Defizit von 3,8 Millionen zu erwarten. Ab 2017 werden die Polizeistellen voll ins Gewicht fallen. Es handelt sich um den Trick 77, man beantragt eine Erhöhung nur für einen Teil des Jahres und im Jahr darauf sind die Stellen bereits geschaffen und werden voll budgetiert. Damit muss mit einem Defizit von knapp 5 Millionen gerechnet werden. Das ist, aus der Sicht von Stadträtin Y. Beutler, keine nachhaltige Finanzpolitik. Der Stadtrat hat Anfang Jahr erklärt, dass er eine Weisung vorlegen wird. Jetzt dauert es offensichtlich etwas länger bis diese Weisung vorliegt. Deshalb können viele Fragen noch nicht geklärt werden. Stadträtin Y. Beutler kann verstehen, dass das aus der Sicht des Gemeinderates unbefriedigend ist. Die Stadt befindet sich aber in dieser Situation. Die Stadträtin fände es gut, wenn mit diesen zusätzlichen Ausgaben zugewartet würde, bis sich der Rat in Kenntnis aller Fakten dazu geäußert hat, wie es mit diesen Stellen und der Finanzierung, nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für die folgenden Jahre, weitergehen soll.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag, den Globalkredit in der Produktegruppe Stadtpolizei um 500'000 Franken zu erhöhen, abstimmen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit sind alle Produktegruppen abgeschlossen.

### **Schlussabstimmung**

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 1 abstimmen – inklusive Novemberbrief: Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 2 abstimmen: Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2016 wird genehmigt.

**Der Rat** nimmt den Antrag mit einer Ablehnung an.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 4 abstimmen: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2017 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über folgenden Antrag abstimmen: Nachtrag zum Budget 2016 „Novemberbrief: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktegruppe „Städtische Allgemeynkosten / Erlöse“ eingestellte Reduktion der „OptoFokus“-Informatikkosten im definitiven Budget den einzelnen Produktegruppen gutzuschreiben.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit einer Ablehnung zu.

**Ratspräsident M. Wenger** dankt allen für den Einsatz und wünscht einen schönen Abend.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

M. Wenger (FDP)

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)